

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1.00 RM.
Jahres 10.00 RM.
Einzelnummer 5 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
beträgt für die freigelegte Anzeigefläche...

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 2. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

A-Boot-Arbeit im Mittelmeer.

Planmäßige Verlegung der Ancre-Stellungen.

En-lische Angriffe bei Le Transloy und
Sailly — Vernichtungsfener westlich der
Maas — Russischer Angriff an der
Valeputna-Strasse — Sereth und Cerna.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. März
1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf beiden Ancre-Flügel ist vor einer Reihe von Tagen aus
besonderen Gründen ein Teil unserer vorderen Stellungen frei-

Dem Gegner blieb unsere Bewegung verborgen; unachtsam
handelnde Nachhutposten verhinderten seine nur zögernd vor-

Nach kurzem Feuer griffen in den nächsten Morgenstunden
die Engländer...

Auf dem Westufer der Maas bereitete sich morgens ein
französischer Stoß vor; unser Vernichtungsfener vereitelte seine
Durchführung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Nichts Wesentliches.

Front des Generaloberst Erzherzog Josob.
Bei starkem Schneefall war in den Waldparthen nur auf
den Höhen östlich der Vierzeh die Geschützfeuer lebhaft.

Am Slavic- und Ostoz-Tal wurden kleinere Vorstöße, auf
den Höhen zwischen Susha- und Putna-Tal Angriffe härterer
Kräfte abgewiesen.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenski.

Russische Streifkommandos sind bei Faurei (nördlich von
Jociani) und bei Corbul am Sereth vertrieben worden.

Ueber 48 000 Tonnen im Mittelmeer
versenkt.

Vier Transportdampfer — 23 500 Tonnen — in 8 Tagen.

Amtlich. Berlin, 1. März 1917. Im Sperrgebiet
des Mittelmeers wurden von unseren Unterseebooten ver-

Der Chef des Admiralstabs der Marine.
Amtlich. Berlin, 1. März 1917. Außer den be-

Mazedonische Front.
Keine besonderen Ereignisse.
Bei Abweisung der italienischen Angriffe östlich von Para-

Der Erste Generalquartiermeister,
Lubensdorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 1. März, Abends.
Nördlich von Souchez ist ein starker eng-

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. März 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenski.

Westlich der Buzan-Mündung und an der Bahn nörd-

Seereschutzgruppe des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Ein im Sufito-Abchnitt nach starker Artillerievorbereitung
angeforderter heftiger rumänischer Angriff wurde im Nahkampf ganz

Nordöstlich von Dorna Baira wurde eine russische Kom-

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Stellenweise erhöhte Artillerietätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf war an einzelnen Abschnitten der
lupenländischen Front, dann am Bläsen und am

Nordwestlich von Tolmein brachte eine Patrouille des
Infanterie-Regiments Nr. 80 aus den feindlichen Gräben nächst

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine nennenswerte Kampfaktivität.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Italien, der schwedische Dampfer Slagland (2903
Tonnen), mit Kohlen von Norfolk nach Neapel, der grie-

Die Räumung der Ancre-Keilstellung.

Die Räumung der Stellungen beiderseits der Ancre, die der
heutige deutsche Seereschutzbericht als planmäßig genoll bezeichnet, kam

Moderne Feudalgesezgebung.

Von Robert Leinert.

Der preussische Justiz- und der Landwirtschaftsminister
legten 1914 dem Landtage einen Fideikommissgesetz-

Die beiden Minister hoben während des Krieges zur Be-

Fideikommiss sind Stiftungen in Grundbesitz für eine
Familie, welche nach bestimmter Erbfolge in der Familie

Rechnen wir noch hinzu, daß die Familie durch Verzicht
die Erbberichtigung ausschließen kann wegen nicht standes-

Die Regierung hält die Schaffung der Fideikommiss für
nötig, um der „Gefahr“ entgegenzutreten, daß der land- und

Wir haben es hier mit politischen Gründen zu tun. Das
sagt die Begründung auch ganz offen mit diesen Worten:

die immer steigenden Anforderungen frei-williger gemeinnütziger Betätigung, insbe-sondere auf dem Gebiete der Selbstverwaltung zu führt, aus volkswirtschaftlichen Gründen von entschiedenem Nutzen für das Gemeinwohl."

Gewiß kann der jagdgemäß bewirtschaftete Großgrundbesitz für kleine Besitzer als wertvolles Vorbild in der Bewirtschaftung des Landes dienen. Dazu bedarf es aber doch keiner Fideikomnisse, die keineswegs ausschließlich als jagdgemäß bewirtschafteter Großgrundbesitz zu gelten haben. Wollte man dies herbeiführen, dann dürfte nur derjenige ein Fideikomnis übernehmen, der die Gewähr für sachgemäße Bewirtschaftung bietet. Das aber will die Regierung gar nicht; ihr kommt es hauptsächlich auf die „wertvollen Kräfte für die Selbstverwaltung an“, d. h. für den Kreisrat, Provinziallandtag, für das Herrenhaus und andere Staatsstellen. Sie weiß sehr wohl, daß die Fideikomnisbesitzer ihren Besitz in vielen Fällen gar nicht selbst verwalten, sondern als Offiziere und dergleichen lediglich die Früchte des Fideikomnisses verzehren.

Am besten hat das Herrenhausmitglied Fürst zu Salm-Salm die Fideikomnisse charakterisiert mit der Erklärung: Die Demokratie laufe Sturm gegen die Fideikomnisse, weil sie in ihnen eine „Stiwe der Monarchie“ sehen. So fassen die Befürworter dieser Einrichtung das Ganze auf, und da die Regierung sicher weiß, daß nach dem Kriege solche Privilegierung besonderer Staatsstufen nicht mehr möglich sein wird, will sie mitten im Kampfe um Sein oder Nichtsein des Reiches auf alle Fälle auf dem Lande die für sie „wertvollsten Kräfte“ für die Verwaltung sich sichern.

Die Fideikomnisse sind nicht gemeinnützig, sie entziehen dem kräftigsten Eigentum. Sie sind gemeinschädlich, denn sie laugen den Klein- und Mittelbesitz auf, verhindern die innere Kolonisation und verkommen dem Lächelnden die Bahn zur Vertretung der Allgemeininteressen. Die mit solchen Vorrechten ausgestatteten Kreise sind es auch, die die Arbeiterklasse in ihren politischen Rechten beschränken wollen, denen ein freies Vereins- und das Reichstagswahlrecht ein Greuel ist, und die für Einengung der Freizügigkeit und Aufrechterhaltung der Gefindeordnung eintreten. Diese reaktionäre, vielfach geistig in der Atmosphäre des Mittelalters lebende dünne Schicht für die Folgezeit tonangebend in der preussischen Verwaltung zu erhalten, das ist der Zweck des ganzen Gehebes.

Im preussischen Abgeordnetenhaus mißhen sich die Konservativen und das Zentrum ab, dieses Stück Feudalwirtschaft gegen die Angriffe von links zu verteidigen. Offensichtlich der Reichstag dieser unerhörten Vergeudung parlamentarischer Kraft durch Annahme eines Sperrgesetzes ein Ende. Man kann aber aus der Vorlage dieses Gesetzeswortes auf die preussische Neuorientierung schließen. Der Minister des Innern sagte kürzlich: Der Geist in der Verwaltung muß ein anderer werden! Darin stimmen ihm alle zu, nur gehört dann als erstes dazu, den preussischen Fideikomnisgeist zu beseitigen. Das wird aber gründlich erst zu erreichen sein, wenn sich das preussische Volk das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erobert hat.

Inzwischen sind im Reichstag von Sozialdemokraten und Fortschrittlichen zwei Anträge zur Fideikomnisgesetzgebung gestellt worden.

Der sozialdemokratische Antrag lautet: Die Begründung und Ausdehnung von Fideikomnissen und Stammgütern ist bis zur Wiederaufhebung dieses Gesetzes, die nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Krieges stattfinden darf, unterlagt.

Der Fortschrittlichen Volkspartei, betreffend „Die Sperrung der Fideikomnis-Erriichtung für die Kriegs- und Uebergangszeit“ hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Errichtung und Erweiterung von Fideikomnissen, auch in Form von Stammgütern, ist bis auf weiteres unzulässig.

§ 2. Der Landesgesetzgebung bleibt es vorbehalten, frühestens drei Jahre nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten dieses Gesetz für ihr Gebiet außer Geltung zu setzen.

Dieser Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei ist auch von der gesamten nationalliberalen Fraktion unterstützt, mit Ausnahme des rechts-nationalliberalen Abgeordneten Hirsch-Essen.

Unter Initiativanträgen versteht man (im Gegensatz zu Regierungsvorlagen) solche, die aus der Mitte des Reichstags eingebracht werden. Natürlich bedürfen sie, um Gesetz zu werden, nicht nur der Annahme im Reichstag, sondern auch der Zustimmung des Bundesrates. Der Annahme im Reichstag dürften die vorliegenden Anträge ziemlich sicher sein. Ueber die Stellung des Bundesrates läßt sich noch nichts sagen; die Vertreter der preussischen Regierung werden ihn wohl bekämpfen, da ja diese selber für die Einbringung des Fideikomnisgesetzes verantwortlich ist. Eine etwaige Ablehnung der Anträge durch den Bundesrat dürfte aber kaum ohne weitere politische Folgen bleiben.

## Der Kampf um Wilsons Vollmachten.

Auch die neuesten Nachrichten aus Amerika lassen die Hoffnungen der Kriegstreiber erkennen, daß der Laconia-Fall das Tempo der Ereignisse ihrem Wollen gemäß beschleunigen werde. Aber Wilson hat, wie gesagt wird, abgelehnt, jetzt auf den Fall einzugehen und Lanfing ist mit ihm einig. Sie lassen indes den Laconia-Fall nicht ungenutzt: er soll ihnen den geplanten Weg der Vorbereitung auf die äußersten Möglichkeiten des Konflikts erleichtern. Das nächste Ziel ist die Bewaffnung der Handelschiffe, und von diesem Ideal sollen zumal die mit der ärgsten Kriegsbombenware vollgepackten Fahrzeuge — die eigentlichen Milliardenbeschlepper — auf keinen Fall ausgespart werden. Erst die Vollmacht, die dieses Ziel betrifft, und dann die Aussicht auf eine Laconia-Aktion! Mit diesem Binde an den Kongreß drückt Wilson auf die Widerstände, die sich in den Säulern des Parlaments seiner Politik der Vorbereitung auf den Krieg in den Weg stellen. Den Kampf um die Schiffsbewaffnungsbill kennzeichnen folgende Nachrichten vom Tage:

Washington, 27. Februar. Reutermeldung. Präsident Wilson und das Staatsdepartement setzen auf dem Standpunkt, daß in der Angelegenheit der Torpedierung der Laconia keine weiteren Schritte getan werden sollen, bis der Kongreß Gelegenheit gehabt hat, den Präsidenten zur Bewaffnung der Handelschiffe zu ermächtigen. Das Kabinett hat besonders darauf hingewiesen, daß ein Vorstoß, die Bewaffnung von Schiffen, die Munition transportieren, nicht zu gewarten, unerwünscht sein würde, da die Schiffe nach dem Völkerrecht derartige Ladungen führen dürfen.

Die Kommissionen beider Häuser des Parlaments, die den Entwurf der Bewaffnungsbill prüfen, haben nämlich einen Vor-schlag dieser Art gemacht. Schiffe, die Munitionsladungen führen, sollen des Rechts auf Bewaffnung verlustig gehen. Die Reuter meldet, hat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten sich im Prinzip mit dem Gesetz einverstanden erklärt, das dem Präsidenten alle geforderten Befugnisse zuspricht. Anders jedoch ist die Haltung des Repräsentantenhauses:

Washington, 28. Februar. Reutermeldung. Die Kommission des Repräsentantenhauses hat die Bill, durch die der Präsident ermächtigt wird, Handelsschiffe zu bewaffnen u. m. stark abgeändert und vor allem die Regierungs-verpflichtungen für Munitionsschiffe abgelehnt. Es ist möglich, daß eine Konferenz beider Häuser des Kongresses über die endgültige Form der Bill entscheiden müssen wird.

Wilson's Forderung ist also noch nicht über den Berg. Die Gegenströmung, die sie ausgelöst hat, scheint sogar, wenn die „Frankfurter Zeitung“ treffend unterrichtet ist, nicht gering. Ihr wird gemeldet:

New York, 1. März. Viele Mitglieder des Kongresses und Zeitungen sind unzufrieden mit Wilson's Forderung nach unbegrenzter Nachbefugnis, so daß er wahrscheinlich nur eine begrenzte Vollmacht zur Bewaffnung der Dampfer erhalten wird, wobei jedoch die Schwierigkeit besteht, daß keine Geschäftsbetriebe zu erlangen sind, wenn die Kriegsmarine dazu nicht Manuskripten abgibt. Alle Zeitungen stimmen darin überein, daß diese Stellungnahme nicht zu einem Kriege führen könne, wenn Deutschland den Krieg nicht etwa wünsche. Bryan, der in Washington eintraf, forderte seine Anhänger auf, die Vollmachten des Präsidenten zu bekämpfen, und tritt gegen die Bewaffnung von Munitionstransportschiffen auf. Obwohl die Senatskommission Wilson's Stellung stärkte, ist der Kongreß nach wie vor abgeneigt, ihm unbegrenzte Vollmachten zu geben.

Der mitgeteilte Beschluß der Repräsentanten-Kommission bestätigt diese Ansicht vorläufig.

## Wilson's Vollmachten-Rede.

Ein Funkspruch des Vertreters von W. L. W. in New York vom 26. Februar ergänzt die Reuter-meldung über Wilson's Rede im Kongreß am 26. Februar nachmittags.

Im Anschluß an sein Ersuchen um Vollmachten sprach Wilson es aus, daß er mit der Gesamtheit seiner verfassungsmäßigen Pflichten und Rechte diese Befugnisse zweifellos schon besitze, daß er aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht auf Grund einer so allgemeinen Vollmacht handeln, sondern wählen möchte, daß das Ansehen und die Macht des Kongresses bei allem, was er würde tun müssen, hinter ihm ständen. „Wir sind“, sagte er, „zusammen Diener des Volkes und müssen gemeinsam in seinem Sinne handeln, soweit wir ihn erraten und ausdeuten können.“ Wilson bezog sich auf die Pflicht, Handel und Leben der Amerikaner zu schützen und erklärte, seit es sich um glücklicherweise als unmöglich erwiesen habe, Amerika's neutrale Rechte gegenüber den unverantwortlichen Verletzungen durch die Deutschen mit diplomatischen Mitteln zu wahren, dürste die einzige Art, auf einen etwa eintretenden Notfall gerüstet zu sein, in der bewaffneten Neutralität bestehen, für die es reichlich Präzedenzfälle in Amerika gebe. Es sei zu hoffen, daß es nicht nötig sein werde, die bewaffnete Macht irgendwo in Tätigkeit zu setzen; das amerikanische Volk wünsche das nicht, und, sagte der Präsident, „unser Wunsch ist kein anderer, als der seinige“.

Wilson meinte, das Volk werde den Geist, in dem er handele, sicher verstehen; er sei aber auch ängstlich darum besorgt, daß die Völker der kriegsführenden Länder Amerika verstanden und ihm nicht mißtrauten. Er wies auf seine fast drei Jahre lang bewiesene und auch jetzt noch bestehende Friedensliebe hin und erklärte, er verlange nur die Mittel und die Ermächtigung, das Recht eines großen Volkes auf friedliches Leben und Handeln in Wirklichkeit zu sichern; sein Schritt des Präsidenten oder des Volkes werde zum Kriege führen, der nur durch willkürliche Handlungen und Angriffe von anderer Seite hätte entstehen können. Da er noch keine Einzelmaßnahmen vorschlagen könne, bitte er, ihm die gewünschte Ermächtigung in möglichst allgemeinen Ausdrücken zu erteilen. Er werde jedoch, falls mit Zurückhaltung, vorsichtig und in freundschaftlichem und aufrichtigem Geiste handeln. In diesem Sinne bitte er um die Ermächtigung zur Bewaffnung der Handelschiffe und um einen Kredit hierfür und für ihre Versicherung gegen Kriegsgefahren. Der Präsident schloß mit dem gemeldeten Hinweis auf die allgemeinen Menschenrechte.

Sobald Wilson das Kapitel verlassen hatte, wurden die Ausschüsse beider Häuser für auswärtige Angelegenheiten auf denselben Nachmittag einberufen. Eine nachträglich einlaufende Meldung des Holländischen Nieuw-Büros sagt: Nach der Rede des Präsidenten Wilson haben die republikanischen Führer zu erkennen gegeben, daß sie noch immer gegen die Uebertragung der Vollmacht sind, die der Präsident verlangt.

## Wilson's Taktik nach französischem Urteil.

Bern, 28. Februar. Zur Rede Wilson's schreibt die Zeitung „Débats“: Wilson hält vor allem an zweierlei: nichts Endgültiges zu unternehmen ohne die vorherige Zustimmung des Landes und möglichst weitgehende Langmut gegen Deutschland zu zeigen. Obwohl er die drohende Gefahr des Krieges kennt und sich vorbereitet, ihr entgegenzutreten, hofft er, sie bis zum letzten Augenblick zu beschwören.

„Petit Parisien“ sagt: Wilson weiß, daß er, um die Öffentlichkeit geschlossen hinter sich zu haben, das ganze Unrecht auf die Mittelmächte muß schieben können, daher gewisse Sätze, die man in die inneren Notwendigkeiten und Partei-schwierigkeiten betrachten muß. Der Krieg wird nicht von ihm ausgehen, aber er droht von Minute zu Minute von Deutschland entfesselt zu werden, das sich weigert, seine Erklärung zurückzunehmen.

Auch „Temps“ bestätigt Wilson seine Langmut und Friedfertigkeit, schreibt aber, er wird nicht die wesentlichen Rechte der amerikanischen Bürger, deren Verteidigung ihm obliegt, aufgeben, selbst wenn die anderen Neutralen sich weniger entschlossen zeigen, als er hoffte. Die vom Kongreß geforderten Schutzmaßnahmen bilden einen neuen Schritt, der Amerika dem Kriege näherbringt.

## Sozialistischer Friedensantrag vertagt.

Lugano, 1. März. Nach einer Meldung aus Rom, vertagte die italienische Kammer die Beratung des sozialistischen Friedensantrages mit 227 gegen 31 Stimmen auf 6 Monate, was gleichbedeutend ist mit einem Vertrauens-votum für das Kabinett.

## Die Petersburger Arbeiter in Bewegung.

Kopenhagen, 1. März. „Romsje Brevne“ zufolge hat der Kommandant des Petersburger Militärbezirks bekanntgegeben, er habe in Erfahrung gebracht, daß die Arbeiterverbände eine große regierungsfeindliche Kundgebung vor dem Duma-gebäude planten. Er warnt deshalb vor Handlungen, die verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen könnten. Personen, die sich fälschlich als Dummmitglieder ausgäben, suchten die Arbeiter zum Aufruhr aufzustacheln und hätten ihnen sogar Waffen geliefert.

Der Aufruf stand vor der Duma-Eröffnung allenthalben in Petersburg angeschlagen. Er beginnt nach einem Stockholmer Bericht des „L. N.“ mit dem Hinweis: „In allen Fabriken wird zum Streik gerufen“. Er appelliert an das Vaterlandsgesühl. Der Feind könne nur noch eine letzte Anstrengung machen. „Bedenkt, daß ohne die Einigkeit des Landes, ohne unermüdete Arbeit hinter der Front unsere ruhmreiche Armee verloren ist! Jeder Streik entwaffnet unsere Armee. Wer streikt, verrät seine Brüder in den Schützengräben. Ihr seid wehrpflichtig. Ihr mühtet in den Reihen der Armee Euer Leben riskieren! Wenn Ihr nicht die Verteidigungsarbeit vollendet, werdet Ihr einberufen.“ Wir haben diese Drohung mit dem Schützengraben schon vor einigen Tagen erwähnt. „Njetisch“ teilt mit, daß die geplante Kundgebung vor der Duma habe die Duma zwingen sollen, gegen die Fortsetzung des Krieges zu protestieren.

## Griechenland in Ententehänden.

### Ein griechisches Lebensmittelministerium.

Bern, 28. Februar. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen schreibt das Blatt „Gelperini“, die Kontrolle der Entente über Telegraph, Polizei, Zoll- und Hafenbehörden sei jetzt wirksam. Ankommende Lebensmittel werde die Entente direkt zur Verfügung der Bevölkerung halten. England wische die Entschädigung an die Venizelisten vor. Der Munitionstransport im Peloponnes dauere an. Der Bericht der Entente-Kontrollen werde demnächst veröffentlicht werden. Weitere Todesfälle infolge Unterernährung seien gemeldet. Die Advokaten ganz Attikens hätten einen Protest gegen die Fortsetzung der Blockade eingereicht.

Bern, 28. Februar. Eine Athener Meldung des „Matin“ besagt, der Ministerat habe Maßnahmen erörtert, die es Griechenland ermöglichen sollten, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln selbst zu decken; das neugebildete Lebensmittelministerium werde von Charilaos geleitet und sei im Zappeion untergebracht.

## Schonfrist im Atlantischen Sperrgebiet abgelassen.

Amlich, Berlin, 1. März. In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März ist die Schonfrist für Segelschiffe auch im Sperrgebiet des Atlantischen Ozeans abgelassen. Von diesem Zeitpunkt ab gilt in allen Sperrgebieten nunmehr nur noch die allgemeine Warnung, nach der die Schiffs-fahrt auf feindlichen Segelschiffen mehr reaktiv kann.

## Die Opfer des Laconia-Unterganges.

Osag, 1. März. Reuter meldet aus Corl: Von den 21 Passagieren der Laconia, die in einem Rettungsboot, das voll Wasser war, herumtrieben und dann in Santos an Land gebracht wurden, sind sieben infolge der Kälte gestorben.

Amsterdam, 28. Februar. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London, daß bei der Torpedierung des Dampfers Laconia außer den zwei Amerikanerinnen auch zwei amerikanische Regier-ungsgeliebte sind.

## Schiffsproviand nur gegen Schiffsraum.

Rotterdam, 28. Februar. Neutrale Schiffe erhalten in England jetzt nur mit besonderer schriftlicher Erlaubnis des Handelsministers Schiffsproviand.

## Portugal in der Seesperre.

Lisbon, 28. Februar. (Funkspruch des Vertreters des Wiener K. K. Teleg. Korrespondenzbureau.) Nach Meldungen portugiesischer und spanischer Blätter hat sich seit Abgang der ersten portugiesischen Truppen nach Frankreich und der Verkündigung der verschärften U-Boot-Sperre die innere Lage Portugals zusehends verschlimmert. Um gegen die Gewalttätigkeit der gegenwärtigen Regierung anzukämpfen, bildete sich aus den unzufriedenen Elementen verschiedener Parteien ein parlamentarischer Block, der in scharfer Gegnerschaft der Regierungsmehrheit gegenübersteht. Die wirtschaftliche Lage sei geradezu verzweifelt. Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung drängten zur Einschränkung des Personenverkehrs, der öffentlichen Beleuchtung und zur Anordnung eines früheren Lebensschlusses. Wegen Mangels an Verbesserungsmitteln habe die ganze vorjährige Weinernte, die bereits teilweise nach Frankreich verlaufen war, im Lande verbleiben müssen. Die hierdurch geschaffene Krise werde noch verschärft durch die angeordnete Einschränkung des Alkoholkonsums in England, das ein bedeutendes Absatzgebiet für portugiesische Weine ist. Die Regierung stehe all diesen Ereignissen ohnmächtig gegenüber. Eine Ministerkrise stehe bevor.

## Vorgänge an der Westfront.

Englischer Seeresbericht vom 28. Februar. Am Morgen griffen wir an und eroberten einen Teil des feindlichen Grabens nordöstlich von Sailly-Saillies. Wir machten 85 Gefangene, darunter 2 Offiziere, und erbeuteten ein Maschinengewehr. Unser Vorrücken nördlich und südlich der Ancre dauert an. Während der Nacht besetzten wir Commeourt. Heute nahmen wir die Dörfer Thilloz und Guisnez-au-Mont und die anstehenden Grabensysteme und schoben unsere Linie 1000 Yards nordöstlich von Commeourt vor. Bei einem erfolgreichen Streifzug in der letzten Nacht in der Nachbarschaft von Clerly machten wir 22 Gefangene. Wir drangen auch in die feindliche Stellung nordöstlich von Arras und südwestlich und westlich von Lens ein und bombardierten mehrere feindliche Unterstände. Ein feindlicher Vorstoß nordöstlich von Arras wurde zurückgeschlagen. Unsere Flugzeuge leisteten gestern sehr wertvolle Aufklärungsarbeit und hatten eine Anzahl Luftkämpfe zu bestehen. Drei unserer Flugzeuge wurden zum Niedergehen gebracht.

Kalorien und Nahrungsmittel.

In den diesen Zeitungsartikeln, die unablässig über Nahrungs- mittel, ihre Beschaffung, ihren Nährwert usw. veröffentlicht werden, kehrt das Wort "Kalorie" (Betonung auf der letzten Silbe!) ständig wieder. Versuchen wir, den Namen und den Begriff etwas verständ- licher zu machen.

Kalorie ist vom lateinischen calor, die Wärme, abgeleitet. Die das Meter ein Einheitsmaß für körperliche Ausdehnungen, das Gramma für die Schwere der Körper ist, so ist die Kalorie ein Ein- heitsmaß zum Messen von Wärmemengen. An das Thermometer, das Wärmegrade, aber keine Wärmemengen misst, darf man hierbei nicht denken. Die Schaffung der Kalorie als Wärmeeinheit geht auf Robert Mayer, den berühmten Entdecker des Gesetzes von der Er- haltung der Kraft, zurück. Er fand, daß eine Wärmemenge, die 1 Kubikcentimeter Wasser von 15 auf 16 Grad erwärmt, auf irgend eine Weise in Arbeit verwandelt, imstande ist, das Gewicht eines Grammes auf 425 Meter zu heben. Später hat man diese Zahl durch 426 ersetzt, statt des Grammes wird in der Regel das Kilo- gramm und statt des Kubikcentimeters Wasser ein Liter gesetzt. Diejenige Wärmemenge, die verbraucht wird, um 1 Liter Wasser um 1 Grad wärmer zu machen, heißt, in Arbeit umgesetzt, 1 Kilo- gramm 426 Meter hoch. Diese Arbeitsleistung nennt man eine Kilogrammmeterkalorie oder kurz Kalorie, und man bezeichnet sie als das "mechanische Arbeitsäquivalent" der Wärme, d. h. als eine Arbeitsmenge, die einer bestimmten Wärmemenge gleichwertig (äquivalent) ist. Ein Beispiel: Steigt ein 60 Kilogramm schwerer Mensch auf den Brocken, wobei er von Norden her etwa 800 Meter Höhenunterschied zu überwinden hat, so haben seine Beine und Fuß- muskeln eine Arbeit von 60 mal 800 gleich 48 000 Kilogrammmeter zu leisten. Da 426 Kilogrammmeter einer Kalorie entsprechen, so leistet der Steiger 48 000 geteilt durch 426, demnach rund 110 Kalorien.

Daß bei der Verdauung Wärme entwickelt wird, bedarf keines besonderen Beweises, da der hungerrnde und der gesättigte Mensch diese Tatsache an seinem eigenen Leibe, auch wenn er "kalt" gerissen hat, zur Genüge erfahren hat. Das Gleiche gilt für die Wärme- entwicklung durch Muskelarbeit, die übrigens durch Selbstopfug auch in exakter Weise bewiesen wurde. Wir haben es aber hier nur mit der Umsetzung von Nahrungsmitteln auf dem Wege der Ver- dauung und Aufbaumachung in körperliche Wärme zu tun, also mit der Umrechnung von Nahrungsmitteln in Kalorien.

Die aufgenommene Nahrung wird im Körper durch die Ver- dauung, die schon im Munde beginnt, in immer einfachere Stoffe zerlegt, und diese Zerlegung wird im Körper fortgesetzt, bis die gewonnenen Stoffe teils als verwertungsfähig ihren Platz erreicht haben, teils als unbrauchbarer Abfall wieder ausgeschieden werden. Die Zerlegung erfolgt in den Zellen durch Aufnahme von Sauer- stoff, den die Lunge der Luft entnimmt, und den die roten Blut- körperchen ständig in den Bereich der Zellen transportieren. Eine Zerlegung, die durch Hinzutreten des Sauerstoffs vor sich geht, heißt Oxidation oder Verbrennung. Man darf hierbei nicht immer an Feuer und Hitze denken, sondern muß die Verbrennung im weiteren, chemischen Sinne nehmen. Kohle verbrennt unter Entwicklung von Wärme, aber wenn Eisen und Messing in feuchter Luft rosten und Grünspan ansetzen, so ist das ebenfalls eine Verbrennung mit Sauerstoff, also eine Verbrennung, wobei aber keine, wenigstens keine meßbare Wärme entwickelt wird. Nahrungsmittel, die im Körper unter Aufnahme von Sauerstoff zerlegt werden, "verbrennen" daher in unserem Leibe, trotzdem er mit Wasser und mit anderen Flüssigkeiten durchtränkt ist. Wir werden das sogleich besser be- greifen, wenn wir berücksichtigen, daß z. B. Eisen auch unter Wasser roftet, indem es dabei den Sauerstoff dem Wasser entnimmt. So "verbrennt" unter Wasser.

Dieselbe Wärmemenge, die ein Nahrungsmittel bei seiner Zer- legung im Körper frei werden läßt, muß er auch entwickeln, wenn er außerhalb des Körpers mit Sauerstoff verbunden, d. h. verbrannt wird. Diesen Zweck dienen sogenannte Kalorimeter von ver- schiedener Einrichtung. Der Apparat ist z. B. so eingerichtet, daß der zu untersuchende Stoff, während er vollständig verbrannt wird, auf allen Seiten von einem Gefäß mit einer bestimmten Menge Wasser umgeben ist. Aus der Menge dieses Wassers und aus der Steigerung seiner Temperatur infolge der Verbrennung wird die Verbrennungswärme der Nahrungsmittel berechnet. Auf diesem Wege hat man u. a. auch die auf den ersten Blick so merkwürdig anmutende Umrechnung des Wertes von Nahrungsmitteln in Kalorien experimentell ermittelt. Für die drei wichtigsten Arten von Nahrungs- mitteln beträgt die Verbrennungswärme: für 1 Gramm Fett 9,3 Kalorien, für 1 Gramm Eiweiß 5 bis 6 Kalorien, für 1 Gramm Kohlehydrate (z. B. Zucker) 4,1 Kalorien. Da aber bei der Er- nährung mit Eiweiß nur ein Teil der Verbrennungswärme im Tier-

körper frei wird, wie Versuche ergeben haben, so ist die Kalorien- zahl für Eiweiß zu vermindern, und zwar auf 4,1. Mit Hilfe dieser Zahlen ist es leicht, eine Nahrung in Kalorien umzurechnen wenn ihr Gehalt an Fett, Kohlehydraten und Eiweiß bekannt ist.

Durch genau kontrollierte Versuche an Tieren und Menschen konnte bewiesen werden, daß der Organismus die gesamte "Betriebs- kraft" für seine Lebensäußerungen ausschließlich aus der Ver- brennung der aufgenommenen Nahrung bezieht, wodurch die Physiologen zu dem Grundgesetz gekommen sind, daß der Wert einer Nahrung in erster Linie von der Höhe ihrer Verbrennungswärme, also von ihrer Kalorienzahl abhängt. Wie die mitgeteilten Zahlen ergeben, steht das Fett mit über 9 Kalorien weitaus an erster Stelle, dertart, daß es Eiweiß und Kohlehydrate (Zucker, Gorn, Kartoffeln, Getreidekörner usw.) um mehr als das Doppelte übertrifft. Man muß nun freilich nicht an- nehmen, daß es gleich sei, was man esse, wenn nur indgeheim die nötige Kalorienzahl erreicht werde, die bei Personen von 70 Kilo- gramm Gewicht mit mittlerer, beruflicher Arbeitsleistung täglich etwa 3000 Wärmeeinheiten oder Kalorien beträgt. Denn die Nahrung liefert nicht bloß Kräfte, sondern auch Baustoffe, die in den verschiedenen Organen des Körpers von verschiedener Art sein müssen. Aus einer nach Möglichkeit gemischten Nahrung entnimmt der Körper, was er braucht. Der gegenwärtig so fühlbare Mangel an Fett wird zu einem guten Teil dadurch ausgeglichen, daß der Organismus Kohlehydrate in Fett umsetzt. Schweine werden fett, ohne daß sie Fett zu fressen bekommen!

Die Wahrsagerin.

Ein Mitarbeiter erzählt der "Münch. Post" folgendes Erlebnis: In der gegenwärtig so gemühtlichen Münchener Straßenbahn kann man allerhand erleben, sogar das nahe bevorstehende Ende des Krieges. Am Stachus ist eine Stodung entstanden, und eine Frau aus dem Volke, die eben in die Linie 19 eingestiegen ist, gibt den Herrschaften Sewizer von sich: "Ja, nun habe ich wieder kein Kleingeld, weil meine Jehner allesamt im städtischen Gasautomaten stecken."

Die Schaffnerin spitzt die Ohren und macht ein Gesicht, so- aufzogen sprunghaft. Aber die Kleingeldlose wußt ab: "Zum Eis sich nur nicht hinaufsetzen; hier, meine Nachbarin hat mehr Nickel, als Sie brauchen können." "Wie?" fragt die Nachbarin. Mit er- hobener Stimme erklärt die andere: "Ich behaupte, daß Sie 1 Mark 48 Pfennige im Sack haben, und das ist so wahr, als wir zwei uns noch niemals gesehen haben."

Die Straßenbahn ist inzwischen vom Stachus zum Karlstor ge- kommen. Alle Witzhahnen strecken die Hälse vor. "Also, auch mit dem Geldbeutel," brummt ein nicht unterirdischer Virginia-Raucher. Die Angesprochene, ganz erschreckt und willenlos, zählt ihr Geld: eine Mark in Wechselgeld ist schon heraus, eine Mark zehn, zwanzig, dreißig, vierzig, zweiundvierzig, vierundvierzig — sechsundvierzig!! acht Augen sind zeugen, daß es kein Pfennig mehr ist.

"Einfache," niemand verläßt den Wagen. Die Wahrsagerin scheint wie verbezt und wechelt der weichen Frau ihr Papierchen.

Kun nickt sich ein Leutnant als Vertreter höherer Menschen- leinutis in das allgemeine Ersäunen: "Als Wahrsagerin werden Sie auch wissen, wann der Krieg zu Ende ist?" Prompt und mit einem feierlichen Augenaufschlag erwidert die Gefragte: "Am 18. März." "1918?" "Kein, heuer, heuer". Die Spannung wird angeheuer. Der Marienplatz kommt in Sicht. Der leutnantliche Leutnant hat ein Körnchen hervorgezogen und gibt der Wahrsagerin seine Adresse, dagegen die ihre rasch aufschreibend. "Wenn es wahr wird, zahl ich Ihnen 500 Mark am 18. März." Er grüßt.

Die Zurückbleibenden lachen und kreuzen sich alle über diesen Friedensabstich. Das Gesichtchen wurde gleich am Situations- markt verbreitet, gelangt wie ein Lauffeuer zum "Dollheimplatz" und wurde geteilt den den Herrschaftskocherinnen, die beim Weiger an der Luaschke aufstehen, auch in die "besseren" Familien ver- pflanzt. Alles senkt nun nach der Adresse der Münchener Kenormand. Wo wohnt sie?

Eine billige Liebhaberbibliothek.

Während des Krieges hat eine kleine Sammlung literarischer Erlebnisse ihren Fortgang genommen, die kurz vor dem Ausbruch der großen europäischen Katastrophe zu erscheinen begonnen hatte. Sie betitelt sich "Die Liebhaberbibliothek" und wird vom Verlag Gullon Kirchenauer in Weimar herausgegeben. Für eine Mark erhält man geschmackvoll factonierte Bändchen, die eine Freude für den Wücherrund sind. Das weiße sind Neubände, in der Ausstattung mandmal dem Aussehen der Originalausgabe angenähert, wie "Werthers Leiden" mit den berühmten Kapiteln

"Das begreife ich!" erwiderte Altki, den Kopf neigend, "und bitte vorläufig nur um die Erlaubnis, bald wieder- kommen zu dürfen, damit Sie mich genauer kennen lernen."

Horski streckte ihm die Hand entgegen.

Damit bin ich gern einverstanden und hoffe, daß wir gute Freunde werden. Ich lasse meinen Kindern die volle Freiheit in allen Dingen, also um so mehr in der Wahl des Lebensgefährten. Wenn Janka Sie lieb gewinnt und Sie sich ihrer würdig erweisen, will ich den Bund segnen."

Aber ein Schatten glitt über sein Gesicht.

"Nur eins," sagte er, "es wird mir schwer werden, allein zu bleiben."

"Das sollen Sie nicht!" rief Altki. "Ich werde mich hier niederlassen."

Dieser Entschluß kam ihm so unvermittelt vor, daß Altki vor seinen eigenen Worten erschraf.

Horski nickte mit dem Kopf.

"Sie haben in diesen wenigen Tagen gesehen, umr wie schweren Verhältnissen man hier lebt. Warum wollen Sie das auf sich nehmen?"

"Um zu kämpfen!"

"Mit wem?"

"Mit ihnen", mit dem System, mit allem, was den Druck andrückt."

Horski zeigte auf die Glascheibe.

"Sie haben es doch versucht und gesehen, wohin das ge- führt hat."

In der im Laden herrschenden Dunkelheit bewegte sich Semipudows Niesengefäß. Der Polizist stand unbeweglich, schweigend da, aber er wendete kein Auge von der Scheiben- tur, offenbar ängstlich, daß Altki ihm entkommen könnte.

Dieser Ambia regte Altki noch mehr auf.

"Ja, fürchte sie nicht! Was können sie mir tun?"

"Vor allem bin ich überzeugt, daß sie Ihnen befehlen werden, abzureisen!"

"Wenn sie es befehlen, tu ich's gerade nicht! Ich werde zwar geschäftlich nach Hause beufen, aber ihrem Befehl werde ich mich nicht fügen."

"Ich möchte Sie doch bitten, es um meinwillen und um Jankas willen zu tun und sie nicht zu reizen. Be- denken Sie, sie können es so drehen, daß Ihnen der Eintritt nach Polen verweigert wird. Tagejem ist in gewissen Dingen sehr schlau."

Chodowickis. Einzelne Werke, wie die Kobellen Clemens Brentanos, sind für die Sammlung von Künstlern wie Briesländer eigens mit Zeichnungen ausgestattet worden. Eine besondere Liebe wird von der kleinen Wücherei den Dichtern der Romantik entgegengebracht. Die wunderbaren Nieder dieser Dichters- gruppe bringt Hermann Hesse in einer feinen Auswahl: "Der Zauberbrunnen", G. Th. A. Hoffmanns Phantastiefied "Der goldene Topf", das feinste und leichteste, das diesem Freunde des Spuls, des Unheimlichen gelungen, erfremt durch seine krante, amnütige Verwirrtheit. Brentano erzählt seine unvergessliche Geschichte vom "Brauen Kasperl und schönen Annel" und die zarten Trübsüde aus der "Aronika eines fahrenden Schülers". Goldbergs Gedankwelt nach "Königern Welten, nach einer größeren Menschheit schlugt aus dem "Hyperion", den man nie genug lieben kann. Der ver- gegense Jankas Kerner wird mit seinen "Meißelarbeiten" neu belebt. Der schwärmerische Jüngling, Ludwig Tiedes Freund Wadenroder spricht in enthusiastischen Worten in den Kunstverlebriffen seines "Klosterbruders". Tam ist auch jenes viel umstrittene, lefkame Werkchen da, "Die Nachtweiden des Bona- ventura", das nach einer allen Ueberlieferung von Schelling stammen soll, von Horskiern aber einem fast unbekanntem Schriftsteller Beigel, hängt aus Brentano zugeschrieben wird. Altkis herrliche Kobellen dürfen natürlich nicht fehlen. Daneben findet man den Briesroman aus den italienischen Freiheitskriegen: "Die letzten Driebe des Jacopo Ortis" von Ugo Foscolo, die aus Rousseauschem Schwärmer- geist geborene Idylle von "Paul und Virginia", "Stifters "Studien" mit ihrer unnahmliden Alleinlunst der Naturbeschreibung, Hoff- Sealsfelds immer wieder wieder wirkhame amerikanischen Abenteuer. Die "alten deutschen Marienlieder", mit Bildern des Mittelalters geschmückt, umwehen uns mit dem Atem verhöffener Gläubigkeit. Der alte Schweizer Salomon Gejner, Jesuiter und Dichter zugleich, wird mit seinen reizvollen, empfindsamen Idyllen aus dem Grab der Literaturgeschichte hervorgerufen. Im "Bilderbuch ohne Bilder" plaudert der gute, liebe Hans Christian Andersen Trauriges und Freundliches mit dem Freund der Einsamen, dem Mond. Ein Bändchen "Mittägliche Erzähler" führt in einen mit fremden Kultur- kreis, den uns der Krieg nahegebracht. Für Liebhaber unalltä- glicher Kunst findet sich hier Stoff für viele Abendstunden voll weit- und zeitferner Verunsicherheit. Verufen Herausgeber sorgen für verständnisvolle Einführungen.

P. H.

Der blaue Montag in der Schule.

Bei den neuerdings mit großem Lachdruck betriebenen Unter- suchungen über die Ermüdung bei Schulländern hat sich heraus- gestellt, daß der Montag im allgemeinen ein ungünstiger Tag für den Unterricht ist. Eine allgemeine Aufmerksamkeit der Klasse ist an diesen Tage nicht oder doch nur sehr schwer zu erzielen. Dr. A. Durrig, der in den Schriften des 3. Internationalen Kongresses für Gewerbeschaffheiten eine interessante Studie über die Ermüdung, speziell bei der Schulländer, veröffentlicht hat, hat die Beobachtung gemacht, daß am "blauen Montag" die Eindrücke von dem voraus- gegangenen Ruhe- und Vergnügungstage noch so vorherrschend und die Erinnerungsbilder noch so fest haften, daß die Mehrzahl der Kinder zerstreut ist und die Gedanken nicht auf den Gegenstand des Unterrichts bereinigen kann. Die Verfassung der Schulländer am "blauen Montag" ist jedoch nicht als ein Ermüdungszustand im eigentlichen Sinne des Wortes zu beurteilen. Wohl haben die Kinder ein Gefühl der Müdigkeit, aber eine objektive Ermüdung, wie sie durch den Ergographen (Arbeitsmesser) meßbar ist, ist nicht nach- zuweisen. Eine solche liegt dagegen nachweisbar stets in den Fällen vor, wenn ein Schulländer vor dem Erscheinen in der Schule durch Heimarbeit, Botengänge oder dergleichen Last in Anspruch genommen war. Wichtig ist die Erfahrung, daß ein Schulländer, bei dem Ermüdung nachweisbar ist, dadurch doch nicht zur Entgegennahme weiteren Unterrichtes unfähig wird. Ein durch an- gestrengtes Denken ermüdetes Gehirn behält vielmehr noch immer die Fähigkeit für andere geantie, leichtere Denkvorgänge. Das gegebene Verfahren gegenüber solchen Ermüdungszuständen bei den Schullern ist also Abwechslung im Unterrichte.

Notizen.

— Ein großes Seerriegelspiel, das nach richtigen strategischen Grundfäden aufgebaut ist und alle Verschiedenheiten des Seerrieges von der Seeschlacht bis zum U-Boots-, Kreuzer- und Handelskrieg enthält, hat die Verlagsgesellschaft Verlagsanstalt Stuttgart herausgebracht. Es erscheint in zwei Ausgaben zu 4,50 und 6 M. Es scheinen alle Faktoren eines guten Spiels, sowohl die spannenden und überraschenden wie die des auf eigenem Nach- denken beruhenden, geschickt gemischt zu sein.

"Ich werde doch im Besitz eines österreichischen Passes sein."

"Das hat nichts zu sagen. Am besten reifen Sie ohne Aufsehen ab. Auf diese Weise sichern Sie sich die Rückkehr. Vergessen Sie nicht Ihre Zeit für unpolle Dinge."

Horskis Stimme wurde immer tonloser, sein Gesichtsaus- druck immer trauriger.

"Rajzo, Sie und all' die Jungen glauben, die Pfist des Bürgers bestehe darin, die Schläge des Feindes zu parieren. Wir haben jedoch hier ein anderes System gewählt. Unter den Schlägen die Arbeit nicht aufzugeben. Ist das nicht besser?"

Altki erwiderte:

"Eine solche Arbeit kann weder kraftvoll noch dauerhaft sein."

Horski wurde nachdenklich.

"Vielleicht haben Sie recht! Ich habe mir Ihren Vor- schlag, die angehörenden Bürger zusammenzubereisen und ein gemeinsames Geschäft zwecks Aufklärung der Tagejem- schen Wirtschaft einzugehen, durch den Kopf gehen lassen. Wenn Sie wiederkommen, ist die Sache vielleicht schon erledigt."

Kun erfasste Altki eine Umruhe. Es schien ihm, als zer- störe Horski mit diesem Entschluß das Bild und den Frieden seines Hauses und seiner Familie.

"Bedenken Sie aber auch alles genau," sagte er leise, als schäme er sich seiner Worte.

Horski blinnte ihn erkannt an.

"Werden Sie etwa ängstlich?" fragte er.

"Nicht für mich, sondern für Sie und für die Jorigen."

"Sehen Sie, so ist es immer! Man begibt sich gern selbst in Gefahr. Zieht man aber andere mit, so wird man angeht. Doch ist in unserem Falle das Waffenaustreten der ganzen Stadt notwendig. Anders werden wir nichts er- reichen."

Sie schwiegen eine Weile, schließlich begann Horski:

"Sie reifen also noch heute?"

"Ja, wohl, ich möchte mich auch von Fräulein Janka und Rajzo verabschieden."

"Sie finden sie in der Wohnung, aber wir müssen den Polizisten auch hineinlassen. Sonst schlägt er Lärm."

Er winkte Semipudow mit einem Zeichen herbei.

(Fortf. folgt.)

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriel Sapolska.

"Erlauben Sie!" sagte Semipudow, den Schritt be- schleunigend, "das geht nicht. Sie müssen direkt zum Herrn Wachtmeister gehen."

"Ich will Bekannte sprechen!"

"Das ist verboten!"

"Bist du von Einnern?"

"Es ist verboten!"

Wur erfasste Altki.

Semipudow pflanzte sich vor ihm auf. Altki merkte, daß er ihn nicht weitergehen lassen würde. Er langte nach der Tasche, ergriff einen Silberkubel und streckte die ge- schlossene Hand Semipudow entgegen.

"Das habe ich gefunden!" sagte Altki gutmütig, "gehört es vielleicht Ihnen?"

Semipudow hielt seine Hand hin, in der der Kubel wie verzaubert verschwand. Ohne ein Wort zu sagen, trat er beiseite. Altki ging jetzt auf Horskis Baden zu. Aber Semi- pudow ging nun neben ihm her, als wollte er seinen Eifer verdoppeln.

Altki trat in den Laden. Der Polizist folgte ihm. Als Horski den Fremden in dieser Begleitung sah, rief er erstaunt:

"Was ist denn das?"

"Die russische Regierung ist um mich so besorgt, daß sie mir eine Ehrengarde stellt!"

"Was wollen sie denn?"

"Das ist ihr Geheimnis! Aber ich möchte Sie einen Augen- blick sprechen."

Horski führte ihn in den Nebenraum, in den man durch eine Scheibentür hineinschauen konnte.

"Bevor ich verreise," begann er etwas erregt, "möchte ich bei Ihnen um Fräulein Jankas Hand anhalten."

Er brachte die Worte schnell hervor und atmete auf. Horski schwieg einen Augenblick.

"Ich kenne Sie schon aus den Erzählungen meiner Tochter, aber Sie werden verstehen, daß ein um das Schicksal seines Kindes besorgter Vater nach allen Richtungen prüfen möchte, wem er sein Kind fürs ganze Leben anvertraut."

**Direktion Max Reinhardt:**  
**Deutsches Theater.**  
 7 Uhr: **Othello.**  
**Kammerspiele.**  
 7 1/2 Uhr: **Das Konzert.**  
**Volksbühne.** Theater am Bülowplatz  
 7 1/2 Uhr: **Hamlet.**  
**Theater i. d. Königgräzerstr.**  
 7 1/2 Uhr: **Paul Lauge und Tora Parsberg.**  
**Komödienhaus**  
 7 1/2 Uhr: **Die verlorene Tochter.**  
**Berliner Theater**  
 7 30 Uhr: **Die tolle Komödie.**

**Essing-Theater.**  
 Direktion: Victor Barnowsky.  
 7 Uhr: **Pfarrer von Kirchfeld.**  
 Sonnabend: **Peer Gynt.**  
**Deutscher Künstler-Theater.**  
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Der Reisebegleiter.**  
**URANIA** Taubenstr. 48/49.  
 4 Uhr (halbe Preise):  
**Im U-Boot gegen den Feind.**  
 8 Uhr:  
**Der Balkanzug**  
 und die befreite Donau.

**VIKTORIA-THEATER** Telefon: Hobb.-Haltost.  
 (Sensou), Kottb. Str. 5. Moritzpl. 118/14. Kottbuser Tor.  
**HAGENBECK**  
 Nur noch kurze Zeit!  
 Ab 1. März: **Neue Spezialitäten.**  
**Neue Dressuren.**  
 Wochent. nachm. Vorzugspreise. Tägl. Abendvorstellung um 7 1/2 U.  
 Mittwochs, Sonnab., Sonntags Vorverkauf: Hagenbeckkassa,  
 je 2 Vorstell. um 8 1/2 u. 7 1/2 U. Kottbuser Str. 5 u. Wertheim

**Theater für Freitag, 2. März.**  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
 7 Uhr: **Die Jugend.**  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
 7 1/2 U.: **Das Dreimäderlhaus.**  
**Gebr. Herrfeld-Theater**  
 7 1/2 U.: **Der Stolz der Familie**  
**Kleines Theater**  
 8 Uhr: **Am Teelisch.**  
**Komische Oper**  
 7 1/2 Uhr: **Der Puszta-Kavalier.**  
 Sonntag 3 1/2 U.: **Minna von Barnheim.**  
**Lustspielhaus**  
 7 1/2 U.: **Die schöne Kubanerin.**  
**Metropol-Theater**  
 7 Uhr: **Die Csardasfürstin.**  
 Sonntag 1 1/2 U.: **Die Kaiserin.**

**Neues Operettenhaus**  
 Schiffbd. 4a. Karsentel.: Nord. 281.  
 7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie.**  
**Residenz-Theater**  
 7 1/2 U.: **Die Warschauer Zitadelle.**  
**Schiller-Theater O.**  
 7 1/2 U.: **Götz von Berlichingen.**  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
 7 1/2 U.: **Der Herr im Hause.**  
**Thalia-Theater.**  
 7 1/2 U.: **Das Vagabundenmädcl.**  
**Theater am Nollendorfpl.**  
 7 1/2 U.: **Die Gulaschkanone.**  
**Theater des Westens**  
 7 1/2 U.: **Die Fahrt ins Glück**  
**Trianon-Theater**  
 7 1/2 U.: **Gib auf Hedwig acht.**

**Gewerkschaftshaus.**  
 Sonntag, den 1. März, im großen Saal:  
**Frühlings-Feier**  
 der Jugendsektion  
 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.  
 Mitwirkende:  
**Männerchor Namenlos** (Chormeister Herr Thilo).  
 Mandolinen-Konzert, angeleitet von der musikalischen Abteilung des  
 Jugendbüchse unter Leitung ihres Dirigenten Herrn E. Vorpahl.  
 Geitere Rezitation u. Vieder zur Laute von Frau Marg. Walkotte.  
 Im Mahagoni-Saal:  
 Erweiterter Restaurationsbetrieb und Unterhaltungsabend.  
 Im Muschel-Saal:  
**Sparverein zur silbernen Kassetten.**  
 Sonntag mittag:  
 Gähnerklubbe 0,25 Bierländer Gule 2,50  
 Sibiringlobl mit Kinderbrust 2,00 Süßschwein 2,50  
 Wildbragout 2,00 Salat 0,00

**Circus Busch**  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Fernsp. Nrd. 840  
**Durchschlagen den Erfolg**  
 erzielte die neue  
**Riesen-Pracht-Wasser-**  
 Pantomime  
**Die versunkene Stadt**  
 1.1 Vorsp. u. 4 Akt. v. Paula Busch  
 Vorh. das gr. Zirkusprogramm.  
 Vorverkauf täglich ab 10 Uhr,  
 für Sonnab. u. Sonntag immer  
 bereits ab Donnerstag.

**Zirkus A. Schumann**  
 Einlad. 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Heute und täglich  
**Kissmet** das orientali-  
 sche Wunder!  
**Adolf u. Coco**  
 die beliebtesten Spasmancher.  
 Antipoden-Spiele mit Hunden.  
**Emilia Rose.**  
 Das große equestre Programm  
 und **„Die Seeräuber“.**  
 Große Ausstattung. Pant. 1.4 Akt.  
 Sonntag 2 gr. Vorst. 3 u. 7 1/2 U.  
 Nachm. 1 Kind frei!  
 Billette ab heute zu haben.

**Heute von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends**  
 kommen ein großer Pölsen Hühner, fette Puten und ein  
 großer Bosten wilde Kaninchen zum Verkauf.  
 Täglich: **Hühnerbrühe à Liter 60 Pf.** und darin gefochte  
**Hühner à Stück 10,00 M.**  
 Avis! Mittwoch, den 7. März, abends 7 Uhr, im großen Saal:  
**Sichtbilder - Vortrag**  
 des Journalisten Alfred Conrad über seine Gefangenhaltung in  
 Russland und die deutschen Kolonien. Vorgeführt in 80 farbigen  
 Bildern. Eine Reise durch den Boosporus und die Karakumken.  
 Eigene Erlebnisse in den Pleimerten in Sibirien. Eintritt 10 Pf.

**WINTERGARTEN**  
 Das neue März-Programm  
**Oscar Sabo**  
 vom Berliner Theater a. G.  
 Lolle Revo, Luftakt  
 Luis u. Mohamed, Gymnastik  
 Ilse Bols, Johnson u. Johnson,  
 Exzentriker, Smaranda, dres-  
 sierte Katzen. Ferner  
**Hans Wassmann**  
 und  
**Lillebil Christensen**  
 in  
**Lillebil's Hochzeitsreise.**  
 Aegypt. Burleske in 7 Bildern.  
 Inszenierung von  
**Max Reinhardt.**

**Spolto**  
 FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.  
 1/8 Uhr Heute 1/8 Uhr  
 und folgende Tage:  
**Persönliches Gastspiel**  
 des beliebtesten  
**Filmkünstlerpaares**  
**Wanda Treumann**  
 und  
**Viggo Larsen**  
 in ihrem Lustspiel:  
**„Die Scheidungsehe“.**  
 Vorher:  
**Das vollständig neue**  
**Varieté-Programm.**  
 Preise der Plätze  
 nicht erhöht.  
 Vorverkauf: Ab 10 Uhr an der  
 Theaterkasse bei A. Wertheim u.  
 Invalidendank.

**Casino-Theater**  
 Lothinger Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr  
 Trost des großen Erfolges  
 nur noch kurze Zeit  
**Zwei helle Berliner**  
 Border 7 1/2 Uhr banter Teil.  
 Anfang des Stüdes 8 1/2 Uhr.  
 Sonntag 4 Uhr: **Die Sache flabbi.**

**Admiralspalast.**  
**Schlittschuhläufer - Ballett**  
 a. d. Oper „Der Prophet“  
 und  
**Frau Fantasie.**  
 Vorzügl. Küche. Anfang 7 1/2.

**Rose-Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der fidele Bauer.**  
**Walhalla-Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Das Glücksmädcl.**

**Volgt-Theater.**  
 Bodstr. 58. Bodstr. 58.  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der Stabstrompeter.**  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Der Sohn der Wildnis.**  
 abends 7 Uhr:  
**Der Stabstrompeter.**

**Palast**  
 Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
 Die neue Revue:  
**Berlin im Krieg**  
 von Otto Reutter und  
 R. Liebmann.  
 Musik v. Victor Holländer  
 Regie: Dr. Martin Zickel.

**Singer**  
 unübertroffen  
 Ueber  
 die Vorteile  
 verlange man  
 unsere  
 10 Mark  
 Galt  
 Singer Läden  
 überall  
 Jeder  
 sei gerüstet

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
**„Cabaret Feldgrau“**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Sonntag  
 nachmitt. 3 Uhr:  
 Vorstellung zu  
 ermäß. Preisen!  
**Neues Programm**

**Berliner Konzerthaus.**  
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
 Heute: **Zweites Winter-Konzert**  
 des **Berliner Liederkrantz**  
 Chormeister: Johannes Stemann  
 unter Mitwirkung des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**  
 Leiter: Komponist Frz. v. Blen.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Alle Vergünstigungen aufgehoben!

**Possen-Theater.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der Niegende Holländer.**  
**Der alte Wolf.**

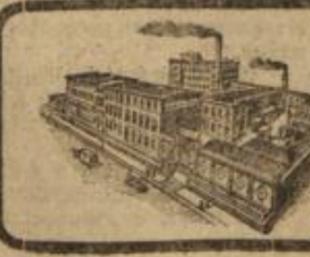
**Glühpunsch**  
 Liter 2,00 M.  
 1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes  
 Wasser ergeben ein herrliches  
 süßes Getränk. Billiger als  
 Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas  
 Warmes stellt sich auf 5 Pf.  
**das beste tägliche Ge-  
 tränk in jedem Haushalt**  
 Es wird höf. gebeten, mög-  
 lichst Flaschen oder Gefäße  
 zum Abfüllen miteubringen  
 Neu eingeführt:  
**Himbeer- und Apfelsinen-Gelee.**

**Possen-Theater.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der Niegende Holländer.**  
**Der alte Wolf.**

**H. Krömer,**  
 Berlin N, Oranienburger Str. 60  
 2. Verkaufsstelle:  
 Reimchendorfer Straße 109.  
 3. Verkaufsstelle:  
 Andreasstraße 75.

**Reuters Werke**  
 3 Bände 5 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts  
 an dem friedlichen Wettkampfe  
 teilzunehmen, der diesem Kriege  
 folgen wird. Hierzu befähigt ihn  
 am sichersten eine umfassende  
 Allgemein- u. fachliche Bildung.  
**Rasch und gründlich**  
 führt die Methode Rustin (3 Direktoren  
 höherer Lehranstalten, 22 Professoren  
 als Mitarbeiter) jeden Vorwärts-  
 strebenden ohne Lehrer durch  
 Selbstunterricht mit energischer  
 Förderung des Einzelnen durch  
 den persönlichen Fernunterricht.  
 Wissenschaft. geb. Mann, Wissensch.  
 geb. Frau, Geb. Kaufmann. Die  
 geb. Handlungsgehilfin, Bank-  
 beamte, Einj.-Frow.-Prüf., Abit-  
 Exam., Gymn., Realgymn., Ober-  
 realschule, Lyzeum, Oberlyzeum,  
 Mittelschulobereprüfung, Zweite  
 Lehrereprüfung, Handelswissen-  
 schaften, Landwirtschaftsschule,  
 Ackerbauschule, Präparand, Kon-  
 servatorium. Ausführl. 60 S. starke  
 Broschüre über bestandene Examen,  
 Beförderungen im Amte, im kauf-  
 männischen Leben usw. kostlos durch  
**Bonness & Hachfeld, Potsdam**  
 Postfach 224.

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Coleman  
 für Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
 nerv. Schwäche, Seinkranke,  
**Ehrlich-Hata-Kuren**  
 (Dauer 12 Tage), Behandlung  
 schnell, sicher und schmerz-  
 los ohne Berufsstörung.  
 Königsr. 34-36. Stadthf.  
 Spr. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 10-1.



**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
 BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
 empfiehlt gute preiswerte Möbel  
 noch zu billigen Preisen.  
**154 Musterräume.**  
 Lagerräume: 6696 q-Meter groß.  
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.  
 Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!  
 Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

**Verkäufe**  
**Leihhaus Moriblen 55a.**  
 Gelegenheitskäufe neuer: Rag-  
 garderobe sowie Paletts, Wäher in  
 exzellenter Verarbeitung. Ferner  
 Schmiedel, Tücher, Karzer, Kers,  
 Klebe, Kaus- und Weidmüde, Pelz-  
 mützel, Regenpelz, Hüde- und  
 Aftscharmützel, Kollime, Wäher,  
 90-125 Wark. Extra-Angebot in  
 Lombard gemelter Sortieren, Betten,  
 Wäher, Seifen, Schmalen,  
 enorm billig. Leihhaus Morit-  
 platz 55a.  
**Gerrenausgabe, Umlegungsangabe,**  
 Prüfungsangabe, Heberische, große  
 Auswahl in Kollime, Regenmützel,  
 Feldmützel, Jaden, Kede, Wäher,  
 Pelzjaden, auch Anaben- und  
 Wödhengarderobe, Abenthal, Neu-  
 fäden, Berlinerstraße 41 I.

**Unterricht**  
 Englischen Unterricht für An-  
 fänger und Fortgeschrittene, sowie  
 deutsche und französische Stunden er-  
 teilt G. Swienty, Charlottenburg,  
 Stuttgarterday 9, Gartenhaus IV.  
**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Verkäufer, tüchtige,** für Teppiche,  
 Möbelstoffe und Gardinen sofort ge-  
 sucht. Meldungen 1-2 Uhr mittags  
 oder 6-7 Uhr abends. A. Randorf  
 u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.  
**Telefonisten, gewandte,** sofort  
 gesucht. Meldungen 1-2 Uhr mit-  
 tags oder 6-7 Uhr abends. A. Ran-  
 dorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.  
**Verkaufserinnen, tüchtige,** für  
 Handtücher, Schiele, Kämme und  
 Saarländ. Schreibwaren, Möbel-  
 stoffe, Wirtschaftartikel und Emaille-  
 waren sofort gesucht. Meldungen  
 1-2 Uhr mittags oder 6-7 Uhr  
 abends. A. Randorf u. Co., Belle-  
 Alliancestraße 1/2.  
**Verkaufserinnen, tüchtige,** zum Ein-  
 packen und Kontrollieren der Ware,  
 an unteren Kassen sofort gesucht.  
 Meldungen von nur solchen Damen,  
 welche bereits in lehrhaften Details-  
 geschäften als Verkäuferinnen tätig wa-  
 ren, in der Zeit von 1-3 Uhr  
 mittags oder 6-7 Uhr abends.  
 A. Randorf u. Co., Belle-Alliance-  
 Straße 1/2.  
**Verkaufserinnen, tüchtige,** für  
 Datteln, Äpfel, Datteln, Schokolade,  
 Süßwaren, Tapetiererei sofort gesucht.  
 Meldungen 1-2 Uhr mittags oder  
 6-7 Uhr abends. A. Randorf u. Co.,  
 Belle-Alliancestraße 1/2.  
**Kontrollistinnen, tüchtige,** mit  
 unter 18 Jahren, mit schöner Hand-  
 schrift sofort gesucht. Meldungen 1-2  
 Uhr mittags oder 6-7 Uhr abends.  
 A. Randorf u. Co., Belle-Alliance-  
 Straße 1/2.  
**Kaffeeverkäuferinnen, tüchtige,** sofort  
 gesucht. Meldungen 1-2 Uhr mit-  
 tags oder 6-7 Uhr abends. A. Ran-  
 dorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.  
**Verkaufserinnen im Alter von 14-16**  
 Jahren aus achtbarer Familie gegen  
 monatliche Vergütung sofort gesucht.  
 Meldungen in Begleitung der Eltern  
 oder des Vormundes von 10-2 Uhr  
 vormittags oder 6-7 Uhr abends in  
 der Personalamtverwaltung, 4. Stod.  
 A. Randorf u. Co., Belle-Alliance-  
 Straße 1/2.  
**Frauen zum Zeitungsaustragen**  
 können sich melden „Vorwärts“-Ex-  
 pedition Schützenberg, Alt-Berlin 56,  
 Laden.  
**Zeitungsausträgerin** sofort ver-  
 langt. „Vorwärts“-Expedition Karlsru-  
 herstraße 36.  
**Zeitungsausträgerin** sofort ver-  
 langt. „Vorwärts“-Expedition Zent-  
 schel, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke  
 Herderstraße.  
**Zeitungsausträgerin** sofort ver-  
 langt. „Vorwärts“-Expedition Pantom,  
 Wäherstraße 30.

**Möbel**  
**Triangul** wichtige für jeden Möbel-  
 schenker 14 bis Beschäftigung meiner  
 Kleinfabrik: maharner Spelle,  
 Herren-Schlafzimmer, Einige kom-  
 plette Wohnungsarrangements noch  
 ganz besonders billig. A. Schö-  
 nberg, Berlin nur Schöden, Staliger-  
 Straße Nr. 25.  
**Spezialzimmer!!!** je eine Ge-  
 genheit, im vorliegenden großen Saal,  
 ganz neue moderne Kom., komplett  
 mit Tisch und 6 Stühlen für 1200,-,  
 etwas kleiner 700,-, Beschäftigung  
 lohnt. Möbelhaus Lohr, nur  
 Andreasstraße 30.  
**Sonderangebot** in eleganten,  
 modernen Schlafzimmern. Wunders-  
 bares Sammie-birken Zimmer mit  
 Reflektorenbeleuchtung, 180 großen  
 Schrank, Bettstellen mit Umbau und  
 Koffern, ganz praktisch angeführt,  
 1200,-. Nur einmaliges Angebot.  
 Berliner Möbelhaus, Staligerstr. 25,  
 Hochbahn Kottbuser Tor. R

**Musikinstrumente**  
**Mandoline 18,-**, keine Ein-  
 führung 30,-, Mandoline 35,-,  
 Gitarren 12,-, achtstimmige 25,-,  
 Konzertlaute 45,-, einstufige 25,-,  
 Unterricht 6,-. Monatsheft  
 Notenlager, eingepackte Erfrischer-  
 geige mit Zubehör 30,-, Solisten-  
 mandoline 50,-, Ernst, Dranien-  
 Straße 166 III.  
**Gitarren** mit fünfzig  
 Unterlegnoten 12,50 (Vadenpreis 120  
 20,-), große, sechsstimmige 25,-  
 (früher 45,-), altstimmige Geigen  
 20,-, Mandolinen, Gitarren, Laute  
 vollständig. Berger & Co., Engros-  
 lager Dranienstraße 166 III.  
**Blasinstrumente,** geläufiges lernen  
 Erweichung mittels meiner Patent-  
 geige in zehn Stunden, Mandolinen-  
 Gitarren, Laute, Spiel 6,-. Monats-  
 heft, Lehrinstrumente billig.  
 Manier unterrichtet (Knecht) Dranien-  
 Ernst, Dranienstraße 166.  
**Harmonium** ohne Notenkenntnis  
 sofort spielbar, billig, eventuell  
 Vatenzahlung, Dranienstraße 166 III.  
**Mandolinen** Spiel, Gitarren,  
 Laute, Spiel, Dreimonatskurse zur  
 perfekten Ausbildung 6,-. Monats-  
 heft, Lehrinstrumente billig.  
 Ernst, Dranienstraße 166.

**Stallmann,**  
 zuverlässiger, sucht zum sofortigen  
 Eintritt für dauernde Beschäftigung  
**Berliner Transportverein,**  
 Wassertorstr. 42.  
**Fertigmacher**  
 für Steinbrüche findet sofort  
 Dauerstellung bei 16/4  
 Wilhelm Bernhard & Co., Gerichth. 23.  
**Militärfreier Packer**  
 für dauernde Stellung sucht 18/19  
**Kartonfabrik Beck,**  
 Wassertorstr. 46/47.  
**Maschinenmeister**  
 für Steinbrüche für Dauerstellung  
 gesucht bei 15/20  
 Wilhelm Bernhard & Co., Gerichth. 23.  
**Schrifthauer** verlangt  
 Bergmannstr. 53. 19565  
**Tüchtige**  
**Reinemachefrau**  
 gesucht. Vorstellung 10 Uhr. Post  
 Feld 101, Annalidenstr. 162/63.  
**Tüchtigen**  
**Buchbinder**  
 für Filzbinden findet bei besonderer,  
 hohen Gehr. Part. 17/18.  
**Bauarbeiter und Arbeiterinnen**  
 verlangt Neubau Niederschö-  
 weide, Berliner Str. 138. Mel-  
 dungen beim Voller selbst. 19565

**ungelehrte Arbeiter und Platzarbeiter**  
 in größerer Zahl. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich  
 melden an:  
**Arbeiterannahmestelle**  
 bei  
**Pulverfabrik Premnitz,**  
 Rathenow, Bahnhofstr. 22.  
**Tüchtiger Werkzeug-Dreher**  
 auf kleine Gewindebohrer,  
 auch Kriegsinvaliden bei ständiger Beschäftigung,  
 zu sofort gesucht. Jul. Platow A.-G., Berlin,  
 Andreasstraße 71/73.



Zu den Kämpfen am Tigris

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 28. Februar. Auch den ganzen Montag waren wir dem Feind hart auf den Fersen. Unsere vorgeschobenen Truppen betwachten ihn am Nachmittag an einem Punkte am linken Ufer des Tigris, der 30 Meilen west-nordwestlich von Kut liegt, von drei Seiten in ein Gefecht.

Der Feind ließ eine Menge Waffen und Ausrüstungsgegenstände zurück und warf vier Hauptkugeln in den Fluß. Wir eroberten das Kanonenboot Fierly zurück, das wir beim Rückzug von Atesiphon verloren hatten, erbeuteten ein türkisches Schiff und zerstörten ein anderes. Am Sonntag machten wir 380 Gefangene, am Montag 161.

### Zustangriff auf die Bredacher Eisenwerke.

London, 28. Februar. (Reuter.) Die Admiralität berichtet, daß Marineflugzeuge am 25. Februar einen Angriff auf die Eisenwerke von Bredach südlich von Saarbrücken unternommen haben. Es kam zu mehreren Luftgefechten. Eine feindliche Maschine wurde zerstört.

### Störung des Verkehrs zwischen Nord- und Südamerika.

Basel, 28. Februar. (Frkf. Ztg.) Die Agentur Radio meldet aus New York, daß nicht nur der Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, sondern auch der Verkehr zwischen Nord- und Südamerika stockt.

### Die Kohlennot in Italien.

Vercelli, 1. März. Die „Popolo Romano“ meldet, arbeiten die Gasfabriken in Rom infolge Kohlenmangels unter nieermem Druck, wodurch die Ausgabe der römischen Morgenblätter verzögert wird. In Neapel kostet der Doppelzentner Holzstohle bereits 40 Lire.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Entente-Kriegsrat in Calais. Paris, 28. Februar. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Aeußeren hat am Montag und Dienstag in Calais eine französisch-englische Konferenz stattgefunden, an der französischerseits Briand und die Generale Ribelle und Douaen, englischerseits Lloyd George, General Robertson und Marshall Douglas Haig teilnahmen.

### Politische Uebersicht.

#### Reichstag.

#### Fortsetzung der Etatdebatte.

Die erste Beratung des Etats ist auch am Donnerstag noch nicht zu Ende geführt worden. Das kann nicht wundernehmen, wenn man berücksichtigt, daß diese Beratung die regelrechte und zugleich die wichtigste Gelegenheit für den Reichstag bildet, sich über die gesamte politische Lage auszusprechen. Jetzt, während des Krieges, wächst die Bedeutung dieser Etatberatung noch, einmal wegen der außerordentlichen Gespanntheit der kriegerischen und kriegspolitischen Lage, sodann wegen der Schwierigkeit, außerhalb des Reichstags alle notwendigen Angelegenheiten ohne gewalttätige Hindernisse besprechen zu können.

In die Reihe der Redner aus dem Hause schob sich am Donnerstag als erster Redner der Kriegsminister von Stein, der die rücksichtslose und teilweise unmenschliche Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch die feindlichen Länder, besonders durch Frankreich, zur Sprache brachte. Die mitgeteilten Tatsachen schneiden jedem Deutschen ins Herz, mancher Gattin und Mutter, die einen Angehörigen in der Kriegsgefangenschaft weiß oder vermutet, wird sie die gequälte Brust mit vermehrter Sorge erfüllen. Es ist deshalb auch eine Pflicht unserer Regierung, alles zu tun, um das Los unserer Brüder hinter den feindlichen Fronten zu mildern. Aber durch rücksichtslose Repressalien allein ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Einen bedenklichen Mangel an sozialer Verständnis aber befandete der Kriegsminister, als er die Errichtung von Arbeitsvereinigungen zur Ausgleitung von Gegensätzen zwischen Gefangenen und ihren Arbeitgebern „groben Unfug“ nannte. Bei der Beratung des Militäretats wird hierüber noch gesprochen werden müssen.

Unser Genosse Reil wies sofort diese Neuherung zurück. Den zweiten Teil seiner Ausführungen richtete er gegen den neustrigen Redner der Arbeitsgemeinschaft, würdig in der Form, scharf und treffend in der Sache. Ebenso scharf wies er den konservativen Antipoden Bedebours, den Grafen Westarp, die sich beide bei aller Gegensätzlichkeit doch schon so oft getroffen haben, zurück. In der Hauptsache aber bildete Reils Rede eine vorläufige allgemeine, dabei sachkundige, zutreffende Kritik der Steuervorlagen der Regierung.

Vor Reil waren noch der Zentrumsabgeordnete Maherkaufbeuren und der Volkseindliche Senoda zu Wort gekommen, nach Reil sprach als letzter Redner der Nationalliberale Stresemann. Er schloß mit der Hoffnung auf einen baldigen Frieden, der uns ein größeres und freieres Deutschland bringen möge. Dieser Wunsch umschließt in knapper Form das nationalliberale Kriegszielprogramm. Bei dem „größeren“ Deutschland sprechen freilich einige Schwierigkeiten mit, deren Beseitigung nicht lediglich von den Nationalliberalen abhängt. Dagegen hindert sie an der inneren Befreiung Deutschlands nichts, es sei denn — der Mut vor der eigenen Courage, sobald die Zeit zum Handeln da ist. Wir warten ab!

#### Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Donnerstag zunächst die Besprechung des Kapitels „Unterstützung“ vom Kultusetat. Als erster Redner kam Genosse Haenisch zu Worte, der in mehr als einstündiger Rede manche Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung, besonders ihre Bestrebungen auf Förderung der Auslandsstudien, begrüßte, dagegen an anderen Maßnahmen, wie den engen Beziehungen zwischen Großkapitalismus und Wissenschaft und die einseitige Bevorzugung bestimmter Richtungen der Nationalökonomie an unseren Universitäten, scharf kritisierte und dadurch den Kultusminister zu einer längeren Erwiderung veranlaßte. Herr Trost zu Solz erklärte, daß die Besetzung unserer nationalökonomischen Professuren unabhängig von irgendwelchen wirtschaftlichen Interessen sei, daß die verschiedensten Richtungen nach Möglichkeit berücksichtigt würden und daß parteipolitische Gesichtspunkte nicht maßgebend seien. Sollte das das Programm des Ministers für die Zukunft sein, so könnten wir seine strenge Durchführung nur begrüßen, aber in der Vergangenheit ist nicht immer so verfahren. Weiter wies der Minister die Angriffe unseres Redners gegen die Behandlung der Syphilis mit Salvarsan als mit den tatsächlichen Erfolgen nicht im Einklang stehend zurück. Ueber den von Haenisch erwähnten Fall des Donner Privatdozenten Verreyen konnte er keine Auskunft geben, obwohl es doch nach den Veröffentlichungen in der Presse seine Pflicht gewesen wäre, sich darüber genau zu unterrichten. Sympathisch berührte auch die Rede des Abg. Kanzow (Sp.), der nachdrücklich betonte, daß nach dem Kriege die Bande der Kultur die Menschheit wieder verbinden müssen.

Das Haus wandte sich dann zur Besprechung des Kapitels „Höhere Lehranstalten“. Die Redner einiger bürgerlichen Parteien äußerten dabei manche beachtenswerten Wünsche, deren Befolgung unserem Schulwesen jedenfalls nicht zum Nachteil gereichen könnte. Ebenso darf eine Verwaltung, die sich ihrer Pflicht bewußt ist, nicht an den Anregungen des Genossen Haenisch vorübergehen, der die soziale und demokratische Ausgestaltung unseres Schulwesens forderte und als Ideal die Erziehung der Menschen zur Persönlichkeit hinstellte.

Am Freitag soll die Besprechung beendet und das Kapitel „Volksschulwesen“ in Angriff genommen werden.

#### Parteienossen?

Auf der Berliner Verhandlungssammlung der Arbeitsgemeinschaft hat Haase bekanntlich erklärt, die Arbeitsgemeinschaft sei keine besondere Partei und denke auch nicht daran, eine zu werden. Mit dieser Erklärung vergleicht man die Art, wie Ledebour vorgestern im Reichstag über seinen (nach Haases Auffassung) „Parteienossen“ Scheidemann und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion herfiel! Unsere Leser kennen die Rede Scheidemanns und wissen, daß sie zu solchen Angriffen nicht den allergeringsten Anlaß bot. Die Schärfe, mit der Scheidemann die innere Politik des Reiches kritisierte, und die Entschiedenheit, mit der er persönlich für Liebknecht trotz aller Ablehnung seiner sozialen Auffassung, eintrat, hätten bei der Arbeitsgemeinschaft — wäre sie eines objektiven Urteils überhaupt noch fähig, einen ganz anderen Widerhall wecken müssen als den häßlicher Beschäftigung und fanatischer Streitsucht. Trotzdem brachte es Ledebour fertig, zwischen den ehemaligen — nach Haases juristischer Fiktion sogar noch jetzigen — Parteienossen einen Skandal zu entfehlen, der den bürgerlichen Präsidenten des Hauses zu wiederholtem Eingreifen veranlaßte.

Die sozialdemokratische Fraktion führt den Kampf gegen rechts und will ihn so weiter führen. Glaubt man ihr dabei aber, wie es vorgestern geschah, in den Rücken, so wird sie sich selbstverständlich auch weiter dagegen kräftig wehren, obwohl sie der Ansicht ist, daß es Wichtigeres zu tun gibt, und, soweit es von ihr abhängt, das Parlament nicht zum Schauplatz solcher widerwärtiger Streitigkeiten zu machen gedenkt.

#### Gegen wen richtet sich das?

In ihrer Besprechung der Reichstagsrede nimmt die „Wiener Arbeiterzeitung“ besonders auf jene Stelle Bezug, in welcher der Ranzler den Gedanken ausdrückt, daß die Neuorientierung nicht als eine politische Belohnung für die Feldgrauen brauchen, sondern als der Ausdruck des tatsächlichen durch den Krieg Offenbarungen gedacht sei. Hierzu schreibt unser Wiener Parteiblatt:

Als man fängt im ungarischen Reichstag für die Krieger im Felde das politische Recht forderte, könnte Lisga, ob man denn meine, daß die Kamerader in den Schützengräben für ihre Heldentat eine „Belohnung“ verlangen oder erwarten. Weismann sollweg antwortet ihm und antwortet allen, die so reden: „Es handelt sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan, sondern darum, den richtigen politischen und sozialen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist“ — und der richtige Ausdruck für das Volk, das sich in diesem Kriege bewährt hat, ist wahrlich nicht politisches Unrecht und politisches Vorrecht.

Wir empfehlen diese Sätze der „Leipziger Volkszeitung“ zur genauen Durchsicht, weil sie in ihrer Mittwegnummer es so darstellen will, als könne dieser Teil der Rede des Reichstagsredners als ein Entgegenkommen gegen den Grafen Westarp gedeutet werden.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Die Etatsdebatte wird diesen Freitag zu Ende gehen. Das Plenum des Reichstags vertagt sich dann bis zum 20. März. Während dieser Zeit wird die Budgetkommission den Etat und die Steuern beraten. Gleichzeitig wird die Ernährungskommission die Beratung der Ernährungsfragen zu Ende führen. Man rechnet, daß es möglich sein wird, den Etat bis zum 31. März im Plenum durchberaten zu können. Die Erörterung der Ernährungsfragen im Plenum wird dann nach den Osterferien vorgenommen werden.

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagssitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Eine Änderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Weib- ufm. Waren vom 10. Juni und 23. Dezember 1916, der Entwurf einer Bekanntmachung über Rangenergie und Eisenenergie mit niedrigem Phosphorgehalt, der Entwurf einer Bekanntmachung über Kohlenzucker und Zuckerrüben usw. und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges.

Neue Anfragen zur Gefangenenbehandlung. Eine Anfrage der Abg. Götlicher und Gen. erucht den Reichstagsrat um Auskunft, was er zu tun gedenke um die Freilassung der widerrechtlich gefangen gehaltenen und bis in die Sahara verschleppten 200 Russen und Deutschen durchzusetzen.

Eine weitere Anfrage des Abg. Götlicher beschäftigt sich mit den schlechten sanitären Zuständen des Gefangenenlagers Alexandria-Palace in London.

#### Die bayerischen Malzschieber.

München, 1. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung legte der Kriegsminister verschiedene Verordnungen gegen die gestrige Neuherung des Abgeordneten Luß (Bauernbund) ein, daß in bezug auf die Malzschieberungen bei den beteiligten Behörden sich Korruption gezeigt habe, und betonte, daß die Kritik des Abgeordneten Luß an dem Generalkommando weit über das Ziel hinausgehe. Der Vorwurf der Korruption sei der schwerste, den man einer Behörde machen könne. Er wies den Vorwurf als unbegründet mit aller Entschiedenheit zurück. Das stellvertretende Generalkommando und die bayerische Malzschieberungsstelle hätten im besten Glauben gehandelt und im besten Glauben, wie der Kriegsminister hinzusetzte, geteilt. Der Kriegsminister bezeichnete es als seine Pflicht, zu wiederholen, daß der Leiter der Malzschieberungsstelle den stellvertretenden Generalkommandos während des Krieges die wertvollsten Dienste geleistet habe und daß seine persönliche Ehrenhaftigkeit außer allem Zweifel stehe.

Dazu erklärte Abg. Luß zur Geschäftsordnung: Es lag mir völlig fern, von irgendeinem Beamten anzunehmen, daß er sich bei Vertuschungen finanzielle Vorteile verschaffen wolle. Aber wenn eine amtliche Stelle von so großen Verfehlungen gegen Recht und Gesetz, wie es die Malzschieberungen sind, Kenntnis erhält und diese Tatsache nicht sofort dem Strafrichter zur Kenntnis bringt, so besteht darin eine Rechtsbeugung, eine Verletzung von Recht und Gesetz und das ist Korruption.

Vizepräsident v. Casselmann ruft den Redner zur Ordnung.

Der Minister des Innern legt in Abwesenheit des Kriegsministers entschieden Verwahrung gegen die Angriffe des Abg. Luß ein. Wenn dieser die Vorwürfe außerhalb des Hauses mache, werde sich schon das Richtige finden. (Was denn?)

### Letzte Nachrichten.

#### Der Kongreß und Wilsons Vollmachten.

New York, 1. März. (Frkf. Ztg.) Der Gang der Kongreßtagung, die in der nächsten Woche schließt, beweist, daß Wilsons Verlangen, unbeschränkte Vollmachten zu erhalten, dem Parlament nicht zusagt. Der Kongreß hat ihm ungewisselhaft die Befugnis gegeben, Handelschiffe bewaffnen zu lassen. Uebrigens beziehen sich alle Vollmachten nur auf Maßnahmen zur Verteidigung.

#### Die Amerikaner und die Kriegsfrage.

New York, 1. März. (Frkf. Ztg.) Der Kongreß hat sich im Kolosseum und nahmen durch Jura eine Entschlieung an, die sich gegen den Eintritt in den Krieg wendet. Wilson wurde formell gebeten, Amerikaner vor der Benutzung von Schiffen, die nach der Kriegszone bestimmt sind, zu warnen und nicht Krieg zu erklären, ohne die Frage vorher an den Kongreß zu verweisen zu haben. Diese und andere Ereignisse mit Einschluß der letzten Friedensreden im Kongreß zeigen zwar bestimmte wichtige Strömungen der öffentlichen Meinung an, dürfen aber nicht als entscheidend angesehen werden. Inzwischen hält die Mehrheit des Publikums, besonders außerhalb des Ostens, die Augen offen und wird nicht leicht unbesonnen vorgehen. Die öffentliche Meinung würde aber zweifellos die Regierung im Falle eines Krieges auch ohne Referendum an den Kongreß unterstützen.

#### Geschütze für die amerikanischen Handelschiffe?

Paris, 1. März. „Journal“ veröffentlicht eine New Yorker Depesche, nach der vom 1. März ab Submissionen für 2750 Geschütze zu je 75 Millimeter mit Lafetten entgegengenommen würden. Man schließt daraus, daß dieses Kaliber zur Bewaffnung der Handelschiffe dienen werde.

#### Auch die „Kocher“ in der Giroude.

Amsterdam, 1. März. (Z. N.) Berichten aus Bordeaux zufolge ist der amerikanische Dampfer Kocher in die Giroude-mündung eingelaufen.

#### Belohnung für die Sichtung von U-Booten.

London, 1. März. (Z. N.) In einem „Eingefandl“ der „Times“ weist Harrow darauf hin, daß von Bord eines Schiffes die Unterseeboote bald wahrgenommen werden müßten, und setzt 20 Pfund Sterling als Belohnung für denjenigen aus, der an Bord eines Handelsschiffes die Aufmerksamkeit seines Kapitäns zuerst auf ein feindliches Unterseeboot lenkt.

#### Die Einberufung der Heeresklasse 1918 in Frankreich.

Basel, 1. März. (Frkf. Ztg.) Dem „Temps“ zufolge genehmigte der Heeresauschuss der Kammer den Bericht über die Einberufung der Heeresklasse 1918.

#### Nach Sibirien verbannt.

Lugana, 1. März. Nach einer Petersburger Meldung italienischer Zeitungen hat der Minister des Innern Protopopow den russischen Schriftsteller Alexander Anfitratow, den Herausgeber der Zeitung „Ruskoja Wolja“, nach Sibirien verbannt.

#### Eine Geldfrage an Salandra.

Rom, 1. März. Nach einer Meldung des „Avanti“ brachte der Sozialist Mazzoni in der Kammer eine Anfrage ein über den Verbleib der großen Summen Geldes, welche Salandra von reichen Bürgern zu patriotischen Zwecken zur Verfügung gestellt wurden.

# Gewerkschaftliches.

## Deutsches Reich. Wirtschaftlicher Zusammenschluß des deutschen Baugewerbes.

Zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Innungsverband deutscher Baugewerksmeister haben in letzter Zeit Verhandlungen stattgefunden, um einen förmlichen Zusammenschluß der Bauunternehmer auf wirtschaftlichem Gebiete zu bewirken. In letzter Zeit sind die Bauunternehmer bestrebt, sich immer enger zusammenzuschließen. Grunnt sei hier vor allen Dingen an die Bildung des Zementkartells. Um die Interessen der Bauunternehmer gegenüber diesen Kartellen und Syndikaten besser wahren zu können, beabsichtigen die Bauunternehmer die Gründung eines sogenannten Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe. Als Aufgaben des Wirtschaftsbundes bezeichnen sie in einem Rundschreiben an die Bezirksverbände die Durchsetzung einheitlicher Bedingungen für alle Ausführungen; insbesondere soll das erreicht werden durch die wirtschaftliche Zusammenfassung der Baugewerbetreibenden in Preisstimmverbänden.

Diese Organisation wird sich über das ganze Reich erstrecken und ihren Sitz in Berlin haben. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen namentlich so weit gediehen, daß die Gründung kurz bevorsteht. Den ersten Vorsitzenden wird der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, den zweiten Vorsitzenden der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister stellen.

### Berlin und Umgegend.

#### Sonntagsruhe, Nacharbeit und Einheitsbrot.

Der Bäckerverband hatte zum Mittwoch eine öffentliche Versammlung einberufen und dazu nicht nur die Bäckergehilfen, sondern auch die Meister eingeladen. Es handelte sich um die erneute Erhebung der alten Forderung: Dauernde Befreiung der Nacharbeit und Einführung der Sonntagsruhe.

Der Referent Gehlold erinnerte daran, daß die Angehörigen des Bäckergewerbes an das Verbot der Nacharbeit, das als eine Kriegsnötwendigkeit feierlich erlassen wurde, die Hoffnung geknüpft haben, die verderbliche Nacharbeit, diesen Arbeitsadvent des Gewerbes, für immer loszuwerden. Er zeigte dann, wie die Verbandsleitung seitdem sorgfältig bemüht hat, daß die Nacht- und Sonntagsarbeit durch Gesetz verboten werde, daß aber alle diese Bemühungen bis jetzt noch keinen greifbaren Erfolg gebracht haben. Schon im September 1915 wurde einer Konferenz von Regierungsvertretern mit den Meistern und Gehilfen ein Gesetzentwurf zur Begünstigung vorgelegt. Doch der Gesetzentwurf ruht noch immer im Aktenordner der Regierung, und die Erwartung, er werde endlich dem Reichstage vorgelegt werden, schwand mehr und mehr. Alle Bemühungen des Verbandes, die zuständigen Behörden zur Inangriffnahme der gesetzgeberischen Arbeit zu veranlassen, hatten keinen Erfolg. Es scheint, daß die Gegner der Nacharbeit auf dem besten Wege sind, das Spiel zu gewinnen, obgleich sich inzwischen die weitaus überwiegende Mehrheit nicht nur der Gehilfen, sondern auch der Meister für die dauernde Befreiung der Nacharbeit ausgesprochen haben. Es sei deshalb notwendig, daß die Angehörigen des Bäckergewerbes erneut ihre Stimme erheben, um ihre berechtigten Forderungen zu vertreten.

Auch wegen des Verbots der Sonntagsarbeit hat sich die Verbandsleitung — wie der Redner ausführte — an die Behörden gewandt. In anderen Städten und Landesteilen ist die Sonntagsarbeit seit längerer Zeit verboten. Es besteht keine Notwendigkeit, sie in Berlin beizubehalten. Doch der Polizeipräsident hat auf eine Eingabe des Verbandes erklärt, er könne ein Verbot der Sonntagsarbeit nicht befehlen, weil die Sonntagsruhe bei dem Mangel an Arbeitskräften, der im Bäckergewerbe herrsche, eine ernste Störung in der Brotversorgung befürchten lasse. Der Redner vertrat den Standpunkt, daß diese Befürchtung schon damals nicht zuträfe, jetzt aber völlig unbegründet sei, und zwar aus folgenden Gründen: Seit kurzem ist das Boden von Ähren und Erbsen verboten und das Einheitsbrot ist eingeführt. Dadurch ist die Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe erheblich eingeschränkt. Von einem Mangel an Arbeitskräften kann jetzt keine Rede mehr sein. Im Gegenteil. Die Arbeitslosigkeit hat so stark zugenommen, daß Arbeitslose zwei bis drei Wochen warten müssen, ehe sie wieder Arbeit finden. Außerdem war ein tatsächlicher Mangel an Arbeitskräften zu keiner Zeit vorhanden, denn es gibt Bäckermeister, die anstatt Gehilfen, die sie haben können, zu beschäftigen, sich Soldaten überweisen lassen, denen sie einen um 10 Pf. geringeren Wochenlohn zahlen, als ihn die Bäckergehilfen zu beanspruchen haben. Auf seinen Fall kann behauptet werden, daß seit der Einführung des Einheitsbrotes und der Abschaffung des Ausens und der Schritte noch ein Mangel an Arbeitskräften im Bäckergewerbe besteht. Ebenfalls kann gesagt werden, daß infolge eines Verbots der Sonntagsarbeit eine Störung in der Brotversorgung eintreten könnte. Weder das Einheitsbrot, noch das jetzige Weibrot braucht am Sonntag hergestellt werden. Der Bedarf an diesen Backwaren kann von den bisher in den Bäckereien beschäftigten Arbeitskräften in den sechs Wochentagen reichlich gedeckt werden. Sollte vielleicht eine vorübergehende Störung in der Mehllieferung eine ausnahmeweise Sonntags- oder Nacharbeit notwendig machen, dann werden sich die Bäckergehilfen einer derartigen Notwendigkeit im Interesse der Bevölkerung natürlich nicht widersetzen. Im übrigen ist jetzt die Sonntagsarbeit überflüssiger denn je, und das Verbot derselben war zu keiner Zeit zu begründen wie jetzt.

In Uebereinstimmung mit dem beiläufig aufgenommenen Ausfertigungen des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß das seit 1 1/2 Jahren geplante Gesetz für ein dauerndes Verbot der Nacharbeit noch immer nicht an den Bundesrat und den Reichstag gelangt ist, trotz der an Einstimmigkeit grenzenden Willensäußerung der im Felde stehenden Angehörigen des Bäckergewerbes zugunsten der Logarbeit.

Die Versammelten erwarten, daß auch dies einzige Stück Sozialpolitik nicht weiter im Sinne einer kleinen, aber scheinbar einflussreichen Gruppe gegen den fast einmütigen Willen des gesamten Gewerbes — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — zum Schaden der Interessen des ganzen Volkes verzögert wird.

Die Versammelten bedauern ferner, daß der Polizeipräsident erneut das völlige Verbot der Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe abgelehnt hat, obwohl die Sonntagsarbeit unter den jetzigen Verhältnissen eine überflüssige Verschwendung von Mehl und Dicht bedeutet. Die Einführung des Einheitsbrotes in Groß-Berlin, das die Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe erheblich vermehrte, hat die letzten Gründe der Gegner der Sonntagsruhe resolu förmlich beseitigt.

Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, im Sinne der vorstehend ausgesprochenen Wünsche erneut mit Eingaben an die Behörden heranzutreten.

Dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe erhalten wir auf Grund des Beschlusses die Mitteilung, daß der in unserem vorigen Bericht (25. Februar) wiedergegebene Schiedsspruch lautet: „Für Arbeiten, die vor dem 31. Dezember 1915 in Auftrag gegeben sind, sollen zu dem tariflichen Lohn 30 Pf. pro Stunde Feuerzulage bezahlt werden, für Arbeiten nach dem 31. Dezember 1915 40 Pf. pro Stunde Feuerzulage.“

## Aus der Partei.

### Jetzt los auf die Gewerkschaften!

Diese Parole wird im anarcho-individualistischen Kampf ausgegeben. Der „bureaucratische Aufbau“ und die „Kastelle der Beamten“ lösen eine Reformierung der freien Gewerkschaften von innen heraus ebensowenig aus, wie eine Umgestaltung der sozialdemokratischen Partei. Beide seien weiter nichts, als „ein Hausen organisierter

Verweisung“. Nach dieser geschmackvollen Besetzung wird dann weiter gesagt, daß eine andere Gewerkschaftsbewegung auf ganz neuer Grundlage geschaffen werden müsse. Das Fundament dieser neuen Bewegung müsse der Kampf sein; der Kampf „unter allen Umständen“ und „in jeder Lage“. Weiter denken sich die Syndikalisten Herren die Sache so, daß alles in einen Topf geworfen wird. Die Interessen aller Arbeiter seien ja doch die gleichen, warum also die Schranken zwischen Metallarbeitern und Heimarbeitern, zwischen Wälzern und Staubarbeitern? Dann haben wir den syndikalistischen Alltags-Arbeiterbund nach romanischem Muster, in dem viel debattiert, radikale Beschlüsse gefaßt werden, wo aber nichts erreicht werden kann, weil die Unternehmer vor den großen Worten leider verdammt wenig Respekt haben.

Die „Gewerkschaftsbureaucratie“ muß natürlich beseitigt werden. Gewerkschaftsangehörige? Wozu braucht man solche in den „reinen Kampforganisationen“, die nicht mehr Unterfügungsvereinigungen sind?

Man sieht, die Syndikalisten vom Niederrhein wollen da wieder anfangen, wo die „Lokalisten“ Anfang der neunziger Jahre gestanden haben. Die berühmten Scherereine, die den Kampf zu führen dachten mit dem „Idealismus der Massen“. Daß diese Art Gewerkschaftsbewegung heute Aussicht auf Erfolg habe, werden auch die Syndikalisten nicht erwarten. Aber darauf kommt es schließlich nicht an, sondern der Wille, das alte Bewährte niederzureißen — das ist der Zweck der Uebung.

### Weltfremde Schulmeisterei.

Ein typisches Beispiel dafür, was Schreibstubegelehrsamkeit und verblissener Doktrinarismus der Arbeiterbewegung mitunter zuzumuten, bietet der Genosse Dr. Radzinson, einer jener russischen Emigranten, der aus dem sicheren Port der schweizer Neutralität dem Weltkrieg zuschauend, bei um ihre Existenz ringenden Völkern gelassen weise Lehren erteilt. In der Monatschrift der schweizer Partei „Neues Leben“ schreibt er über die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie und macht dabei der Mehrheit besonders ihre Stellungnahme gegenüber den von der Entente aufgestellten Kriegsziele zum Vorwurf. Weil Genosse Ebert einmal ausgesprochen hat, daß mit der Verwirklichung der Kriegsziele des Zehnverbundes Deutschland politisch unter den Einfluß Russlands läme, wirtschaftlich von Englands Gnade-abhängig würde, stellt ihn Radzinson mit Kohrbach und Kavenitlow in eine Linie. Dabei ist genau dasselbe, was Ebert gesagt hat, von der deutschen Minderheitsfraktion ebenso schon, ja noch viel schärfer ausgesprochen worden. Wie könnten hierfür zahlreiche Belege aus den Blättern der Arbeitergemeinschaft, ja auch der Sparta-Gruppe bringen; auch Kautsky hat uns in Verlaufe einer Polemik in der „Leipziger Volkszeitung“ ausdrücklich ausgeprochen, daß die Kriegsziele der Entente, wie sie in der Wilson-Note zum Ausdruck kommen, für Deutschland schlechthin verwerflich sind.

Ganz anders der weise Radzinson. Nach ihm können nur „eingefleischte Imperialisten“ so etwas behaupten (also ist Kautsky nach Radzinson auch ein eingefleischter Imperialist). Radzinson, obwohl er selber den Eroberungscharakter der Ententennote angeht, schreibt wörtlich:

Angenommen selbst, dem Vierverbund gelänge es, Deutschland die polnischen Provinzen und Elb-Lothringen zu entreißen, von Oesterreich-Ungarn verschiedene Teile abzutrennen und die Türkei aus Europa zu verjagen, Deutschland würde damit nicht mehr eine über Europa gebietende Großmacht sein; der politische Einfluß Russlands würde in der Tat sehr groß werden, ein Umstand mehr, damit sich die Sozialdemokraten aus den Vierverbundländern mit aller Energie gegen diese Forderungen ihrer Regierung wenden müssen. Warum sollte aber ein demokratisches Deutschland nicht unabhängig bleiben können? Warum sollte es sich nicht den anderen Demokratien Europas zur gemeinsamen Wahrung ihrer Selbständigkeit anschließen können? Auf jeden Fall: Was könnte den deutschen Arbeiter hindern, weiterhin zu arbeiten und den deutschen Kaufmann, die Ware nach allen Herrenländern zu verlaufen? Nach Ebert nun aber nur eine Großmacht, die fremde Völker unterjocht, freien Handel treiben.

Also ein Deutscher, der sich dem Eroberungsprogramm der Entente widersetzt, ist ein Mann, der Unterjochung fremder Völker fordert! Auf die ethnographischen Kenntnisse des Genossen Radzinson, der nicht zu wissen scheint, daß Elb-Lothringen zu den fünfstein von Deutschen bewohnt ist, daß auch die sogenannten polnischen Provinzen Millionen Deutsche beherbergen und ihre Ausbreitung auch den Verzicht auf das rein deutsche Ostpreußen in sich schließt, wüßte dieser Satz das denkbar traurigste Licht. Daß dieser große Theoretiker vor dem Herrn sich aber allen Ernstes einbildet, ein von Russland und England diffidiertes Friede würde die Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Volkswirtschaft unangehört lassen, das läßt seine Stubengelehrsamkeit erst im vollen Lichte der — Weisheit erstrahlen. — Radzinson erklärt sogar den Augustbeschluß des Parteiausschusses von 1915 für ein Bekenntnis zum Imperialismus, weil in ihm die Aufrechterhaltung des Machtbereichs des Deutschen Reiches gefordert wird, „also auch seiner Kolonien sowie der Türkei. Präda! Der prinzipielle Antimperialist muß natürlich die Abtretung der Kolonien an England fordern!

Zur Reorganisation der Partei. Vergangenen Sonntag haben sich in Darmen als sozialdemokratischer Parteiverein für Elberfeld-Darmen die Mitglieder konstituiert, die auf dem Boden der Partei stehen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Haberland-Darmen gewählt. Das Parteiorgan, die „Freie Presse“, wird jetzt vom Genossen Woldi geleitet.

In Braunschweig, das die Sparta-Gruppe als ihre sichere Domäne betrachtet, hat sich die Bezirksversammlung eines Stadtbezirks für die Parteimehrheit ausgesprochen. Darauf großer Ärger des „Volksfreundes“.

Die Kreisversammlung des 22. Reichstagswahlkreises (Reichenbach) stellte sich mit 23 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung auf den Boden der Beschlüsse des Parteivorstandes und Parteiausschusses.

Eine Vertrauensmännerversammlung für den 1. sächsischen Reichstagswahlkreis (Zittau) war von 28 Delegierten besucht, deren größter Teil auf dem Minderheitsstandpunkt standen. Einstimmig jedoch wurde eine Resolution angenommen, welche sich gegen jede Spaltung der Partei wendet.

## Aus Industrie und Handel.

### Weniger Banknoten — Mehr Gold!

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank besprach der Vorsitzende, Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Hovenstein, die Ueberblick über den letzten Monat, wies dabei auf den fortgesetzt starken Verbrauch an Zahlungsmitteln hin, der die ernste Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zur Pflicht mache, und knüpfte hieran einen warmen und dringenden Appell an die

Mitglieder des Zentralausschusses, in den ihnen nahestehenden Kreisen für die von der Reichsbank angeregte Gold- und Kuwelen-sammlung nachdrücklich zu wirken. Durch die Goldsammlung werde der Goldschlag der Reichsbank in wünschenswerter Weise verstärkt, während die zum Verkauf ins Ausland eingelieferten Juwelen die Beschaffung von Devisen behufs Deckung der unumgänglich notwendigen Einfuhr wesentlich erleichtern.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen hat ohne die Schöneberger, Bismarckdorfer und Döblerer Bahn im Februar 1917 9,1 Millionen gegen 8,6 Millionen Personen in der gleichen Vorjahrszeit befördert. Die Einnahmen betragen in diesem Monat 1,2 gegen 0,87 Millionen Mark im Vorjahre und seit Jahresbeginn 2,5 Millionen Mark gegen 1,8 Millionen Mark. Dagegen sind die Einnahmen der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft mit 244 882 M. erheblich kleiner als im Vorjahre, wo sie 351 880 M. betrug, oder gar im Jahr 1914, wo sie noch eine Million Mark übertraf.

### Dr. Helfferich als Anwalt der Händler.

Der Bund deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futter- und Düngemittelhändler hat sich erklundert, ob der Vortrag „Reichsgetreide jetzt und später“, den der Unterstaatssekretär Reichsgetreide Angelegenheiten, den den Vorständen der Reichsregierung entspricht, Dr. Helfferich verneint die Frage und fährt dann fort:

Die härteren Schwabungen, die der Handelsstand infolge der Kriegemaßnahmen vielfach erlitten hat, werden von mir ebensovienig beklagt, wie die Lasten, die er seine Aufgabe in Friedenszeiten im allgemeinen in zufriedenstellender Weise erfüllt hat. Im übrigen darf ich auf meine Ausführungen im Reichstagsauschuss für Handel und Gewerbe über die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft Bezug nehmen.

Der Staatssekretär des Innern wird sich mit seiner günstigen Beurteilung des Lebensmittelhandels nicht die Sympathien der objektiv Denkenden erobert, die es vermögen, nach dem Befall einzelner Berufsgruppen zu hassen. Wo der Handel eingegriffen hat, hat er verlagert. Er steigerte die Preise und konnte doch nicht den Bedarf befriedigen.

## Soziales.

### Die Väden in der Versicherung der im Hilfsdienst Tätigen.

In unserer gestrigen Ueberblick über die Versicherung der im Hilfsdienst Tätigen erwähnten wir schon, daß die Verordnung über die Versicherungspflicht dieser Personen nicht in allen Fällen den zu stellenden Anforderungen entsprechen. Das gilt namentlich für das Gebiet der Unfallversicherung. Hier sind erhebliche Lücken auszufüllen, und es ist dringend zu fordern, daß das bald durch eine neue Verordnung oder durch ein besonderes Gesetz geschieht. Die Versicherung gegen Unfall ist nur insoweit gegeben, als es sich um die Beschäftigung in einem nach dem geltenden Recht gegen Unfall versicherten Betrieb handelt. Einerlei ist es dabei, ob diese Beschäftigung im In- oder im Auslande ausgeübt wird. Durch diese Lücke entfallen aber eine ganze Reihe von Personen der Versicherung, die an die Stelle von solchen Personen treten, denen selbst oder deren Hinterbliebenen ein Anspruch auf Versorgung zusteht. Das ist namentlich der Fall, als es sich hierbei um Leistungen handelt, die bisher auf Grund eines Privatdienstvertrages nicht geleistet wurden. Man braucht nur an die Beschäftigung im Sicherheitsdienst (Wach- und Brückenwach, Gefangen- und Gefängnisbewachung, an die Bedienung von Offizieren [Offiziersburden] zu denken, um sofort zu erkennen, daß die bei solcher Beschäftigung tätigen Personen nicht der Unfallversicherung unterstehen. Sie werden eben in der Mehrzahl der Fälle nicht in einem gegen Unfall versicherten Betriebe ihres Amtes waltend. Dabei ist in den Ueberforderungen des Krieges zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 2 des Hilfsdienstgesetzes ausdrücklich gesagt, daß die Versorgung Hilfsdienstpflichtiger, die aus Kriegsbeschädigung erlitten, und ihrer Hinterbliebenen, noch besonders geregelt werde. Es ist hier zwar nur von einer Kriegsbeschädigung die Rede, aber man muß doch annehmen, daß eine Versorgung gegen jede Dienstbeschädigung gemeint sei. Denn gegen eine Kriegsbeschädigung sind schon manche Personen auf Grund des § 85 des Offizierspensionsgesetzes sichergestellt. In diesem Paragraphen wird nämlich bestimmt, daß diejenigen, die zum Heere im privatrechtlichen Vertragsverhältnis eines Dienstverpflichteten stehen, infolge einer durch den Krieg herbeigeführten Dienstbeschädigung Ansprüche auf Pensionsgebühren erwerben. Nun gilt aber nicht jede während des Krieges erlittene Dienstbeschädigung als Kriegsbeschädigung. Das trifft nur für solche Dienstbeschädigungen zu, die durch den Krieg erlitten sind. Die Dienstbeschädigung muß unmittelbar oder mittelbar auf die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse und Fähigkeiten zurückzuführen sein. Es muß erwiesen sein, daß bei den Beschädigten Einflüsse zur Geltung gekommen sind, die dem Kriege ihre Entstehung verdanken, daß also die Beschädigten der durch den Krieg geschaffenen Möglichkeit der Beschädigung erlegen sind. Demnach werden die während der Dauer eines Krieges erlittenen Dienstbeschädigungen, von denen nach Lage der Verhältnisse angenommen werden muß, daß sie auch während des Friedens eingetreten wären, nicht als Kriegsbeschädigungen angesehen.

Nicht betroffen von der Vorschrift des § 85 werden auch jene Personen, die bei Zivilverwaltungen beschäftigt sind, und zwar auch dann nicht, wenn diese Beschäftigung im besetzten Gebiete erfolgt.

Diese recht empfindliche Lücke, die hier noch klafft, wäre leicht zu schließen durch eine Vorschrift, die etwa besagen würde, „der Unfallversicherung unterliegen alle diejenigen Personen, die auf Grund freiwilliger Meldung oder auf Grund behördlichen Zwanges zum Hilfsdienst im Heere oder bei der Heeres- oder einer Zivilverwaltung herangezogen werden, sofern ihre Versorgung nicht erfolgt auf Grund des § 85 des Offizierspensionsgesetzes“.

Mit einer solchen Vorschrift würde lediglich eine Gleichstellung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu bestimmten Tätigkeiten herangezogenen Personen mit denen, an deren Stelle sie getreten sind, erfolgt sein. Bisher handelte es sich hier zumeist um Soldaten, die bei jeder, auch bei einer Dienstbeschädigung, die eine Vereinerlichung der Erwerbsfähigkeit zur Folge hatte, versorgungsberechtigt waren.

Uebersehen können die im vorstehenden erwähnten Fälle nicht sein; wir kommen daher zu der Annahme, daß ihre Versorgung durch eine weitere Verordnung oder durch ein besonderes Gesetz in Aussicht genommen ist. Daß das bald geschieht, liegt lediglich im Interesse der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, denn bei der mangelnden Versorgung wird sich doch manche sonst zu solcher Beschäftigung bereit Person von der freiwilligen Meldung abhalten lassen.

Ist diese Verordnung in Vorbereitung?

### Aufständige kommunale Arbeitszeit in Norwegen.

Für sämtliche kommunale Arbeiter der norwegischen Hauptstadt ist nunmehr der achtstündige Arbeitstag (48 Stunden in der Woche) festgelegt worden. Die Einführung der gleichen Arbeitszeit wird in einer Anzahl anderer Städte des Landes erwogen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Kampelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Renteln; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin-Schöneberg, Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

85. Sitzung. Donnerstag, den 1. März, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Stein, Zimmermann, Helfferich, Koedern.

Der dritte Tag der Statdebatte.

Kriegsminister von Stein:

Das Los unserer Gefangenen in Feindesland ist gestern hier berührt worden. Die Zeitungen haben Zusammenfassungen über Grausamkeiten unserer Feinde gebracht, die in unserem Volke heiligen Zorn entfachen werden. Am schlimmsten ist die Lage in Frankreich. (Hört! hört!) Die Verhältnisse dort sind nicht besser, sondern schlimmer geworden. (Hört! hört!) Die Freiheiten, die wir den Gefangenen in unseren Lagern angedeihen lassen, kennt man in Frankreich nicht. (Zuruf: Barbaren!) Daher haben wir diese Freiheiten in unseren Gefangenenlagern abgeschafft. (Sehr richtig!) Die Gegenmaßnahmen werden so lange in Geltung bleiben, bis wir die Nachricht von ihrer Wirkung drüben erhalten haben werden. (Sehr richtig!) Tausende von gefangenen Deutschen müssen unmittelbar hinter der französischen Front im Feuer unserer Geschütze arbeiten! (Hört! hört!) Verluste dieser Unglücklichen, sich gegen das Feuer zu wehren, haben französische Offiziere mit der Waffe abgemeldet. (Hui! Hui! — Kulturation!) Wir haben Gegenmaßnahmen ergriffen und französische Gefangene in dieselbe Lage hinter unserer Front gebracht. (Zustimmung.) Das Gemeinste ist, daß gerade in letzter Zeit unsere Gefangenen von den Franzosen mit allen Mitteln gequält

werden, um Aussagen über militärische Verhältnisse von ihnen zu erhalten. Von diesem schauerhaften Los werden in erster Linie Offiziere und Unteroffiziere betroffen. Man sührt sie tagelang in fahrgartige Behälter und läßt sie hungern, um sie müde zu machen! (Stürmische Entrüstung: Aule: Hui! Hui! — Unerbört!) Es ist der Front anbefohlen worden, auch französische Gefangene einige Zeit zurückzuhalten und in eine ähnliche Lage zu bringen. Nur Gemeinheiten begehen wir nicht. Unsere Feldgrauen drängen sich zwar neugierig hinzu, wenn französische Gefangene vorüberziehen, ein Schimpfwort habe ich oder nie gehört und eine Fälschung nie gesehen. (Beifall.) Das sind wir Barbaren! Ich weiß, daß unsere Gegenmaßnahmen nicht überall mit derselben Schärfe erfolgen, denn da zeigt sich die deutsche Gutmütigkeit und Gefühlswelt. So melde ich jüngst die Blätter, daß auf einem unierer nordischen Seen große Eisfeste gefangenener französischer und englischer Offiziere stattfanden. Ja, habe der Sache sofort ein Ende gemacht. (Bravo!) Dann sollen in einigen Gefangenenlagern alle möglichen Wohlfahtseinrichtungen bestehen, wie sie bei uns üblich sind. Arbeiterverhältnisse z. B., die zwischen den Gefangenen und Arbeitgebern verhandelt werden. Sollte sich die Nachricht befähigen, so werde ich dem großen Unfug ein Ende machen. (Lebhafte Zustimmung.) In England liegen die Dinge anders. Die Engländer leugnen meist alle Schandtat, doch muß anerkannt werden, daß die Behandlung besser geworden ist. Aber auch die Engländer beschäftigen viele unserer Gefangenen unmittelbar hinter der Front im Feuer. Deshalb ist

Gleiches mit Gleichem vergolten

worden. (Beifall.) Deutsche Gefangene werden in französischen Hafenstädten durch die Engländer unter ungünstigen Verhältnissen zu Arbeitsebenen gehalten. Wir haben an bestimmten Stellen der Front auch englische Gefangene in die gleiche Lage versetzt. (Beifall.) Sollte eine Sonderbehandlung unserer U-Boot-Kämpfer Platz greifen, so werden wir das sofort mit ähnlichen Maßnahmen beantworten. (Lebhafte Zustimmung.) In Rußland ist trotz mancher Ausnahme die Behandlung eher besser als schlechter geworden. Wir danken das der hingebenden Tätigkeit des Schwedischen und Dänischen Roten Kreuzes. (Stürmischer Beifall.) Auch der König von Spanien hat in derselben Richtung seine Hilfe angedoten. (Beifall.) Alle diese warmherzigen Bestrebungen begrüßen wir mit aufrichtigem Dank. (Stürm. Beifall. Zuruf rechts: Wo bleibt Amerika?) Das Schicksal unserer vertriebenen Landsleute aus Ostpreußen und dem Elbich birgt wohl noch größere Tragödien. (Sehr wahr!) Im Ausland entläßt man sich, daß belagerte Arbeiter nach Deutschland übergeführt sind. Die Belgier sind unsere Feinde und mancher von ihnen wird seinerzeit aus sicherem Verstand auf unsere Truppen geschossen haben. (Sehr richtig!) Da stehen mit meine ostpreußischen und elbischen Landsleute doch näher. (Lebhafte Beifall.) Leider konnten wir gerade für diese Unglücklichen bisher nur das Wenigste erreichen. Frankreich verstand sich hinter allen möglichen Ausreden. (Hört! hört!) Aus Rußland ist eine Schwärme, die 50 Kinder mitbringen sollte, allein zurückgeführt. (Lebhafte Hört! hört!) Unsere unglücklichen Kameraden in Feindesland

leiden schwer seelisch und körperlich,

weil sie fürchten, man hätte sie zu Hause vergessen. Wir wollen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir diesen Kameraden für das schwere Opfer danken, das sie in ihrer Lage für ihr Vaterland bringen. (Stürmischer Beifall.) Es sind nicht immer die schlechtesten Soldaten, die gefangen genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn unsere Gefangenen nach Beendigung des Krieges zurückkehren werden, werden wir ihnen unsere Anerkennung nicht verlegen. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (3)

nimmt das bayerische Verkehrsministerium und das Stellvertretende Kommando des ersten bayerischen Armeekorps gegen die Angriffe Scheidemanns, als hätte es die Malzsteuer begünstigt in Schutz. Gemiß wäre es richtiger gewesen, die Malzsteuer sofort der Staatsanwaltschaft zu überliefern oder die Höchstzölle sind leider nur 150000 M. und da wollte das General-Kommando zunächst von den Niefeingewinnen selbst einen beträchtlichen Teil für die Staatskasse zurückhalten, ohne übrigens einem gerichtlichen Verfahren zu präjudizieren. Wir sollten die Konventionen geben und bestimmen, daß derartig unrichtig erworbener Gewinn im Wege der Konfiskation der Reichskasse zugewendet werde. — Auf das preussische Aidekommissariat gehe ich nicht ein, die Sache gehört in den Einzeltag. — Bei der endgültigen Regelung der Finanzen nach dem Kriege können wir nicht einfach die Vermögenssteuer dem Reiche zuweisen, die Einzelstaaten müssen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. — Die neuen Steuern geben uns in ihrer Höhe einen Vorgeschmack davon, was uns erwartet, wenn wir keine Kriegsschädigung erhalten. Wir halten es mit dem Wort des Reichskanzlers: „Ein dauernder Friede, der Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill.“ In einzelnen werden die neuen Steuern in der Kommission natürlich sorgsam zu prüfen sein, speziell die in unsere Wirtschaft so tief einschneidenden Verkehrssteuern und die Kohlensteuer. Bei dem Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer sollte man einen Anfang mit dem Prinzip der Privilegia machen, das meine Freunde im übrigen bei allen Steuern wünschen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Seyda (Vole):

Was das Reich zur Kriegführung braucht, muß ihm gegeben werden. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir die neuen

Steuern in der Kommission prüfen. — In der Kritik der Regierungspolitik haben wir uns Reserve auferlegt, nicht um den Burgfrieden zu wahren, aber um auch nicht den Anschein zu erwecken, als ob wir dem Reiche Schaden zufügten. Aber alle unsere Klagen in der Kommission haben nichts geholfen. Die Ausnahmevorsorge gegen uns wird nicht beseitigt, und die Ausnahmemaßregeln werden keineswegs, wie versprochen, milder gehandhabt. Der schamvolle Sprachparagraf besteht noch immer, und keineswegs nur auf dem Papier. Es muß endlich ein Wechsel in der preussischen Polenpolitik und in der des Reiches eintreten.

Wir leben in der Hoffnung, daß sich durch das Meer von Blut doch die Einsicht bei der Menschheit durchdringen wird, daß kein Volk das Recht hat, ein anderes zu unterdrücken. (Lebh. Beifall bei den Polen. Zuruf bei der D. F.: Haben Sie eine Ahnung von den politischen Juden.)

Abg. Keil (Soz.):

Ueber die Behandlung deutscher gefangener Soldaten durch unsere Feinde, wie sie der Kriegsminister erwähnte, sind natürlich auch wir empört. Wir wünschen aber dringend, daß an dem guten Grundsatze festgehalten wird, den vor kurzem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ proklamierte. Selbstverständlich werde es Deutschland weit von sich weisen, einen

Wettlauf in dieser Barbarei

mit irgend einem Volke der Welt zu unternehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sind Repressalien notwendig, dann möge man jedenfalls bei den höchsten Offizieren unter den feindlichen Gefangenen anfangen, nicht aber bei den gemeinen Soldaten, die keinerlei Verantwortung tragen für die Schaulichkeiten französischer Offiziere oder Regierungsstellen. Wenn aber weiter der Kriegsminister sagte, er werde ein Ende machen mit den Arbeiteranschlüssen der bei uns befristeten Gefangenen, so zeigt das einen erheblichen Mangel an sozialem Verständnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Einsetzung solcher Arbeiteranschlüsse wird in den meisten Fällen ebenso in unserem Interesse liegen als im Interesse der Gefangenen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Ledebour hat sich gestern wieder einmal in seinen burlesken Sätzen gelübt. Die persönliche Seite ist erledigt durch die Bemerkung, die ihm gestern mein Freund Scheidemann gewidmet hat. Aber sachlich muß ich doch noch einiges zu seinen Ausführungen bemerken. Ich richte mich dabei nicht an seine Adresse, denn ihm hat die grausame Natur den Sinn für Sachlichkeit vollkommen verlagert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich richte mich vielmehr an die Adresse derer, die etwa hinter der inkonsequenten Weltfremdheit, zu der sich die sozialistische Arbeiterschaft nach ihrem eigenen, führenden Vorkörpern bekennen, ernste politische Gedanken suchen. Die Interpellation über die polnische Frage haben wir im Dezember aus dem Grunde nicht unterstützen können, weil sie uns erst 5 Minuten vor Schluß unserer letzten Fraktionsjitzung vorgelegt wurde, so daß eine gründliche Prüfung der Frage unmöglich war. Durch seine Ausführungen über die deutschen Prinzen auf fremden Thronen hat der Abg. Ledebour bewiesen, daß er von der marxistischen Geschichtsauffassung keine Ahnung hat. Für den Marxisten wäre es im Gegenfall zu seinen Ausführungen nur verwunderlich, wenn Gefühl, Wunsch und Neigung dieser Fürsten den Sieg davon getragen hätten über die materiellen Interessen des Volkes, an dessen Spitze sie zufällig stehen. Mit seinen Barockschergen über diese Dinge hat Ledebour nur bewiesen, daß er heute noch derselbe rabiate Spießbürger ist, wie vor 25 Jahren, als er bei der Sozialdemokratie Unterschlupf suchte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat er uns wieder die Verantwortung für die Politik der deutschen Regierung zugesprochen, weil wir die Kriegskredite genehmigten. Dabei hat er selbst

zweimal den Kriegskrediten zugestimmt.

freilich zu einer Zeit, als es ihm noch nicht geheimer schien, dagegen zu stimmen und Reden von dem Schlege der gestrigen zu halten. Das zeigt auch, wie wenig gerade er dazu berufen ist, anderen Leuten den politischen Mut abzubrechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Reihe seiner Fraktionsfreunde haben den Kriegskrediten sogar drei-, viermal aus innerster Ueberzeugung zugestimmt. Mit denen sollte er sich also in erster Linie auseinandersetzen. Mit unserer Verantwortung steht es so: Wir haben die Mittel zur Verfügung gestellt, für die Abwehr der unserer Völk drohenden Gefahren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir wollen, daß unser Land unversehrt bleibt und unser Volk seine nationale Unabhängigkeit behält. (Sehr richtig!) Um dieses Zweckes willen tragen wir gern die Verantwortung für die Zustimmung zu den Kriegskrediten vor jedem deutschen Volksgenossen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn bei aller Achtung, die wir der gesamten übrigen Welt nicht schuldig bleiben, vergessen wir doch nie, daß wir zwar Sozialdemokraten, zugleich aber auch Deutsche sind. Der Abg. Ledebour will nur dann für die Kriegskredite stimmen, wenn die Russen an der Oder oder die Franzosen am Rhein stehen. Also dann will er der Regierung unbedingtes Vertrauen befehlen! Wir haben das Gefühl, daß wir die Verantwortung für unsere Haltung viel leichter tragen können, wenn wir von vornherein verhindern, daß die Feinde unser Land verwüsten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für Entscheidungen, denen wir nicht zustimmen können, fällt uns auch keine Verantwortung zu. Das gilt für strategische Entscheidungen der militärischen Stellen und für politische Entscheidungen, die von der Regierung allein ohne Mitwirkung des Reichstages getroffen werden. Mit den Lippen hat sich der Abg. Ledebour gestern ja auch zur Landesverteidigung bekant, sein Lippenbekenntnis steht freilich im

schärfsten Kontrast zu seinen Taten.

und auf die Taten kommt es doch an, nicht wahr, Kollege Daase? (Abg. Scheidemann: Sehr gut! Wird schon verstanden!) Marx und Engels waren erheblich anderer Ansicht über die Pflicht der Sozialdemokraten in Kriegszustand als Ledebour. Welches sind denn eigentlich seine wahren entscheidenden Gründe für die Kreditablehnung? Von denen, die er gestern genannt hat, hat immer einer den anderen aufgehoben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie steht es denn zurzeit mit der Friedensmöglichkeit? Es ist wirklich zu bedauern, daß er nicht die Möglichkeit hat, unseren Gegnern im Namen Deutschlands zurzeit ein Friedensangebot zu machen. Die Antwort, die er bekame, wäre jedenfalls sehr heilsam. Nur ein politisches Kind kann glauben, daß wir mit den Bedingungen, die aus er gestern stellte, jetzt den Frieden bekamen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er setzt seine Hoffnung auf die ausländischen Sozialisten, die mit ihm gleichen Sinnes sind. Ich wünsche ihm viel Glück dabei — die deutsche Sozialdemokratie und ihre Leitung hat während des ganzen Krieges ihr Möglichstes in dieser Richtung getan —, aber mit keiner geringen Rede hat er seinen Freunden im Auslande maßlich diese Arbeit nicht erleichtert; denn sie dient dazu, die gegnerischen Regierungen, deren Kriegswillen die ausländischen Sozialisten brechen sollen, in ihrem Vernichtungswillen gegenüber Deutschland noch zu verstärken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen sehen wir es nicht als unsere Aufgabe an, in dieser hochverräterischen Zeit uns müssig in Propheten und Wieselweiser niedriger Art zu wälzen, für die letzten Endes unsere Soldaten in den Schützengräben mit ihrem Blute die Rechnung zu zahlen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp hat sich gestern erfolgreich bemüht, die Verwirklichung dessen zu beweisen, was Scheidemann den Verbrüderungspolitikern ins Stammbuch geschrieben hat. Hätte er diese Rede am 12. Dezember halten können, so hätte sie unsern Gegnern die willkommene Begründung zur schärfsten Ablehnung unseres Friedensangebots gegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damit hätte er die Erklärung des deutschen Volkes über das Scheitern des Friedensangebots auf sein Haupt geladen. Er kann uns also dankbar sein, daß wir ihn davor behütet haben. Freilich ist die Rede nicht ungefährlicher dadurch geworden, daß sie erst gestern gehalten wurde. Diese Art der

Renauaufteilung Europas,

der Befreiung der Völkern, die ihn gar nicht darum gebeten haben, der Annexion Antwerpen, der Einverleibung großer Gebiete im Osten usw., alles aufgebaut auf einen Sieg, für den unsere deutschen Truppen erst noch unabsehbare Ströme Mutes vergießen müßten, (Sehen) auf keiner größeren Höhe als die Reden von Stammbuchpolitikern, die besamtlich die Kriegführung viel besser verstehen, als die hervorragenden Generäle. Aber wenn ein Führer der Konservativen solche Politikastereien vorbringt, so hat das immerhin größere Bedeutung als Stammbuchreden; die Folgen haben das deutsche Volk und die deutschen Truppen zu tragen, denn solche Reden unterstützen nur die englische Hege gegen Deutschland in der ganzen Welt; in den neutralen Ländern befestigen sie immer mehr die Meinung, daß Deutschland zerstört werden müsse, um die Welt von einem gewalttätigen Störenfried zu befreien. Gegenüber dieser zwar ungewollten, aber sicher eintretenden Wirkung kann nicht oft und laut genug in die Welt hinausgerufen werden, daß die Herren, die sich mit solchen Plänen (tragen) die großen Massen des deutschen Volkes nicht hinter sich haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) daß der deutsche Reichskanzler erklärt hat, es sei nie seine Absicht gewesen, Belgien zu annektieren, Deutschland sei zu einem Frieden bereit, durch den auch die Rechte der anderen Staaten gewahrt würden und daß das deutsche Volk auch das ungarische und österreichische Volk dem ungarischen Ministerpräsidenten zustimmte, daß diese Völker auch heute noch zu einer Verständigung bereit sind, über einen Frieden, der Dauer verpricht, und keinerlei Revanchegedankt aufkommen läßt, daß der Krieg nicht eine Minute länger geführt werden soll, als bis das Ziel der Sicherung erreicht ist. Ich wollte

den Staatsmann sehen,

der es wagen wollte, den Krieg über den Tag hinaus fortzusetzen, an dem das Ziel der Sicherung unseres Lebens und unserer freien Entwicklung erreicht ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Truppen haben wahrlich Großes geleistet. Es häuft sich bei uns eine Dankeschuld über diese gewaltigen Leistungen an, die wir kaum jemals werden ablösen können. Sie werden auch entschlossen weiter kämpfen, so lange für unsere Selbständigkeit gekämpft werden muß. Aber mit welchem Recht könnten wir von ihnen verlangen, diesen Kampf fortzusetzen, wenn das Ziel erreicht ist, das wir uns bei Beginn des Krieges gesetzt haben. Glauben die Herren etwa, daß sie mit ihren Zumutungen an die Truppen auf ihre Stimmung günstig einwirken. (Zuruf rechts: Ja!) Täuschen Sie sich gewaltig. Ich bekomme im Laufe der Monate Tausende von Briefen, die mir beweisen, daß unsere Soldaten zwar bereit sind, ihr Land zu verteidigen, (Zuruf: Aber nicht umsonst zu kämpfen!) daß sie aber mit verächtlichem Achselzucken auf das Kraftmierielle Geschwätz hinweggehen, das heimlich klingen würde, wenn es nicht mit so blutigem Fröhen verknüpft wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) müssen sich ein neues Meer vom Monde herunterholen und Soldaten mit einer Kraft so groß wie der Mund gewisser Redner des Bundes der Landwirte. (Sehr gut! b. d. Soz.) verschaffen, wenn Sie Ihre Ziele verwirklichen wollten. Sobald eine Verständigung möglich sein wird, muß der Schluß des Krieges eintreten, so denken die Truppen und die große Mehrheit des Volkes dahem. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und ein Blick für unsere Zukunft, daß dem so ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verwirklichung der

Ziele der Annexionsisten

müßte dazu führen, daß die ganze Welt vom Revanchegedankt gegenüber Deutschland erfüllt werden würde, daß sie sich dauernd gegen das deutsche Volk zusammenstülze. Kann das unsere Aufgabe sein? Das würde uns zu militärischen Rüstungen zwingen, unter denen unsere Volkswirtschaft völlig zusammenbrechen müßte. Man spricht immer von dem Sieg, den wir erringen müssen. Wir sagen, wir haben den Sieg errungen in dem Moment, wo wir die gegnerischen Anschläge vereitelt und unsere Selbständigkeit und Freiheit für die Zukunft behauptet haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zum Etat und zu den Steuern. Die phantastischen Forderungen, mit denen wir im Etat zu rechnen haben, beweisen, daß selbst, wenn wir, wie wir alle hoffen, eine erhebliche Kriegsschädigung bekommen, wir uns doch auf neue erhebliche Steuern gefaßt machen müssen. Der Reichshauptkassier hat und gebeten, keine Dedungsanträge nicht vom Standpunkt der Steuerfiskalität auszurufen. In der Tat erwidern sie jeder Systematik. Sie fragen nicht nach der Leistungsfähigkeit der betreffenden Volksteile und nach der Wirkung auf das Wirtschaftsleben. Er greift dort zu, wo er den geringsten Widerstand vermutet, das sind die breiten Massen der wirtschaftlich Schwachen. Underhalb Milliarden Verbrauchssteuern haben wir während des Krieges schon eingebracht und

nach nicht einen roten Pfennig dauernder Besteuern.

Denn die Kriegsteuer ist keine Dauersteuer. Wohl aber werden die Verbrauchssteuern bleiben. Die Kriegsteuer ist überhaupt keine Steuer, sondern nur eine teilweise Zurücksetzung zweier erhobener Profite; der der Reichskasse abgezogene Ueberprofit wird ihr zum Teil durch diese Steuer wieder zugeführt. Selbstverständlich stimmen wir dem vorgeschlagenen Zuschlag zu ihr zu, halten ihn aber keineswegs für genügend. Angesichts der auf 12 bis 15 Milliarden zu schätzenden Kriegsgewinne könnten hieraus allein die Mittel gewonnen werden zur Bilanzierung sowohl des vorjährigen als des diesjährigen Etats. Wer in der gegenwärtigen ersten Zeit auf lauterem oder unlauterem Wege, vielleicht auch indem er das Justizhaus mit dem Kermel streifte, Millionen und Millionen aus dem Volk herausgerückt hat, verdient keine Schonung und muß angehalten werden, dem Reiche das zurückzugeben, was er aus dem Volke herausgerückt hat. Der Schatzsekretär sagte, zurzeit nimmt er keine Erhöhung der indirekten Steuern in Aussicht. Das deutet darauf hin, daß sie später kommen sollen. Von einer Belastung des Volkes aber sprach er nicht. Die Steuern sollen die Leistungsfähigen tragen. Davon ist aber bei den Verbrauchssteuern nicht die Rede. Man sollte statt dessen an eine soziale Ausgestaltung der Einkommensteuer herangehen. Die stärkere Erfassung des Reiches ist notwendig auch von dem Gesichtspunkt aus, daß den Wohlhabenden im Krieg ihr Wohlleben und ihre Annehmlichkeiten geschützt werden. Darum nimmt man nicht die Erweiterung der Erbschaftsteuer nach englischem Vorbild in Angriff. Naheliegender ist ferner die Wiedererhebung des Wehrbeitrages. Ein dritter Weg einer Besteuerung wäre eine Erhöhung der Reichsvermögensteuer von 1913, die damals ja auf die Friedensverhältnisse zugeschnitten war. Als vierter Weg kommt die Erhebung einer ganz einfachen Reichsvermögenssteuer in Frage. Wenn aber die einzelstaatlichen Minister sich solchen direkten Besteuerungen des Reiches widersetzen, dann müge man doch einfach bei

Nehmen, daß die Bundesstaaten bestimmte Beiträge aus Reich abliefern, gleichmäßig wie sie zu bringen. Dann wird vielleicht der Widerstand der einzelstaatlichen Finanzminister gegen eine Reichsvermögenssteuer schwinden. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Möglichkeiten sind einfacher als die Besteuerung des Verkehrs und der Steuern. Mit diesen Vorschlägen rüttelt der Schatzsekretär an den Fundamenten der deutschen Volkswirtschaft. Unser Volk leidet unter der Rohstoffknappheit und den Verkehrsschwierigkeiten. Und in dieser Situation will das Reich den Nahrungs- und Bekleidungsbedarf auf den Eisenbahnen noch mit einem Zuschlag von 7 Proz. belasten, für den der Konsument letzten Endes 20 bis 30 Proz. zu zahlen hätte. Durch diese Steuer muß die wirtschaftliche Entwicklung Süddeutschlands, die bisher schon kümmerlich ist, weit mehr noch zurückgehalten werden müssen, noch besonders erschwert werden. Zur Güterverkehrssteuer soll noch die Verzinsungsverkehrssteuer treten. Sie haben sie schon 1906 bekämpft. Durch das Schonheitsgesetz der Staatsschuld wird sie nicht angenehmer, sie bleibt reaktionär und unfähig. Aber auf anderem Wege kann der Verkehr dem Reiche nutzbar gemacht werden, durch

#### Schaffung von Reichseisenbahnen.

Das einheitliche Wirtschaftsgebiet, das das Reich darstellt, muß auch zu einem einheitlichen Verkehrsgebiet ausgebaut werden. Weichardt, Reichshof, der eine vierjährige Praxis im Eisenbahnbau hat, vertritt die Ansicht, daß eine Eisenbahnverwaltung von mehr als einer Milliarde. Auch vom Gesichtspunkt der Kostenfragen muß die Verkehrsverwaltung geprüft werden. Wir brauchen Eisenbahn- und Wasserstraßen für das Deutsche Reich.

Von den gleichen Gesichtspunkten her werden wir die Kohlensteuer. Das Volk leidet unter der Kohlennot. Gegen die Kohlensteuer ist in der Presse wenig gesagt worden; der Schatzsekretär hat es verstanden, seine Vorträge so lange zurückzuhalten, bis die schlimmste Kälte darüber war. Der Schatzsekretär hat es für selbstverständlich erachtet, jetzt nicht die unentbehrlichen Lebensmittel zu besteuern. In den unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen gehört aber auch die Kohle. Allein das Mannheimer Kohlenkontor hat einen Gewinn von 4 1/2 Millionen bei einem Grundkapital von 11 Millionen Mark. Trotzdem hat es noch eine Preiserhöhung durchgeführt. So wird das Volk von einer kleinen Gruppe ausgebeutet, an der aber die Regierung vorbeugt. Kein Parteigenosse hat es ein fauliches Kohlenverwertungsmonopol und ein Kohlenhandelsmonopol vorgeschlagen. Mit der Kohlensteuer aber würde das Kohlenmonopol, das wir wünschen, unmöglich gemacht. Diese Steuer bedeutet einen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Vor der Verbrauchssteuer traut sich die Regierung aus Furcht vor der Anleihe. Aber man könnte ja zur Zwangsanleihe greifen. Aber das ist nicht nötig. Die durch den Krieg reich gewordenen Leute wissen, was sie an Deutschland haben und werden sich hüten, ihre Taschen zu ergreifen zu lassen. Die Mittelschichten sind am Zusammenhang, daher müssen wir die Mittel da nehmen, wo sie in Fülle vorhanden sind. Die Fortschrittspartei übernimmt eine große Verantwortung, wenn sie diesen Steuern zustimmt. Das widerspricht dem Reich: Schutz den wirtschaftlich Schwachen, Schutz der Arbeitskraft. Es wäre ein Hohn auf die Bestrebungen der Bevölkerungspolitik. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Die Steuerbefreiungen bedeuten eine Herausforderung an die deutsche Arbeiterkraft, mit neuen Lohnforderungen hervorzutreten. Das deutsche Volk ist in größter Bedrängnis, es wendet sich hilfesuchend an die Regierung. Die Antwort ist ein Pfeiffenschlag. Als Reaktion der Wirtschaft im Innern kommt man jetzt mit einer Steuerpolitik, die darauf hinausgeht, die Massen der wirtschaftlich Kollektiven noch weiter zu belasten. Überlegen Sie sich, was Sie tun. Werfen Sie diese Steuern in den Papierkorb. Legen Sie dem Volk das Opfer auf, die das Reich von ihm in dieser Zeit verlangen kann. Nur so dienen Sie dem großen Ziel, unser Land unversehrt aus diesem Kriege zu erretten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Stresemann (noll.)

Begrüßt die Erklärung des Kriegsministers. Gegenüber einem so barbarischen Vorgehen der Feinde helfen nur sofortige Vergeltungsmassnahmen. — Den Arbeitgebern darf man nicht gestatten, sich mit freigeschaffenen Arbeiterausfällen der Kriegsgewinnungen zu unterhalten. Das wäre in der Tat grober Unfug. Dafür zu sorgen, daß die Kriegsgefangenen nicht ausgebeutet werden, ist Sache der Militärverwaltung. — Die Rede des Abg. Ledebour hat bewiesen, daß auch weltgeschichtliches Erleben keinerlei Einfluß hat auf die Gedankengänge eines Hirns, das von arm-seligen Dogmatikern erfüllt ist. (Sehr wahr!) Ihm fehlt das Verständnis für die verurteilungslose Leidensfähigkeit, die in der Abrechnung der Kriegskredite liegt. — Präsident Wilson, der weltfremde Stubensänger, kennt Europa nicht, aber er hält sich für berechtigt, es zu belehren. Niemand von uns wünscht den Bruch mit Amerika. Ich begrüße das Vertrauen der deutschen Regierung, das Abkommen aus der Zeit Friedrich des Großen aufrecht zu erhalten. Aber die wirtschaftlichen Folgen eines Bruchs mit Amerika würden nicht nur uns, sondern auch Amerika ebenso schwer treffen. — In der Zeit der Bombenwürfe auf Karlsruhe, der unmenschlichen Behandlung deutscher Gefangener nannte der deutsche Abgeordnete Ledebour die U-Boot-Waffe eine Unmenslichkeit. Dabei ist kein Neutraler genötigt, sich der Gefahr der U-Boote auszusetzen. (Sehr wahr!) Als Wirkung des U-Boot-Krieges erkennen wir schon jetzt, daß die Achtung vor Deutschland, das Vertrauen auf den deutschen Endsiege bei den Neutralen geringen ist. (Lebhaft Bravo!) Ich bin überzeugt, daß uns dieser verabschiedete U-Boot-Krieg den baldigen Frieden bringen wird. England ist in Gefahr. Bisher keine Stärke, wird seine Schwäche. Freilich ist England unser zäherer Gegner, er wird ebenso zu hungern verstehen wie wir, und leicht wird uns der Sieg nicht werden. Zu begreifen sind die Versuche der Regierung, den Neutralen die Wirkungen der Exzesse erträglich zu machen. Wir freuen uns, daß wir jetzt wieder einen Staatssekretär von Fleisch und Blut haben. (Heiterkeit.) — Dem Abg. Reil möchte ich erwidern, daß keine Partei in diesem Hause das ganze Volk vertritt. Er kann nicht wissen, was andere Abgeordnete für Dienste von der Front bekommen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch für die Flamen hat er kein Recht zu sprechen. Doch Lobtrennung von Gebieten nicht allein Nebengeganden hervorzuheben, beweist die Tatsache, daß wir jetzt auch Völker zu unseren Gegnern haben, um deren Liebe wir förmlich gebuhlt haben. (Sehr wahr!) Die

#### Angliederung neuer Gebiete

ist auch eine Frage unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit, der Stärkung unserer Finanzen nach dem Kriege. — Weder dankt den deutschen Truppen in den Kolonien für ihre heldenmütige Haltung, tritt für Schutz der Auslandsdeutschen ein und protestiert scharf gegen Bemerkungen des Generaladjutanten des Kaisers von Wien, daß die Deutschen im Ausland vergöttert in der zweiten Generation ihre deutsche Heimat. Nach dem Kriege wird auch eine Neuorientierung in der Haltung gegenüber den Gewerkschaftsführern erfolgen müssen. Aber auch die Wirtschaftsfriedlichen dürfen nicht boykottiert werden.

Als Träger der Kriegsgewinnsteuer stellt der Abg. Reil die Gesellschaften mit den großen Unternehmungen und großen Gewinnen hin. Er weiß doch aber, daß diese Kriegsgewinnsteuer eine allgemeine Verbrauchssteuer geworden ist, und zwar eine sehr hohe. Auch der Fabrikant, der Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer ist nicht richtig. Die Löhne der Arbeiter sind gerade während des Krieges erheblich gestiegen. Unter der Steuerung leiden in erster Linie nicht nur die Arbeiter, sondern der Mittelstand und die Beamten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Scheidemann sprach von dem einheitlichen Volkswirtschaftlichen Zusammenhalten, brauchte dann aber das unglückliche Wort, Kommerzianten seien in den Schützengräben nicht zu finden. Kommerzianten wird man erst in sehr vorgerücktem Lebens-

alter, vor Stank aber, Kaufleute und Rohrenten tun ebenso ihre Pflichten in den Schützengräben wie alle anderen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Der Staat soll seine Stellung zum Volk revidieren, aber auch der einzelne muß seine Stellung zum Staat revidieren, und besonders müssen wir die phylisterhafte Opposition nicht gegen einzelne Staatsmänner, sondern gegen den Staatsgedanken aufheben, die gerade den Deutschen eigen ist. Das Verfassungsverhältnis muß erhalten, daran kann niemand denken nach den Erfahrungen dieses Krieges. Wir bedauern aufs tiefste die Ausfaltungen der Schlußphase. Ebenso bedauern wir, daß der Resorstand nicht befreit hat über den politischen Gedanken bei der Verlesung des Verfassungsverhältnisses in Preußen. Wenn Ausbau unseres inneren Verfassungsliebens schreien wir vor Verfassungsänderungen nicht zurück und werden gern an dem inneren Ausbau mitarbeiten. Jetzt aber regiert Mars die Stunde, jetzt gilt es, alle im Volke vorhandenen Kräfte zusammenzufassen zur Erringung des Sieges, der uns den Frieden bringen möge, und zwar einen recht baldigen Frieden. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Vorher: kurze Anfragen.) Schluß 5 1/2 Uhr

## Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung, Donnerstag, 1. März 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Troitz zu Solz.

Die

### Zweite Lesung des Kultusetats (Universitäten, Kunst und Wissenschaft)

wird fortgesetzt.

#### Abg. Gaumnitz (Soz.):

Lauf der „Kölnischen Volkszeitung“ ist der Privatdozent Verrechen. Bonn wegen einiger von der Zentrumspresse angegriffener Vorträge über den Gottesglauben, unter Aufhebung seiner Professur, als Armierungssoldat nach dem Westen geschickt worden. Diese Maßregelung steht in schroffem Widerspruch zu der hier so hoch gerietenen Toleranz. Waren die Universitätsbehörden an dieser Maßregelung beteiligt? Das Vorgehen der Berliner Universität gegen den Studenten Joel war eine bedauerliche Einschränkung der akademischen Freiheit, die in dem uns verheißenen neuen Preußen keine Stätte haben dürfte. (Sehr wahr! links.) Natürlich sind unsere Hochschulen in erster Linie für deutsche Staatsangehörige da, aber wenn auch die Leistung unserer Hochschulen von Fremden, z. B. den Japanern, oft mit schändem Lobspruch gelobt wurde, so darf deshalb von einer

#### Allgemeine Ausschließung der Ausländer

keine Rede sein. Die Wissenschaft wird nach dem Kriege ihre internationalen Beziehungen wieder aufnehmen, weil sie muß. Die Empfänglichkeit für alles Wertvolle des Auslandes ist von jeher ein besonderer Stolz des deutschen Geistes gewesen. Auch unter den Gelehrten des feindlichen Auslandes haben sich einzelne von der allgemeinen Kriegspolizei ferngehalten, und dem großen französischen Dichter Romain Rolland, diesem Bürger zweier Völker, rufe ich für seine Verständigungsarbeit tiefste Sympathie zu. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir begrüßen die Förderung der Auslandsstudien, die die gegenseitige Verständigung und Annäherung fördern müssen. Das völlige Verlangen so vieler deutscher Diplomaten und Konsularbeamten vor dem Kriege und im Kriege infolge ihrer Unkenntnis der ausländischen Psychologie, die zu ungläubigen Illusionen führte, wird auch in der Denkschrift des Ministers gewissermaßen anerkannt, und wenn deshalb die Politisierung des jungen Deutschen gefordert wird, so wird damit der festerliche Bankrott des alten Obrigkeitstaates angelegt. (Sehr wahr! links.)

#### Zwischen

#### Großkapitalismus und Wissenschaft

bestehen gewisse enge Beziehungen. Früher hat das Großkapital durchgesetzt, daß den sogenannten Kathedersozialisten Staatsprofessoren entgegengesetzt wurden. Die wissenschaftliche Tendenz zahlreicher Professoren der Handelshochschulen, aber auch der Universitäten, läuft im wesentlichen mit den Unternehmerinteressen in gleicher Richtung. Ohne die persönliche Integrität dieser Herren anlassen zu wollen, verweise ich auf die Namen Bernhard Berlin, Pöhl, Frankfurt, Ehrenberg, Kistner, Garmes, Kiel. Die Subventionierung großer wissenschaftlicher Institute durch das Unternehmertum muß ihre wissenschaftliche Unparteilichkeit in Frage stellen, oder kann es wenigstens. Der Nationalökonom der Universität Münster, Prof. Plonge, hat während des Krieges eine Schrift über den Ausbau einer Unterrichtsanstalt für die Ausbildung praktischer Volkswirte veröffentlicht, die den bezeichnenden Untertitel trägt: „Denkschrift für die nordwestliche Gruppe des Deutschen Reiches (Güter- und Stahlindustrie)“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er schlägt vor, daß dem Verrat dieser Anstalt 6 oder 8 Vertreter dieser industriellen Gruppe angehören sollen, um die dauernde und grundsätzliche Verbindung mit der Praxis zu sichern. (Allo! bei den Sozialdemokraten.) Die Großindustriellen sollen ein Kapital herbeischaffen, das eine jährliche Einnahme von 200 000 M. beträgt. Das Gegen-gewicht gegen solche Dinge, nämlich Nationalökonomien, die entschieden den Arbeiterstandpunkt vertreten, fehlt an unseren Hochschulen. Das schwere Unrecht gegen den sozialdemokratischen Politiker Krons hat man zwar viel, viel zu spät wieder gutzumachen versucht, aber sozialistische Nationalökonomien fehlen an unseren Hochschulen gänzlich, obwohl es genug geeignete Persönlichkeiten dazu gäbe.

Offenbare Dumbgungunternehmungen, wie das friedemannsche Tuberkulosemittel, die allerdings den Vorzug haben, ihren Erfinder zum reichen Mann zu machen, finden leider immer wieder gerade in Universitätskreisen lebhaftes Förderer. Ueber den

#### Salvarsan-schwindel

hat sich Ministerialdirektor Richter nach meiner Rede zum Gesundheitswesen leider nicht geäußert. Eine fortschrittliche Anfrage darüber ist wieder zurückgezogen worden. Obwohl die nach Salvarsan festgestellten Todesfälle zahlreich sind und Wissenschaftler von Ruf festgestellt haben, daß die fürchterliche Krankheit der Syphilis, die Paralyse, nach Gebrauch von Salvarsan häufig viel früher eintritt als sonst, wird dieses Mittel, für das gerade in seiner ersten gefährlichsten Zusammenlegung die wärfte Zeitung reklame gemacht wurde, nach wie vor in den Universitätsklimmen verwendet und seine schlimmen Folgen werden trotz-wiegen. Professor Bourgeois-Loussane hat erklärt, daß der Herstellungspreis für das Salz Salvarsan 8 M., der Verkaufspreis für das Publikum aber 15 000 M. beträgt. (Lebhaftes Hört! hört!) Die höchste Fortwerts verdienten im Jahre 1913 datan 16 Millionen Mark. Eine ganze Reihe von Arbeitern, die durch das Mittel gekümmert worden sind, führen Entschädigungsprozesse, von denen einige beim Kammergericht schweben. Ich verlange, daß in die dunklen Hintergründe aller dieser Dinge un-darüber hinweggeschaut und nicht das Wohl der lebenden Menschheit einem skrupellosen Geschäftsschwindel ausgeliefert wird. (Beifall bei den Soz.)

#### Abg. Kanjow (Sp.):

Die kurze Anfrage meines Parteigenossen im Reichstage über Salvarsan ist zurückgezogen worden, nachdem er sich von der Un-richtigkeit seiner Anfrage überzeugt hat. Professor Kachel-mann hat erklärt, daß kein einziger Todesfall festgestellt sei. Solche unhaltbaren Angriffe erzeugen nur Beunruhigung. Das erste Patent, das die Engländer uns geschlohen haben, war das des Salvarsan; das beweist, wie hoch man es einschätzt. Der

hohe Preis ist Sache des Vertriebs, aber kein Beweis gegen das Mittel. (Sehr richtig!) Für die Kunst muß mehr geschehen. Der Staat soll Kunstwerke nicht vom Händler kaufen, sondern vom Künstler. Der Eisenerz-Händler kann uns schließlich zur Verfügung dienen. (Abg. v. Hoffmann: Der ist vernünftig!) Diesen Wit haben nicht Sie, den hat Hindenburg selbst gemacht! (Heiterkeit.)

#### Minister v. Troitz zu Solz:

Die Beizung unserer nationalökonomischen Pro-fessuren ist unabhängig von irgendwelchen wirt-schaftlichen Interessen. Die verschiedenen Richtungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Parteipolitische Gesichtspunkte sind nicht maßgebend. Salvarsan wird von vielen sehr ernstlich bezweifelt. Die Angriffe haben sich nicht betrahl-heitet. Wo Todesfälle vorgekommen sind, handelte es sich um alte Leute. Von dem Privatdozenten Verrechen weiß ich nur, was in den Zeitungen gestanden hat. Die Kunstpflege liegt mir besonders am Herzen, auch die Hilfe für Künstler; aber meistens haben sie mit Händlern vereinbart, nur durch solche zu verkaufen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. — Abg. Dr. von Gampe (noll.) nimmt noch Bezug auf seine gestrigen Ausführungen über die Befreiung des Lehrstuhls des verstorbenen Religions-historikers Pfeleiderer, der Minister antwortet darauf, wodurch die Befreiung wieder eröffnet ist; sie wird aber auf Antrag des Abg. Graf v. d. Groeben (L.) sofort wieder geschlossen.

Abg. v. Hoffmann (Soz. Arb., persönlich): Herr Kanjow hat meine Rede weder verstanden noch begriffen (Lachen) und Dr. v. Gampe hat sogar meine Ausführungen mit denen des Abg. Gaumnitz verwechselt.

Abg. Gaumnitz (Soz.): Wenn Sie mich nicht an der Antwort verhindert hätten, so könnte ich jetzt dem Minister und Herrn Kanjow nachweisen, daß eine große Reihe ihrer Behauptungen über das Salvarsan objektiv falsch sind. Durch Ihren Debatte-schluß stellen Sie mich als einen Mann hin, der unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen aufstellt! Ich hätte nachgewiesen, daß in offiziellen Lehrbüchern der Medizin schon Ende 1913 24 Todesfälle angegeben waren und daß Professor Löffler allein 67 weitere festgesetzt hat. Ich habe ausdrücklich erklärt, als Laie kein Urteil abzugeben, aber als Volkswirt mit zur Vor-bringung des Materials verpflichtet zu fühlen.

Abg. v. Hoffmann (Soz. Arb.): Herr Kanjow sagte, den Wit mit dem vernagelten Hindenburg habe Hindenburg selbst gemacht. Ich gebe gute Witte weiter, auch wenn sie von Hindenburg sind, und ich würde sie sogar weitergeben, wenn Herr Kanjow sie ge-macht hätte.

#### Die höheren Lehranstalten.

Abg. v. Kessel (L.): Der gute Geist dieser Schulen wird be-wiesen durch die hohe Zahl ihrer ins Feld gezogenen Lehrer und Schüler. Bei den Befreiungen mag man auf die Ablenkung der Schüler durch die Zeit Rücksicht nehmen, damit will ich aber keineswegs eine Weichheit empfehlen, die auch in Preußen Mode zu werden scheint. In geschlossenen Anstalten wird der Charakter besser gebildet. Was der Abg. Hoffmann vor-gestern hier getan hat, war nur möglich, nicht durch seinen Mangel an Bildung, sondern an Charakter, Takt und Patriotismus. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Seibitz (L.) tritt für eine Trennung zwischen den-jenigen Schülern ein, die an die Universität, und denjenigen, die nur das Einjährige wollen.

Abg. Hinzmann (Sp.) wendet sich gegen eine Verkürzung des Religionsunterrichts, verlangt Berücksichtigung der Wünsche der Geistlichkeit bei den Übungen der Jugendwehr und regt im Hin-blick auf den zukünftigen mitteleuropäischen Wirtschaftsbund die Pflege der polnischen Sprache an.

#### Abg. Gaumnitz (Soz.):

Den Erlaß des Ministers über den Geschichtsunterricht auf den höheren Schulen begrüßen wir. Es ist durchaus wünschenswert, wenn die Kinder besser in das Verständnis der Gegen-wart eingeführt werden. Selbstverständlich bleiben wir auf unserer alten Forderung bestehen, daß der Geschichtsunterricht weniger ein Unterricht in der Geschichte der Dynastien, als vielmehr ein wirklich

#### Kulturgegeschichtlicher Unterricht

sein soll. Die Geschichte der Erfindungen und Entdeckungen, die Geschichte des Kampfes, den seit Jahrhunderten der menschliche Geist um die Beherrschung der Naturgewalten führt, die Ge-schichte der menschlichen Arbeit muß unbedingt im Vordergrund stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im engsten Anschluß an den Geschichtsunterricht verlangen wir staats-bürgerlichen und verfassungsgeschichtlichen Unterricht. Besonders Gewicht muß dabei auf die Entstehung unserer Ver-fassungen aus dem Geiste der bürgerlichen Revo-lutionen heraus gelegt werden. (Zustimmung links.) Was die Behandlung des Krieges in der Schule betrifft, so beziehe ich mich auf das, was ich vorgestern darüber ausgeführt habe. Das huma-nistische Gymnasium wollen wir nicht befrüchten, wohl aber zeit-gemäß reformieren. Es war erwachsen aus der Gelehrtenzucht des Mittelalters, aus der Zeit, in der Latein die einzige Sprache der gebildeten Welt war. Eine neue Zeit erfordert auch ein neues Schulideal, wie überhaupt die Schulentwicklung nicht los-gelöst betrachtet werden darf von der allgemeinen Kultur-entwicklung. Von neueren Sprachen sollte auch das Ungarische und Polnische in den höheren Schulen mindestens fakultativ einge-führt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen ferner, daß die Kinder auch schon in das Ver-ständnis der

#### modernen Literatur

eingeweiht werden. Neben Goethe und Schiller möge den oberen Klassen auch Hauptmann und Schmel, Björn, Tolstoi und Zola gelesen werden. In unserem Kampfe gegen das Einjährigprivileg freuen wir uns der Bundesgenossenschaft des Frhr. v. Seibitz und des Ministers. Das ganze Verordnungs-wesen ist ein Krebsgeschaden für unsere höheren Schulen. (Leb-hafter Beifall links.)

Weiter verlangt Redner, mehrschon vom Abg. Hoffmann durch Zwischenrufe unterbrochen, größere Berücksichtigung des An-schauungsunterrichts in den ersten Schuljahren, Ausbau der Schulausflüge, Einführung von Schulkreisen und ein kameradschaftlicheres Verhältnis zwischen Leh-rern und Schülern. Der Schulgesundheitspflege muß größte Auf-merksamkeit gewidmet, Luft- und Sonnenbäder müssen an die Schulen angegliedert werden. Lebhaft beifällig Redner schließlich in längeren Darlegungen die Einführung der freien Schul-gemeinden auch in Preußen. Unser ganzer Schulbetrieb muß mehr sozialisiert und demokratisiert werden. Das steht durchaus im Einklang, ist sogar die Vorbedingung für die Erziehung kraft-voller Einzelpersönlichkeiten. Auch wir Sozialisten unterstreichen aus vollem Herzen Goethes Wort: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist nur die Persönlichkeit.“ (Lebhaft Beifall links.)

#### Das Haus verlegt sich.

Abg. v. Hoffmann (Soz. Arb.) (Persönlich): Der Abg. v. Kessel hat heute erklärt, nach meiner vorgestri-gen Rede könnte man glauben, es bestie hier eine Partei, die den Kampf gegen das eigene Volk führe. Er hat auch nicht durch einen Satz aus meiner Rede einen Beweis dafür zu erbringen versucht, weil er dazu nicht in der Lage ist. Statt zu beweisen, gebraucht man Redensarten. Es ist mir nicht eingefallen, eine Rede gegen das eigene Volk zu halten. Wir wenden uns nur gegen die Parteien, die die Völker auf dem Schlachtfeld verbluten lassen wollen. (Anruhe. — Der Präsident unterbricht dem Redner solche Ausführungen.)

Abg. Graf v. d. Groeben (L.): Wenn Herr v. Kessel nicht augenblicklich verhindert wäre, hier anzuweisen zu sein, dann würde er Herrn Hoffmann die gebührende Antwort schon geben.

Freitag 11 Uhr: Antrag v. Heydebrand betreffend die J. E. G., Weiterberatung des Kultusetats.

Schluß 1/2 Uhr.

# Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

Zur Besprechung sind die Verträge mit Frühgemüse für das nächste Wirtschaftsjahr. Der Leiter der Reichsgemüsestelle, Dr. Lilla gab einen Überblick über die von der Reichsgemüsestelle geleitete Einfuhr aus dem Ausland. Die Versorgung aus der inländischen Produktion soll im wesentlichen durch Lieferungsverträge

## Lieferungsverträge

erfolgen. Der Erfolg dieser Maßnahmen läßt sich am besten dadurch nachweisen, daß gegenwärtig schon 500 Verträge zur Prüfung der Reichsgemüsestelle vorliegen. Die Preistreibererei, die auf dem Gemüsemarkt erfolgte, muß im künftigen Jahre beseitigt werden. Ein wirksames Mittel, um eine sichere Preiskontrolle herbeizuführen, wird in der Einführung von Verkaufslicenzen gefunden werden, die den Handel verpflichten, bei der Abgabe von Waren einen schriftlichen Ausweis über die Höhe des Preises an den Käufer zu veranlassen. — Der Präsident des Ernährungsausschusses, Dr. V. V. V. V., befragt nach die Lieferungsverträge für Frühkartoffeln, die so geregelt werden sollen, daß in der Nähe der Großstädte aus den landwirtschaftlichen Bezirken die Versorgung erfolgt wird. — Abg. Wurm (Soz. Arb.) erklärt, daß die allgemeine Einführung der Lieferungsverträge sehr zu befürworten sei. Wie sieht es aber die Militärverwaltung ihre Versorgung? Greift sie wieder, wie im Vorjahre, in die Verträge der Gemeinden ein und durchkreuzt sie damit die Absichten der Gemeindeverwaltungen? — Herrgott erklärt Herr W. Lilla, daß die Militärverwaltung ihre Bedürfnisse für Frühkartoffeln selbst besorgen muß. Im übrigen soll die Militärverwaltung durch die Reichsgemüsestelle für Gemüse versorgt werden. Es wird sich also der Zustand, wie er im vorigen Jahre in der Ernährung trat, nicht wiederholen. — Abg. Stubbe (Soz.): Die ersten Produktionskosten reicheren nicht die gesteigerten Verkaufspreise, die in den Lieferungsverträgen festgelegt werden. Durch die Lieferungsverträge wird manches gebessert, aber es ist ein Fehler, daß außerhalb der Lieferungsverträge noch Waren am freien Markt erscheinen. Ein Teil des Gemüses, das auf den Hamburger Markt kam, ist nach Osten abgehoben worden, wo ein höherer Preis geboten wurde. Das wird leider auch bei den Lieferungsverträgen nicht unterbunden werden. Die beste Preiskontrolle wird möglich sein, indem das Gemüse direkt von der Gemeinde in eigenen Verkaufsstellen den Konsumenten angeboten und damit der Zwischenhandel ausgeschaltet wird. — Dr. Kossick befragt den Preis der Frühkartoffeln. 8 Kart. Dr. Jentzsch für den Landwirt erscheine ihm zu niedrig. — Die weitere Debatte dreht sich um die Frage der praktischen Durchführung der Lieferungsverträge.

# Der Reichstagsauschuß für das Hilfsdienstgesetz

beschäftigte sich am Donnerstag mit den vom Kriegsamt entworfenen Richtlinien für die Tätigkeit der Enderwerbungsstellen. Die Richtlinien entsprechen den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes. Über die Reihenfolge der Einziehung zum Hilfsdienstgesetz wird bestimmt, daß bei sonst gleichen Verhältnissen jüngerer werden älteren, unverheiratete vor verheirateten, Hilfsdienstpflichtigen vorzuziehen sind. Es kommen für die Enderwerbungen in Frage: a) zuerst die Hilfsdienstpflichtigen, welche sich auf den Meldelisten für Hilfsdienstpflichtigen, Ziffer 14, freiwillig gemeldet haben; b) demnach die Hilfsdienstpflichtigen, welche zurzeit gar nicht oder nicht voll in ihre bisherigen Tätigkeit beschäftigt sind; c) sodann alle die vollbeschäftigten Hilfsdienstpflichtigen, welche in ihrer bisherigen Tätigkeit durch weibliche Personen, durch Jugendliche oder durch Männer über 60 Jahre ersetzt sind; d) schließlich der Rest aller Hilfsdienstpflichtigen, die noch nicht im Sinne des § 2 des Hilfsdienstgesetzes tätig sind, gleichgültig, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer.

Solange als möglich ist die Enderwerbungsstellen für Hilfsdienstpflichtiger zu vermeiden, deren Beanspruchung nachweisbar eine schwere Schädigung öffentlicher oder volkswirtschaftlicher Interessen zur Folge haben sollte, sowie diejenigen, die durch langfristige Verträge gebunden sind und endlich der freigelegenen Hilfsdienstpflichtigen, welche eine dauernde Tätigkeit nachweisbar außerhalb der Befähigungszeit des § 2 des Hilfsdienstgesetzes gefunden haben.

Der Auschuß stimmte dem Entwurf zu. Herr Karquardt gibt den Inhalt des Entwurfs des Enderwerbungsstellen bekannt. Bei der Enderwerbungsstellen sollen Angaben über den Wohn, die Mündigkeit und sonstige Arbeitsbedingungen gemacht werden. — Abg. Bauer (Soz.) weist darauf hin, daß eine

## Mündigkeitensfrist

notwendig sei für Hilfsdienstpflichtige, die einem Betrieb überwiesen werden. Es müsse verhindert werden, daß Hilfsdienstpflichtige irgendwo hingekommen und dann bereits am folgenden Tage wieder entlassen werden. — Herr Karquardt erklärt die Berechtigung dieser Ausführungen an. Ein Arbeitgeber, der Arbeitskräfte zugewiesen erhält, müsse verpflichtet werden, sie auch einzustellen und bei der Entlassung eine Mündigkeitensfrist von mindestens acht Tagen einzubehalten. Eine solche Bedingung solle bei Überweisungen von Arbeitskräften gestellt werden. Weiter teilt Herr Karquardt mit, daß entsprechend einer von sozialdemokratischer Seite in der vorigen Sitzung gegebenen Anregung die Meldeliste mit einem perforierten Abschnitt versehen sein soll. Diese Meldeliste kann dann bei dem zuständigen Postamt abgegeben werden. Dort wird der perforierte Abschnitt von der Post gesammelt und dem Hilfsdienstpflichtigen zurückgegeben, so daß er einen Nachweis für die erfolgte Meldung in Händen hat.

Nach § 5 der Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst können die Kriegsamtstellen für ihre Bezirke einzelne kriegswichtige Betriebe bezeichnen, deren Personal von der Meldepflicht befreit ist. Durch eine Ausführungsbestimmung soll den Kriegsamtstellen empfohlen werden, in erster Linie die Banken und die privaten Versicherungsunternehmen zu berücksichtigen. Die Abg. Bauer (Soz.) und Richter (natl.) beantragen, auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diese Empfehlung mit aufzunehmen. Die Abg. Dittmann (Soz. Arb.) und Schiele vertreten den gleichen Standpunkt. Der Abg. Dittmann wünscht außerdem, daß auch die Abgeordneten von der Meldepflicht auf Grund des Hilfsdienstgesetzes befreit werden. — Abg. Gröber (Z.) ist der Meinung, daß die Ausübung der parlamentarischen Tätigkeit durch die Hilfsdienstpflichtigen nicht gehindert werden darf, im übrigen aber sollten die Abgeordneten kein Vorzugsrecht für sich beanspruchen. Der Antrag Bauer-Richter wird angenommen. Zur die Hilfsdienstpflichtigen soll ein Merkblatt vom Kriegsamt bereitgestellt und unentgeltlich abgegeben werden, das eine kurzgefaßte Belehrung über den Inhalt des Hilfsdienstgesetzes enthält. Abg. Bauer wünscht, daß für die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu einer Beschäftigung überwiesenen Personen freie Eisenbahnfahrt nach dem neuen Tarifbestimmungen gewährt wird. — Herr Karquardt erklärt die Berechtigung dieser Forderung an. Es soll noch geprüft werden, ob die Kosten von dem Arbeitgeber oder von der Militärverwaltung getragen werden sollen.

# Stadtverordnetenversammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 1. März 1917, nachmittags 5 Uhr.  
Vorherrschend eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und beantragt zunächst die Einführung der neuen Mitglieder Fabrikbesitzer Burg: La w e s t i und Kaufmann W i e l a n d, die auf die Stadterweiterung verpflichtet werden. Zur Vorbereitung des Stadthausstatutens für das Etatsjahr 1917 wählt die Versammlung den C l a u s e n s c h u l z. Ihm gehören auch Leid, Manoffe, Ritter, Dr. Rosenfeld an.

Heber die Vorlage wegen  
**Verständigung des Zentralarbeitsnachweises**  
erläßt Stadtdr. Dose (Linke) den Ausschußbericht. Der Ausschuß hat in seiner Mehrheit die Vorlage angenommen und gleichzeitig folgende Anträge gestellt:

- a) mit dem Verband Märktischer Arbeitsnachweise in Verhandlung darüber zu treten, daß der bestehende Nachweis für Handlungsbüros sowie die Lehrstellenvermittlung für Groß-Berlin von der Stadt übernommen und den übrigen Nachweisen, die am 1. April 1917 in die städtische Verwaltung übergehen, angegliedert wird;
- b) nach Hebernahme des Arbeitsnachweises durch die Stadt die Bildung einer selbständigen Deputation in die Wege zu leiten;
- c) bei der Hebernahme des Zentralvereins eine Reihe von Grundfragen nach Möglichkeit zur Anwendung zu bringen:

- 1. Hebertritt aller Arbeitsvermittler und Angehörigen der Arbeitsnachweise in den städtischen Dienst; 2. Wiederaufnahme der im Staatsdienst befindlichen Angestellten, sofern sie arbeitsfähig sind; 3. günstigere Anstellungsbedingungen gegenüber den Bedingungen für die Angestellten in ähnlichen Diensten der Stadt bleiben bestehen, und andererseits 4. günstigere Bedingungen der letzteren finden Ausdehnung auf die Angestellten des Arbeitsnachweises; 5. Ausdehnung der Gemeindebeschlüsse betr. Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung auf die übernommenen Angestellten; 6. Beibehaltung der bisherigen Autoritäten; 7. Mitwirkung der Frauen in der Deputation und in den Kuratorien; 8. die Leistung der Dienstgeschäfte des Arbeitsvermittlungsamtes darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sich zur anschließenden Inanspruchnahme des Amtes verpflichten.

Stadtdr. Ritter (Soz.): Wir sind mit Rücksicht auf den Punkt 8 nicht in der Lage, den Ausschußvorstellungen zuzustimmen, sondern müssen Zurückweisung an den Ausschuß beantragen. Die von uns beantragten „Grundzüge“ hat der Ausschuß mit geringen Modifikationen angenommen. Zu wünschen bleibt uns noch, daß für die ungelerten Arbeiter bestehende Kuratorium ebenfalls übernommen wird. Nun ist aber in der zweiten Ausschüßsitzung in Ziffer 8 ein Antrag zum Beschluß erhoben worden, der für uns unannehmbar ist. Die Ziffer 8 trifft die Tarifgemeinschaftsarbeitsnachweise. Wir brauchen doch nicht auch dem letzten unorganisierten Arbeiter nachzulassen. Jedenfalls gehört eine solche Bestimmung nicht in die „Grundzüge“ hinein. In Frankfurt a. M. zum Beispiel hat man einen anderen Weg eingeschlagen.

Stadtdr. Sonnenfeld (Linke) hebt nicht den mindesten Anlaß zu einer nochmaligen Ausschüßberatung. Der Grund für die Aufnahme der Ziffer 8 sei, den Vermittlungsorganen auszusprechen, daß die allerhöchsten Nachteile, auch für die Arbeiterschaft, im Gefolge habe. Mitgliedern einer sozialdemokratischen Arbeiter erfahrungsmäßig das Leben blühen gemacht (Widerpruch bei den Soz.). Vor dieser Verzweiflung wolle man die Arbeiter schützen (Rufe bei den Soz.: Huh!). Deshalb sei Ziffer 8 vorgeschlagen. Gegen die Tarifverträge habe er nichts; ein städtisches Vermittlungsamt habe aber unparteiisch zu wirken. Wir schlagen Ihnen indessen eine modifizierte Fassung vor, die dem Ratte freigestellt, auch sich selbst nach Arbeit umgesehen. Die Nummer 8 soll nicht lauten: „... daß Arbeitgeber oder Arbeitnehmer auf das Recht verzichten, ohne Inanspruchnahme einer Vermittlungsstelle Arbeit zu vergeben bzw. anzunehmen.“ (Beifall.)

Stadtdr. Fischbeck: Von einem Vermittlungszwang ist nicht die Rede. Die Tarifvertragswerke würden andererseits event. brauchen bleiben und wir werden einen Teil dessen, was der städtische Nachweis an Vorteilen bringen soll, auch heute haben wir die städtischen Vertreter erklärt, daß Ziffer 8 sei auch für sie nur annehmbar, wenn zugefügt wird: „sofern nicht tarifarisch etwas anderes bestimmt ist“ (Lebhafte Hör. Hör!). Die Militärverwaltung verlangt durchweg die Inanspruchnahme eines öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises (Hör. Hör!). Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen doch angehalten, nicht abgedrückt werden, sich des städtischen Arbeitsnachweises zu bedienen! (Beifall.)

Stadtdr. Rettig (Linke): Der Antrag wegen der Lehrstellungsvermittlung und des Nachweises für Kaufleute ist für uns unannehmbar. Beide Organisationen arbeiten für die ganze Provinz und Berlin ist in der Verwaltung mit vertreten.

Stadtdr. Dose (Linke): Man soll zunächst die Vorlage unter Dach und Fach bringen, die Resolutionen mag man in den Ausschuß zurückverweisen.

Stadtdr. Ritter: Kollege Sonnenfeld ist ein Mann der grauen Theorie. Sein Arbeitsnachweis hält starr an dem Nummerzwang fest; unter dem könnte ein Arbeitsnachweis gar nicht funktionieren. Wenn Herr Rettig nach unserer Legitimation bezüglich der Lehrstellungsvermittlung fragt, so besteht diese Legitimation darin, daß es sich um die Kinder der Arbeiterschaft handelt, und diese vertreten wir. Ist der tägliche Ausdruck am Nachmittag vor dem Volk-Angeier“ ein für die Stadt Berlin oder für die Arbeitssuchenden ein würdiger Zustand?

Stadtdr. Sonnenfeld bleibt ungeachtet der Gegenüberstellungen auf seinem Standpunkt stehen.

Stadtdr. Ritter zieht namens seiner Fraktion nach den Erklärungen des Stadtrats Fischbeck den Antrag auf Zurückverweisung zurück.

Nachdem nochmals Stadtdr. Fischbeck und Stadtdr. Brunstero (Linke) sich geäußert haben, führt Stadtdr. Gassel aus, daß die Linke nach langen Erörterungen sich darüber geeinigt habe, daß wenigstens nach dem geänderten Antrag zu Ziffer 8 die Umfassung zugelassen werden soll. Nach dem Gang der Diskussion würde es sich vielleicht empfehlen, auch diesen Antrag Sonnenfeld zurückzugeben. In jedem Falle bleiben die Erklärungen des Stadtrats bestehen.

Überbürgermeister Wermuth befragt die Ausführungen des Stadtrats Fischbeck und erklärt, daß eine Zustimmung des Magistrats zur Ziffer 8 nicht in Aussicht zu stellen sei.

Stadtdr. Sonnenfeld: Zur Zurückziehung meines Antrags liegt keine Veranlassung vor.

Die Vorlage wird hierauf angenommen, ebenso die Entwürfe a, b und c 1-7.

Zu Ziffer 8 wird der Antrag Sonnenfeld gegen eine starke Minderheit abgelehnt, ebenso Ziffer 8 nach dem Ausschüßantrag fast einstimmig.

Die Ausschüßberatung der Magistratsvorlage betr. die

**Zuwahl von Frauen in Deputationen**  
hat zu dem Vorbericht geführt, die 19 Deputationen, in die Frauen mit beratender Stimme zugelassen werden sollen, um einige zu vermindern; es sollen jenen 10 noch hinzutreten diejenigen für Blindenwesen, Gesundheitswesen, Turn- und Badewesen, Gesundheitswesen und Ebdach. Auch sollen in die Deputationen für Wohnungswesen und Schulspflege je 2 Frauen gewählt werden. Endlich wird der Magistrat ersucht, sich mit der Wahl je eines Bürgerdeputierten in die Deputation für die Marktschallen, das Ebdach und die Schulspflege einverstanden zu erklären.

Stadtdr. West (Z.) gibt seiner Freude Ausdruck, für die Ausschüßvorstellungen stimmen zu können. Im Interesse der Sache beschreibe sich seine Fraktion mit ihren weitergehenden Wünschen. Die Hoffnungen, die an den Eintritt dieser 17 Frauen in 13 Deputationen geknüpft seien, würden sich in vollem Maße erfüllen.

Mit dem Sprechern appelliert auch Stadtdr. Gassel an den Magistrat, den Ausschüßvorstellungen beizutreten und die von der Versammlung geübte Zurückhaltung anzuerkennen.

Die Ausschüßvorstellungen kommen darauf zur Annahme. Der Vergleich der Stadt mit dem Verein für Feuerbestattung wird genehmigt.

Die Vorlage betr. die Einrichtung eines städtischen Anstaltungsamts beantragt Stadtdr. Braun (Linke) der Ausschüßberatung zu überweisen.

Stadtdr. Brühl (Soz.) schließt sich dem Antrage an. Die Zahl der Stadtverordneten in der Leitung müsse vermehrt, auch weibliche Frauen zugezogen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschüß.  
Ein isolierter Antrag Heilmann und Gen. (Soz.) will den Magistrat auffordern, die

**ärztliche Behandlung der Kriegervfamilien**  
auch nach dem 15. März 1917 sicherzustellen.

Ein gleicher Antrag liegt von der freien Fraktion vor.  
Stadtdr. West gibt eine Darstellung der Vorgeschichte des Antrags. Es würde ein verhängnisvoller Beschluß des Magistrats sein, ein vertragliches Verhältnis einzutreten zu lassen und die Vermittlung der ärztlichen Versorgung den Bezirksvorsitzern zu übertragen. Letztere hätten zum größeren Teil die neue Rechtslage für undurchführbar erklärt. Die Leidtragenden würden die Kriegervfamilien und die Kriegervfamilien sein. Die Stadt wolle statt den von der Ärzteschaft geforderten 14 Millionen nur 4 Millionen zahlen, sie werde aber auf dem von ihr beabsichtigten Wege finanziell noch größeren Schaden haben, wenn der bisher leidliche Gesundheitszustand der Bevölkerung sich verschlechtert. Daß die Forderung der Ärzte unangemessen sei, darüber bestehe wohl Einverständnis, aber man hätte von vornherein ein anderes System wählen sollen, wie Keutshin, Schönbach u. a. es über, indem sie die Mindestsätze der Gebührenordnung zahlen; dabei würden die 750 000 M. nicht einmal erreicht werden. Dazu gehöre freilich auch eine scharfe Kontrolle der Ärzte, die sich vielfach nicht nobel, sondern mehr als „Sanitätsquartier“ bewiesen hätten. Bei gegenseitigem gutem Willen sei eine Einigung mit der Ärzteschaft möglich.

Stadtdr. Ritter (Fr. Fr.) spricht sich für Ausschüßberatung aus. Die Ärzte hätten sich ihrerseits für Fortsetzung der Verhandlungen bereit erklärt.

Stadtdr. West: Was der Magistrat morgen beschließen wird, kann ich heute noch nicht sagen. Die Frage der ärztlichen Versorgung liegt dem Magistrat so sehr am Herzen wie der Versammlung. Von Einigen kommen seitens der Ärzteschaft haben wir bis jetzt wenig gemerkt. Die Zahl der zu behandelnden Fälle hat sich um circa 33 Proz. vermehrt, unser Vorschlag für die Erhöhung der Rauschsumme ging auf 50 Proz.; die Kammer aber verlangt pro Familie 5 M. Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung wird vom Magistrat unter allen Umständen bewirkt werden, darüber können Sie beruhigt sein.

Stadtdr. Gassel (Linke): Die neuerliche Forderung der Ärzte stellt eine Schmach ohne Ende dar; ihre Ansprüche können in einem ordnungsmäßigen Etat nicht erfüllt werden. Uns bleibt nur übrig, die Magistratsvorlage abzuwarten; ein Ausschüß hätte gar keinen Zweck.

Stadtdr. Dr. Haase (Linke) hält neue oder fortgesetzte Verhandlungen für das Zweckmäßigste.

Der Antrag auf Ausschüß wird zurückgezogen. Die Angelegenheit gilt als vorläufig erledigt.

Schluß gegen 10 1/2 Uhr.

# Aus Groß-Berlin.

## Arbeitsnachweis und „sozialer Friede“.

Die Verständigung des Arbeitsnachweises wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern nochmals eingehend erörtert. Aus dem Ausschüß kam die Magistratsvorlage zurück unter Beifügung einer Resolution, die in einem Punkt nicht die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion haben konnte. Genosse Ritter forderte Geltung des Grundgesetzes, daß Tarifverträge und ihre Bestimmungen hinsichtlich des Arbeitsnachweises zu respektieren sind. Diesem Grundgesetz schlug die Resolution geradezu ins Gesicht, was indessen den Stadtverordneten Sonnenfeld nicht hinderte, sie mit Eifer zu verteidigen. Er jammerte über „Zwang“, predigte „sozialen Frieden“ und rempelte dabei die sozialdemokratischen Arbeiter an, indem er ihnen „Terrorismus“ vorwarf. Hinterher spielte er sich als Freund des „Burgfriedens“ auf und verübte, den Kern des bemängelten Teils der Resolution durch eine andere Fassung zu verdecken. In seiner großen Heberhebung fand er selbst hiermit nicht den Beifall des Magistratsvertreters, des Stadtrats Fischbeck, der in dieser Frage sich auf die Seite der Sozialdemokraten stellte. Nach einer reichlich zweistündigen Debatte über den „sozialen Frieden“ im Arbeitsnachweis, in die zuletzt auch Oberbürgermeister Wermuth noch eingriff, entschied die Abstimmung zugunsten der Forderung unserer Genossen. Mit der so geänderten Resolution wurde die Magistratsvorlage angenommen.

## Stadt und Land.

Ran schreibt und von besonderer Seite: Es sind jetzt allenthalben Bewegungen im Gange, die sich mit der Unterbringung von Stadtkindern auf das Land befassen. Auf dem Lande hat man sich zur Aufnahme solcher Kinder bereit erklärt. Wer hätte nicht die volle Sympathie für solches Beginnen und gönnte nicht den schwächlichen Kindern eine bessere Verpflegung und eine gute Erholung in ländlicher Umgebung. Im Grunde aber wird es sich nur um Hilfe in einzelnen Fällen handeln. Und man sollte sich davon hüten, wie das bei Besprechungen des Internats in der Presse zutage getreten ist, fälschlich „eine Entlastung der Ernährungs-schwierigkeiten für die Stadt“ von diesen Unterbringungen zu erwarten. Eine wirkliche Entlastung kann nur kommen, wenn die Vorräte, über die bekanntermäßen das Land gegenüber der Stadt verfügt, von einer großartigen Organisation erfaßt und den Städten unmittelbar zugeführt werden. Nicht Wohlstand in einzelnen und kleinen ist es, was die Städte jetzt vom Land erwarten müssen, sondern vaterländische Opferbereitschaft des gutversorgten Staatsgebietes gegenüber den schlechtversorgten Bezirken. Unternehmungen wie die Hindenburg-Spende, so anerkanntwert sie ist, und wie die Unterbringung von Stadtkindern, die sich mit Leichtigkeit durchführen lassen, zeigen wieder und wieder die tiefgehende Ungleichmäßigkeit der Versorgung von Land und Stadt.

## Streckung auch der Kleinkinderwäsche.

Die Vorräte an Kleidung und Wäsche sind knapp und bedürfen der Streckung, die durch den Bezugszwang erreicht werden soll. Allzu weit brauchte man aber in den Ausfertigungsstellen für Bezugswäsche die Vorsicht denn doch nicht zu treiben, am allerwenigsten dann, wenn es sich um die für eine ordnungsgemäße Pflege der Kinder unentbehrliche Wäsche handelt. Eine Mutter schreibt uns, daß bei der Ausfertigungsstelle in der Mathenwer Straße, wo sie für ihr der Säuglingswäsche entworfenen Kind die Bewilligung von vier Hemden beantragte, ihr vorläufig nur ein Bezugswäsche für zwei Hemden gewährt wurde. Die Einwendung, daß ein Kind kein Hemd ja oft schneller beschmutzt, als ein gewaschenes Hemd wieder trocken, hatte keinen Erfolg. Es

Siehe bei den zwei Händen und man sagte der Mutter nur, sie möge in vier bis sechs Wochen wieder kommen. Sie hatte allerdings den Fehler gemacht, in ihrem Antrag das Kind als „einjährig“ zu bezeichnen, obwohl es erst zehn Monate alt ist und daher noch als bevorrechteter Säugling zu gelten hat. Aber selbst für ein schon einjähriges Kind wären zwei Händen nicht ausreichend, wenn sie so oft gewechselt werden sollen, wie es die Keimlichkeit und Gesundheitspflege bei einem Kleinkind erfordern.

### Aus der Verwaltung des Zweckverbandes.

Der Zweckverband Groß-Berlin besteht nächstens ein Jahr. Ueber die ersten vier Jahre seiner Tätigkeit soll ein zusammenfassender Verwaltungsbericht erscheinen. Einweilen ist der das Verkehrswesen behandelnde Teil herausgegeben worden. In breiter angelegter Darstellung erzählt der Bericht, was auf diesem Gebiet in den vier Jahren geschehen ist. Vom 1. April 1912 bis 31. März 1916 mehrte sich bei den im Bereich des Zweckverbandes angelegten Bahnen (mit Ausnahme der Staatsbahnen) die gesamte Bahnlänge von 713 Kilometer auf 800 Kilometer, wobei die in Bau befindlichen Strecken mitgezählt sind. An der Bahnlänge von 1916 sind beteiligt die Straßenbahnen mit 600 Kilometer, die Schnellbahnen mit 57 Kilometer, die Nebenbahnen und nebenbahnhaflichen Kleinbahnen mit 188 Kilometer. Von der gesamten Bahnlänge gehören den Gemeinden und Kreisen nur 203 Kilometer mit 125 Millionen Mark Anlagekosten, dagegen privaten Gesellschaften 647 Kilometer mit 480 Millionen Mark Anlagekosten. Von einem besonderen Einfluß des Zweckverbandes auf die Weiterentwicklung des Verkehrswesens war bisher nichts zu merken, und auch der Bericht hat in dieser Hinsicht nichts Kennenswertes zu melden. Die folgenswerte „Zeit“, die unter der Herrschaft des Zweckverbandes beinahe zutage gekommen wäre, ist der Versuch einer Fahrpreiserhöhung für die Straßenbahnen. Welche Rolle dabei der Verbandsdirektor und eine Mehrheit des Verbandsschusses gespielt hat, ist noch in Erinnerung. Aber von diesen Vorkommnissen steht noch nichts in dem Bericht, weil sie erst in den Sommer und Herbst des Jahres 1916 fielen.

Eine Gefahr für unsere Ernährung, die nicht groß genug eingeschätzt werden kann, so wird auch vom Lande geschrieben, ist das Dessen von Kartoffelmieten durch unbefugte Hände. Es ist nämlich vorgekommen, daß Leute, die ergebnislos hinausgefahren waren, um Kartoffeln zu kaufen, auf entfernten Feldern Mieten öffneten, um sich Kartoffel anzueignen. Darin liegt eine ungeheure Gefahr. Nicht der kleine Minderbruch ist schlimm, sondern die Gefahr, daß eine solche geöffnete Miete, zumal bei nassem Wetter, liegen, so faul der ganze Vorrat reitungslos. Angeht die große Bedeutung, die die Kartoffel für die Ernährung der kommenden Monate haben wird, geben wir diesen Mitteilungen gerne Raum.

Die kommenden Berliner Obstpreise. Vom Reichsausschuß für Konsumenteninteressen wird uns geschrieben: Die Havelobstländer sind in diesem Jahre frühzeitig an die Festsetzung der Preisforderungen gegangen, die wir kürzlich als diesjährige Erzeugerhöchstpreise mitgeteilt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Forderungen wiederum auf eine erhebliche Verteuerung der Obstpreise hinauslaufen. Ein rechtzeitiges Eingreifen des Kriegsernährungsamtes, der Reichsstelle für Gemüse und Obst und der Preisprüfungsstellen ist daher dringend wünschenswert.

Wohlfahrtspflege während des Krieges. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. März tritt die Bundesratsverordnung vom 15. Februar d. J. über Wohlfahrtspflege während des Krieges in Kraft. Es wird dringend empfohlen, die nach § 1 dieser Verordnung erforderliche Erlaubnis frühzeitig genug zu beantragen, da sonst schon mit Rücksicht auf den durch den Kriegszustand verursachten Beamtenmangel auf eine rechtzeitige Erledigung der Anträge nicht gerechnet werden kann. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Erlaubnispflicht sich nicht nur wie bisher auf Kriegswohlfahrtszwecke, sondern auf alle Arten von Wohlfahrtszwecken erstreckt und daß eine Erlaubnis erforderlich ist nicht wie bisher für öffentliche Sammlungen, Unterhaltungen und Belehrungen und Vertrieb von Gegenständen, sondern auch für öffentliche Verbunden von Mitgliedern oder Mitarbeitern. Also auch die öffentliche Aufforderung zum Eintritt zu Ausschüssen, Komitees, Gesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Verbänden oder Stiftungen usw. fällt unter die Erlaubnispflicht.

Das Impfstoff des Rudolfs-Virchow-Krankenhauses befindet sich von heute Freitag ab in der 300. Gemeindefschule, Ostender Straße 39/40.

Die Gaswerke der Stadt Berlin hatten in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 eine sehr beträchtliche Minderung des Gasverbrauches zu verzeichnen. Für die Monate Juli bis Dezember war die von ihnen erzeugte Gasmenge in 1916 über 167 1/2 Millionen Kubikmeter, in 1915 aber nur 155 Millionen Kubikmeter. Die Minderung um 12 1/2 Millionen Kubikmeter bedeutet 7 1/2 Proz. der in der zweiten Hälfte von 1915 erzeugten Gasmenge. An dem Verbrauchserhöhung sind die einzelnen Monate ungleich beteiligt. In den letzten sechs Monaten von 1916 war gegenüber denselben Monaten von 1915 das Weniger für Juli 8 1/2 Proz., für August 11 1/2 Proz., für September 8 1/2 Proz., für Oktober 7 Proz., für November 6 1/2 Proz., für Dezember 4 1/2 Proz. Der Rückgang erklärt sich zum Teil aus den Maßregeln, die auf Verknüpfungseinsparung abzielen, um eine Minderung des Gasverbrauches zu erzwingen. Für die Sommermonate kam besonders die Einführung der „Sommerzeit“ in Betracht, deren Wirkung sich so gleich von Mai ab zeigte. Das aber auch die mit April in Kraft getretene Erhöhung des Gaspreises zum Rückgang des Gasverbrauches beigetragen hat, ist nicht zu bezweifeln.

Kammermusikabende für die Arbeiterjugend. Der zweite „Einführungabend in die Kammermusik“, den das Jugendsekretariat in der Aula des Frauen Klosters veranstaltete, zeigte wiederum, wie leicht bei unserer Arbeiterjugend Liebe und Verständnis für echte Kunst zu wecken und zu erhalten ist. Das Steiner-Rothstein-Quartett spielte mit gewohnter Reife und Sicherheit in feinstem Detailarbeit im Zusammenspiel und mit prachtvoller Klangwirkung der vier kostbaren Instrumente ausgeführt. Zwischen den beiden Kammermusikwerken sang Josef Walter (von Galtie v. Löben-Sels am Klavier trefflich unterstützt) mit angenehmer, wohlgesungener Stimme Schubert'sche Lieder.

Der dritte Einführungabend findet am 6. März, abends 8 Uhr, in der Aula des Kloster Gymnasiums, Klosterstr. 74, statt und bringt Schubert's Es-Dur-Quartett und ein Streichquartett von Philipp Scharwenka, das zwischen wieder Vorträge. Es wäre zu wünschen, daß sich unsere Arbeiterjugend noch zahlreicher einfindet als bisher. Der Besuch war diesmal nicht so gut wie in den vergangenen Jahren.

Der Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey für Berlin und Umgebung hielt kürzlich seine Jahresversammlung ab. In dem Vorstandsbericht wurde mitgeteilt, daß im abgelaufenen Vereinsjahr zwei Anfängerkurse mit guter Beteiligung abgehalten werden konnten. Der Beginn der Kurse wurde jedesmal im „Vorwärts“ durch ein Inserat bekannt gegeben. Wie der Versammlungsleiter mitteilte, wurde der Beginn des neuen Kurses im „Vorwärts“ bekannt gegeben und in der „Leipziger Volkszeitung“, dagegen nicht im „Vorwärts“ angezeigt. Wegen die Nichtbeachtung des „Vorwärts“ wurde von verschiedenen Mitgliedern scharfer Einspruch erhoben; es sei das einzige Arbeiterblatt am Platze; der Verein sei lediglich ein Bildungsverein und habe mit den Vorgängen

innerhalb der Sozialdemokratie nichts zu tun. Ein Antrag, künftige Kurse auch im „Vorwärts“ anzugeben, wurde mit elf gegen acht Stimmen bei einigen Enthaltungen abgelehnt. In dieser Angelegenheit dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Festgehalten zu werden verdient die Tatsache, daß auf die beiden Inserate in dem „Leipziger und dem Braunschweiger Blatte“ sich nur zwei Kursus-Teilnehmer gemeldet haben.

Im Anschluß an diese Aufsätze sei mitgeteilt, daß wir in der letzten Zeit wiederholt von Berliner Vereinigungen gebeten worden sind, ihre Veranstaltungen durch Hinweise zu fördern, da sie die Erfahrung gemacht hätten, daß die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ stets sehr günstig auf den Besuch einwirkten.

Treppe-Sternwarte. „Astronomie mit dem Opernglas und kleinen Fernrohren“ lautet das Thema des Vortrages, den Direktor Dr. Ardenhold am Dienstag, 6. März, abends 7 Uhr, im großen Hörsaal der Treppe-Sternwarte unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder halten wird. Sonnabend, 3. März, 5 Uhr, Vortrag mit farbigen Lichtbildern: „Ägypten und der Nil“. Ferner finden folgende Kino-Vorträge statt: Sonntag, 4. März, 3 Uhr: „Unsere Marine“; um 5 Uhr: „Die Eroberung Polens“; um 7 Uhr: „Christoph Kolumbus“ (Entdeckung Amerikas). Mittwoch, 7. März, 5 Uhr: „Sitten und Gebräuche fremder Völker“.

Kriegsvermündete haben zu allen Vorträgen freien Zutritt, ebenso ein Kind in Begleitung eines Erwachsenen. — Mit dem großen Fernrohr werden am Tage die Sonne mit ihren Flecken, abends Jupiter, Saturn und Mond, Doppelsterne, Sternhaufen usw. beobachtet. Das Institut ist täglich von nachmittags 2 Uhr bis 10 Uhr abends geöffnet.

Ein ausgebreiteter Dachstuhlbrand rief die Feuerwehr gestern früh kurz vor 7 Uhr nach der Köpenicker Straße 60/61, nahe „Kaiserhof“. Man ging mit mehreren Schlauchleitungen über die Treppen und mechanischen Leitern vor und griff von verschiedenen Seiten an, so daß eine weitere Ausbreitung des Brandes verhindert wurde. Der Schaden soll erheblich sein. Die Entstehung war noch nicht zu ermitteln.

Ein Jopfabsteher ist im Nordosten Berlins aufgetreten. Einem einjährigen Mädchen aus Weichensee wurde gestern, als es in Berlin Besorgungen machte, von einem unbekanntem Menschen der eine Jopf in erheblicher Länge abgestrichen. Da der Verlust des Haares erst nach längerer Zeit bemerkt wurde, kann von dem Täter eine Beschreibung nicht gegeben werden.

Ausgeraubte Hamsterkisten. Reiche Beute an Lebensmitteln und Lederwaren haben Spitzhunden in drei Fällen in Charlottenburg gemacht. Aus einem Keller im Hause Goslarer Platz wurden zwei frische Schweinehälften im Gesamtgewicht von 22 Pfund, ein eingepökelter Schinken von 12 Pfund, zwei Spedleiten, zwei Federhüte von je 35 Pfund, 10 Bechergläser mit Gänse-, Enten- und Schweinefleisch sowie 30 Gläser mit eingedockten Früchten und Gemüse gestohlen. Der Gesamtwert der Beute beträgt über 1000 M. — In der Giesebrechtstraße 15 fielen Dieben in derselben Nacht eingedockte Früchte, 25 Pfund Butter, 1/2 Zentner Kefir und einige Stücke Rippelpeier im Werte von 600 M. in die Hände. — 1/2 Zentner Sauerbraten, 1/2 Zentner Kefir, mehrere Pfunde Honig und Marmelade, eine Anzahl Dosen mit Fisch- und Gemüsekonserven sowie Früchten wurden ebenfalls in derselben Nacht aus dem Keller des Hauses Giesebrechtstraße 17a gestohlen.

Eine zehnjährige Einbrecherbande, die schon seit längerer Zeit die weßlichen Vororte unsicher gemacht hat, ist durch die Schöneberger Kriminalpolizei festgenommen worden. Die Verhafteten sind Burden im Alter von 18 bis 20 Jahren, die sich zu nächtlichen Einbrüchen und Diebstählen zusammengetan und recht erhebliche Beute gemacht haben. Es konnte ihnen schon eine ganze Reihe von Einbrüchsdiebstählen nachgewiesen werden. Ein erheblicher Teil der Beute ist der Gesellschaft wieder abgenommen worden, so unter anderem die aus der Schöneberger Volkshaus gestohlenen vier Zentner Schweinefleisch.

## Aus den Gemeinden.

### 12,3 Millionen-Haushaltsplan der Stadt Neudölln.

Der Magistrat Neudölln hat seine Haushaltsberatungen beendet. Die Steuerfrage, auch der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer mit 160 Prozent sind unüberändert geblieben. Die ordentliche Verwaltung schlägt mit 20 584 500 M. ab, die außerordentliche Verwaltung mit 1 194 400 M. und die besonderen Voranschläge mit 20 220 000 M. Der Gesamtabschluss des Neudöllner Haushaltsplanes für 1917 ist in Einnahmen und Ausgaben auf 12,3 Millionen Mark festgesetzt.

Noch keine Wiedereröffnung der Lichtenberger Schulen. Die Gemeindefschulen in Lichtenberg bleiben wegen Mangels an Kohlen und Holz noch bis auf weiteres geschlossen. Um aber die Schulkinder während der „Kälteferien“ nicht ohne Beschäftigung zu lassen, sollen sie sich auf Anordnung des Provinzial-Schulkollegiums jeden Montag und Donnerstag, vormittags 10 Uhr, in ihren Schulen einfinden. Es werden ihnen dann von den Lehrkräften schriftliche Aufgaben gestellt, die sie zu Hause anzufertigen und beim nächsten Besuch in der Schule vorzulegen haben. Bei günstiger Witterung finden Wanderungen und Museumsbesuche statt.

Lebensmittelverteilung in Steglitz. Von heute ab bis einschließlich Sonntag auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Hafersubstitut. Von Montag, den 6. bis Donnerstag, den 8. März auf Abschnitt 9 125 Gramm Graupen, Abschnitt 10 125 Gramm Rarmelade, Abschnitt 11 1/2 Pfund Kunsthonig, Abschnitt 12 125 Gramm Sirup. Die Abgabe von Hafersubstituten und Graupen erfolgt auf Grund der Rundenlisten für Lebensmittel, während Rarmelade, Kunsthonig und Sirup in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften verkauft werden.

Friedenau will auf 170 Proz. erhöhen. Die Gemeinde Friedenau, die gegenwärtig 150 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer erhebt, hat in dem jetzt fertiggestellten Entwurf des Haushaltsplans für 1917 den Zuschlag von 170 Proz. vorgeschlagen. Die übrigen Steuerläge sind unüberändert in Aussicht genommen. Der Voranschlag schlägt in der ordentlichen Verwaltung mit 3 716 420 M. gegen 3,5 Millionen im laufenden Haushalt ab.

Bürgermeisterwahl in Weichensee. Die Wahlperiode des Bürgermeisters Dr. Wolck ist im November d. J. abgelaufen. Die Gemeindevertretung nahm daher am Mittwoch die Neuwahl vor. Nachdem man sich vorher einig war, den Posten nicht neu auszufüllen, entfielen sämtliche 21 Stimmen auf den bisherigen Gemeindevorsteher. Außerdem wurde beschlossen, sein bisheriges Gehalt um 3000 M. zu erhöhen und um je 500 M. von drei zu drei Jahren steigen.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz, Freitag, den 2. März, abends 6 Uhr, Gemeindevertretung im Rathhaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin IV, Köpenicker Viertel. Die Genossen, die ihre Rechte und Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufrechterhalten wollen (die bisherigen Berliner Wahlvereine gehören zur „Arbeitsgemeinschaft“ und stehen außerhalb der Partei), werden zu einer Zusammenkunft am Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Genossen Chr. Weisler, Stalger Straße 50, eingeladen. Mitgliedsbücher bitten wir mitzubringen. J. S. Reigner, Mariannenplatz 23, S. Guinard, Brangelstr. 66.

## Berichtszeitung.

„Relativ nüchtern.“ Aus der militärischen Sicherheitshaft wurde der Aino-Kampfer und Regisseur Jugo Brandt, der in dem Falle Kupfer viel genannt wurde, dem Schöffengericht Berlin-Mitte vorgeführt, um ein kurzes Gasspiel als Angeklagter zu geben. Es handelte sich um eine Körperverletzung, der eine „betrunkenen Geschichte“ zugrunde lag, die sich eines Tages oder vielmehr nachts in der fünften Morgenstunde unter den Linden abspielte. Bei der Heimkehr von einer Gesellschaft, bei der man nach Angabe des Angeklagten „relativ nüchtern“ war, botte einer seiner Freunde einen Geschäftswagen für eine Drohschale gehalten und war dem Verde zur Hand in die Jügel gefallen. Der Führer, der mehrere tausend Mark bei sich hatte, verlor die Sache falsch und hieb mit der Peitsche auf ihn ein, worauf Jugo Brandt hinzuprang und feuerlos mit seinem Spazierstock auf den Antreiber einschlug. Der Staatsanwalt beantragte wegen dieses Vorgehens 3 Monate Gefängnis, das Gericht jedoch dem Hinweis des Verteidigers, daß der Angeklagte nur einem Freunde habe helfen wollen, und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe.

5000 Zentner beschlagnahmtes Getreide vernichten. In fünfjähriger Verhandlung wurde von der Strafkammer in Rotibus der Mühlenbesitzer Hans Konzon wegen Vernichtung von beschlagnahmtem Brotgetreide in 98 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in der Zeit vom August 1915 bis Februar 1916 in mehreren hundert Fällen, von denen nur hundert Fälle zur Anklage standen, 5244 Zentner beschlagnahmtes Brotgetreide für landliche Wahlen vernichtet.

Humanitäre Gemeinde Berlin. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Friedrich-Wertheim Oberrealschule, Niederwallstr. 12, Vortrag von Dr. Rudolf Benzig über: „Die Schicksalskünde der Freireligiösen“. Gäste willkommen.

Berlin für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 5. März, abends 8 Uhr, in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, Vortrag von Frau Wolf Jopler über das Thema: „Die Einheitschule“.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 6. 1. Gol links, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Fachbrief und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbeurteilung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Briefstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

100. Sitten um Angabe Ihrer Adresse zu brieflicher Überlegung der Rezepte. — 3. 100. „Voll-Heuerbehalterverein“ bei Geisler, Stalger Str. 50. Verein der Freireligiösen für Feuerbehalterung“, Hermann Müller, Cuhnenstr. 15. — G. 2. 86. Beim Adäkalen Kommissar für Reichsverteidigung, Städtischer Schlachthof, Eingang Landberger Allee, Brühlengassegebäude, Zimmer 3-4. — M. 56. Wenn Sie sich mit Brieflicher Anfrage an Herrn Leo Reiterberg, Berlin-Dahlemer, Kochsimschstr. 23. — R. 100. Ueber ist uns ein solcher Verlag nicht bekannt. — M. 7. Musikant- und Färbergesellschaften für Krebskrankheit: für Berlin O, NW, W und benachbarte Bezirke Schumannstr. 21 (Montag 3-4), für Berlin SW, S, SO und benachbarte Bezirke Waterloostr. 7 (Sonnabend 3-4), für Berlin O, NO und benachbarte Bezirke Wallbabenstr. 25 (Donnerstag 3-4), für Berlin N und benachbarte Bezirke Himmelsstr. 9 (Freitag 3-4). — 23. 28. 3c.

Weiterauskünfte für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Ein wenig älter, zeitweise blasser, jedoch vorberühmter woffig und etwas neblig; im Westen mehrfach geringe Niederschläge.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer  
**Gustav Gläser**  
(Neudölln, Thüringer Straße 15) am 26. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 2. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neudöllner Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
130/20 Die Ordoverwaltung.

**Danfängung.**  
Für die so überaus zahlreiche Teilnahme und den schönen Blumen-schmuck beim Begräbnis meines guten Mannes und lieben Vaters sagen wir dem Vorstand des Verbandes der Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter usw. Berlin, sowie allen Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank.  
**Witwe Berta Makulla.**  
**Alfred Makulla.**

**Zum 44. Geburtstag.**  
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 4. Januar 1917 mein lieber Mann, der Grenadier  
**Rudolf Palm**  
Kohlenhändler, Kirchstr. 35.  
Seine letzten Worte waren:  
Lebwohl, ich seh' nicht wieder heim.  
Seine liebe Ahnung wurde fröhe Wahrheit.  
Und nun bin ich ganz allein.  
Dies zeigt im tiefsten Schmerz an  
**Frau Auguste Palm**  
geb. Grunert.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, (pez. syph. Fälle, Eitrige-Gonorrhoeen, Schmerzlose, frühe Behandlung ohne Berufsberatung, Blutunterstützung, Reg. Preis, Teilzahlung, Sprechstunden: 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Paul Döle**  
im 50. Lebensjahre. †82  
Die trauernde Witwe  
Emma Döle geb. Puxthle.  
Die Einäscherung erfolgt am 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium, Baumgartenstr. 123.

**Glühpunsch**  
und  
**Grogextrakt**  
alkoholfrei von feinstwürzigem Aroma und kräftigem Geschmack, kein Zucker nötig, nur 1 Teil mit 2 Teilen heißem Wasser 1/2-Ltr.-Orig.-Fl. 1,75  
**Lose Liter 2,00 M.**  
Bei Mehrentnahme billiger.  
Otto Reichel 43, Eisenbahnstr. 4.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Sonntag, den 4. März 1917, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Gruppen-Versammlung**  
der **Werkzeugschleifer und Schleiferinnen**  
im Lokal von Nidel, Gutfenstraße 40.  
Tagesordnung:  
1. Gruppenangelegenheiten. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt Pflicht. Die Werkzeugschleiferinnen sind hierzu besonders eingeladen.  
Die Ortsverwaltung.  
131/1